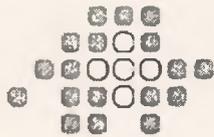


Unterlagen zur Volksabstimmung vom 22. September 2002
Documents concernant la votation populaire du 22 septembre 2002

**Stiftung Solidarität Schweiz / Goldinitiative
Fondation Suisse solidaire / "Initiative sur l'or"**

Stand – Etat : 19. Juli 2002 / 19 juillet 2002

	Seite / Page
1. Bundesrat - Conseil fédéral	
Pressemitteilungen vom 22. Mai 2002 und 1. Juli 2002	1
Communiqués de presse des 22 mai 2002 et 1er juillet 2002	11
2. Komitee « JA zum Gegenentwurf »	21
Comité « OUI au contre-projet »	33
3. Komitee « 2 mal NEIN »	45
(ces documents n'existent qu'en allemand)	
4. Stellungnahmen - Prises de positions	
KV Schweiz - Société suisse des employés de commerce	65
Hilfswerke - Organisations d'entraide	67
Jugendkomitee - Comité des Jeunes	71
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund (ce document n'existe qu'en allemand)	73
Konferenz der Kantonsregierungen – Conférence des gouvernements cantonaux	74
Gewerkschaftsbund – Union syndicale suisse	76
economiesuisse	78
Kantonale Finanzdirektoren – Directeurs cantonaux des finances	80
Gewerbeverband – Union suisse des arts et métiers	82



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale delle finanze DFF
Departament federal da finanzas DFF

[<<]

Bundesrat zu offenen Fragen betreffend Goldinitiative und Gegenvorschlag "Gold für AHV, Kantone und Stiftung"

Im Hinblick auf die Volksabstimmung zur "Goldinitiative" der SVP und zum behördlichen Gegenvorschlag "Gold für AHV, Kantone und Stiftung" hat der Bundesrat Stellung zu offenen Fragen genommen. Diese betreffen einerseits den in der Goldinitiative nicht präzise bezifferten Umfang der für die Führung der Geld- und Währungspolitik von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nicht mehr benötigten Währungsreserven. Nach Auffassung des Bundesrates umfassen diese "Überschussreserven" in beiden Fällen (Goldinitiative und Gegenvorschlag) den Gegenwert von 1'300 Tonnen Gold. Die diesbezüglich offen formulierte Goldinitiative kann aber dazu führen, dass jene Gremien unter politischen Druck geraten, welche den Umfang der benötigten Reserven definieren müssen. Das kann die Unabhängigkeit der SNB beeinträchtigen. Andererseits hat der Bundesrat seine Position für den Fall eines doppelten Neins präzisiert: Hier schliesst die Landesregierung jegliche Verwendung der Überschussreserven ohne spezielle Verfassungs- oder Gesetzesgrundlage aus. Weil die in Verfassung und Nationalbankgesetz festgelegte Ausschüttung der SNB-Gewinne an Bund (1/3) und Kantone (2/3) vertraglich über mehrere Jahre hinweg betragsmässig festgelegt ist, stünden auch die Erträge nach einem doppelten Nein nicht unmittelbar zur Verfügung. Schliesslich hat die Landesregierung bekräftigt, dass die Stiftung Solidarität Schweiz laut Gesetz keine Beiträge für Wiedergutmachungen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg leisten darf.

Die Volksinitiative "Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)" sieht vor, alle Reserven der SNB, welche für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigt werden, oder deren Erträge für die AHV-Finanzierung einzusetzen. Der Gegenvorschlag (Drittelspaket für AHV, Kantone und Stiftung) will dagegen den Erlös aus dem Verkauf der für die Führung der Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigten Goldreserven im Umfang von 1'300 Tonnen einem Fonds zuleiten und im Wert real erhalten. Die Vermögenserträge aus der Bewirtschaftung dieses Fonds gehen zu je einem Drittel an die AHV, an die Stiftung Solidarität Schweiz und an die Kantone. Der Gegenvorschlag ist auf 30 Jahre befristet.

Position des Bundesrates zu drei offenen Fragen

Die Goldinitiative ist zum Teil offen formuliert und überlässt die Regelung von Einzelheiten dem Gesetzgeber. Auch im Falle eines doppelten Neins stellen sich Auslegungsfragen. Um im Hinblick auf die Abstimmung Transparenz zu schaffen, hat der Bundesrat seine Position festgelegt:

- **Nicht mehr benötigte Währungsreserven:** Der Initiativtext lässt den Umfang der Überschussreserven sowie die Frage der Substanzerhaltung offen und spricht lediglich von "für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigten Währungsreserven oder deren Erträge". Der Bundesrat vertritt generell die Auffassung, dass die Goldinitiative (analog zum Gegenvorschlag) einzig den Erlös aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold umfasst. Die übrigen Reserven werden für die Geld- und Währungspolitik benötigt. Seit der Aufhebung der Goldbindung des Frankens und der damit verbundenen Aufwertung der Goldbestände, hält die Nationalbank ein gesondert ausgewiesenes Vermögen von 1'300 Tonnen Gold (bzw. dem daraus resultierenden Verkaufserlös), das sie zur Erfüllung ihres geldpolitischen Auftrags nicht benötigt. Dieses einmalig entstandene Sondervermögen kann für andere öffentliche Zwecke verwendet werden.

Im Falle der Annahme der Initiative würde der Bundesrat bei der gesetzlichen Ausgestaltung an seiner konstanten Auslegung des Umfangs der Überschussreserven festhalten. Er weist ausdrücklich auf die Risiken hin, welche aus der Verknüpfung von der Festlegung der geld- und währungspolitisch notwendigen Reserven der SNB mit einem Thema der Tagespolitik, der AHV-Finanzierung, ergibt: Spielen auftragsfremde Überlegungen bei der Festlegung der Reserven mit, geraten die zuständigen Gremien unter politischen Druck, was die Unabhängigkeit der SNB beeinträchtigen kann. Die damit verbundene Einschränkung der Glaubwürdigkeit könnte es der

SNB erschweren, eine wirksame Geld- und Währungspolitik zu führen. Eine unabhängige und glaubwürdige Notenbank ist nicht zuletzt für einen stabilen international wettbewerbsfähigen Finanzplatz Schweiz von Bedeutung.

- **Verwendung von Substanz und Erträgen im Falle eines doppelten Neins:** Im Falle eines doppelten Neins würden Goldinitiative und Gegenentwurf verworfen. Damit hätten sich Volk und Stände gegen die vorgeschlagenen Verwendungszwecke der Überschussreserven ausgesprochen. Ein solches Verdikt hätte verschiedene rechtliche und politische Folgen. Nach Auffassung des Bundesrates
 - verbleiben die Überschussreserven in diesem Fall zunächst bei der SNB; für die Ausgliederung der Überschussreserven wäre die Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage nötig
 - erfordert jede vom verfassungsmässigen Verteilschlüssel (Art. 99 BV: mindestens 2/3 an die Kantone) abweichende Verteilung der Überschussreserven oder deren Erträge ebenfalls eine besondere Bestimmung in der Bundesverfassung
 - ist nach den jahrelangen Diskussionen über die Verwendung der Überschussreserven auch eine schlüsselgemässe Verteilung ohne Einbezug von Parlament beziehungsweise Volk aus politischen Gründen undenkbar. Eine Verteilung der Werts substanz ohne zusätzliche Rechtsgrundlage, bloss aufgrund einer Anpassung der Gewinnausschüttungsvereinbarung zwischen dem EFD und der SNB kommt für den Bundesrat auch deshalb nicht in Frage, weil bei einem doppelten Nein politische Vorstösse mit neuen Verwendungsvorschlägen zu erwarten sind. So liegt bereits ein Beschluss des Nationalrats vor, die Verwendung der überschüssigen Goldreserven im Rahmen der 11. AHV-Revision auf dem Gesetzesweg zu regeln
 - stehen auch die Erträge nicht unmittelbar für die Gewinnausschüttung an Bund und Kantone zur Verfügung. Diese (jedoch nicht die separat ausgewiesenen Verkaufserlöse) fliessen wie bisher in die ordentliche Erfolgsrechnung der SNB. Weil die SNB gemäss der Vereinbarung mit dem EFD jeweils während mehrerer Jahre einen konstanten Gewinn ausweist, werden mit diesen Erträgen zunächst die Rückstellungen der Nationalbank geäufnet. Eine Anpassung der erst 2002 auf 2,5 Milliarden Franken pro Jahr erhöhten Ausschüttung würde der Bundesrat somit erst anlässlich der obligatorischen Überprüfung der Gewinnausschüttungsvereinbarung nach fünf Jahren oder allenfalls im Falle des Erreichens der festgelegten Obergrenze vornehmen.
- **Doppeltes Ja:** Im Falle eines doppelten Ja entscheidet die Stichfrage. Sollten Goldinitiative und Gegenentwurf beide angenommen werden, beim Stichentscheid aber eine Vorlage mehr Stände- und die andere mehr Volksstimmen erzielen, kann keine der Vorlagen in Kraft treten (Art. 139 Abs. 6 Bundesverfassung). Da in diesem eher unwahrscheinlichen Falle die Stimmenden einer Verteilung des Goldes zugestimmt haben, ist Volk und Ständen wohl eine neue Verfassungsgrundlage zur Goldverwendung vorzulegen.

Die Stiftung leistet keine Beiträge für Wiedergutmachung

Der Bundesrat tritt schliesslich in aller Deutlichkeit Behauptungen entgegen, wonach im Zusammenhang mit der Rolle der Schweiz während des 2. Weltkrieges Wiedergutmachungsansprüche an die Stiftung Solidarität Schweiz geltend gemacht werden könnten. Das Gesetz schliesst solche eindeutig aus. Der Bundesrat hält dazu fest, dass die Stiftung von Anfang an als Zeichen für die Zukunft verstanden wurde - aus Dankbarkeit für das Verschontbleiben des Landes während zweier Weltkriege und in Fortführung der Tradition, mit wegweisenden Projekten zu humanitärem Erfolg beizutragen. Der Bundesrat unterstreicht, dass das Profil der Stiftung Solidarität Schweiz deutlich zeige, dass der Hauptakzent bei der Prävention und bei der Bekämpfung von Armut, Krankheiten und Gewalt liegt. Weder wurden Versprechen an die USA gemacht (wie behauptet wurde), noch gab es andere Druckversuche auf die Schweiz. Für die künftige Stiftungstätigkeit wird darum ausschliesslich das vom Parlament beschlossene Stiftungsgesetz massgebend sein.

Position von Bundesrat und Parlament zu Initiative und Gegenvorschlag

Bundesrat und Parlamentsmehrheit empfehlen, die Goldinitiative abzulehnen. Sie anerkennen zwar ein berechtigtes Anliegen in der Absicht, einen Beitrag an die Finanzierung der AHV zu leisten. Sie lehnen die Goldinitiative dennoch ab, weil diese die überschüssigen Goldreserven der SNB einseitig nur für einen einzigen Zweck einsetzen will und daneben andere berechnigte Anliegen unberücksichtigt lässt.

Hingegen unterstützen Bundesrat und Parlament den Gegenvorschlag "Gold für AHV, Kantone und Stiftung". Der Gegenvorschlag sieht vor, die Überschussreserven der Nationalbank im Wert real zu erhalten und ist auf 30 Jahre befristet. Statt eines einzigen Zwecks berücksichtigt er mit je einem Drittel der Erträge aus der Bewirtschaftung verschiedene Anliegen. Er gewährleistet einen Ausgleich zwischen Jung und Alt: Einerseits kommt mit der AHV ein Drittel der Erträge den Älteren zu; andererseits werden mit der zukunftsgerichteten Stiftung auch jüngere Generationen berücksichtigt. Indem 1/3 der Erträge den Kantonen zukommt, respektiert der Gegenvorschlag im Sinne des regionalen Ausgleichs auch die Kantonsansprüche. Schliesslich ermöglicht der Gegenvorschlag die Schaffung der Stiftung Solidarität Schweiz, einem wegweisenden Zukunftswerk der Schweiz. Mit dem dritten Drittel der Erträge aus den Überschussreserven können Projekte für Opfer von Armut und Gewalt realisiert werden. Unser Land führt so seine humanitäre Tradition fort und tätigt eine sinnvolle Investition in die Zukunft der Schweiz und der Welt.

Bei Ablehnung der Goldinitiative und gleichzeitiger Annahme des Gegenvorschlags werden die Erträge aus dem bereits verkauften Gold ab dem Abstimmungstag dem Fonds gutgeschrieben. Unmittelbar nach Annahme des Gegenentwurfs wird zudem das Bundesgesetz über die Stiftung Solidarität Schweiz im Bundesblatt publiziert. Wird das Referendum nicht ergriffen, so kann das Stiftungsgesetz in der ersten Hälfte 2003 in Kraft treten.

Auskunft:

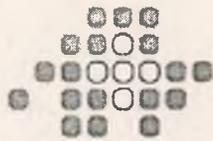
Daniel Eckmann, Kommunikation EFD, Tel 031 322 63 01

Marianne Widmer, Eidg. Finanzverwaltung, Tel 031 322 54 31

22. Mai 2002

<http://www.efd.admin.ch/d/dok/medien/medienmitteilungen/2002/05/gold.htm>

© Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3, CH-3003 Bern
Tel. ++41 (0)31 322 60 33, Fax ++41 (0)31 323 38 52
info@gs-efd.admin.ch



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
 Département fédéral des finances DFF
 Dipartimento federale delle finanze DFF
 Departament federal da finanzas DFF

[<<]

Überschüssige Goldreserven: Dreifaches Plädoyer für den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament

Klare Unterstützung für den Verfassungsartikel "Gold für AHV, Kantone und Stiftung": Bundespräsident Kaspar Villiger, Bundesrätin Ruth Dreifuss und Staatsrat Luigi Pedrazzini, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, haben heute gemeinsam begründet, weshalb sie die Goldinitiative ablehnen und dem Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament den Vorzug geben. Kaspar Villiger bezeichnete das im Gegenvorschlag enthaltene Verteilkonzept als ausgewogen. Denn es erhalte die Substanz des Vermögens, schaffe einen Ausgleich zwischen den Generationen, berücksichtige die legitimen Interessen der Kantone und ermögliche die Schaffung der Stiftung Solidarität Schweiz. Luigi Pedrazzini warnte vor den negativen Auswirkungen der Initiative auf die Kantonsbudgets, was auch die Bevölkerung direkt zu spüren bekäme.

Volk und Stände können am 22. September über die Goldinitiative und über den Gegenvorschlag "Gold für AHV, Kantone und Stiftung" abstimmen. Ebenfalls zur Abstimmung gelangt das Energiemarktgesetz.

Bundespräsident Villiger führte unter anderem aus, das Grundanliegen der Goldinitiative sei aner kennenswert, darum komme es im Gegenvorschlag ja ebenfalls zum Zug. Aber die Initiative gehe mit einem einmaligen Glücksfall (den überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank, SNB) einseitig und nicht besonders einmalig um. Sie ermögliche nämlich die Ausgliederung weiterer, über die 1'300 Tonnen hinausgehender, nicht näher definierter Überschussreserven. Das führe zur Verknüpfung der Frage nach der erforderlichen Höhe der SNB-Reserven mit der AHV-Finanzierung. Die Reservenpolitik dürfe sich aber nur am verfassungsmässigen Auftrag der Notenbank orientieren. Jede Verknüpfung mit tagespolitischen Problemen könne die verfassungsmässige Unabhängigkeit der Notenbank tangieren. Das aber sei nicht akzeptabel.

Parteiungebundenen Komitee mit bescheidenen finanziellen Mitteln

Im Unterschied zu den Initianten, so Villiger weiter, wollten der Bundesrat und das Parlament nicht das ganze Goldvermögen nur zu einem Zweck verwenden. Der Gegenvorschlag schlage eine ausgewogene Berücksichtigung von drei wichtigen Anliegen vor: Je ein Drittel für die AHV, die Kantone und die Stiftung Solidarität Schweiz. Damit werde der Verteilgerechtigkeit Rechnung getragen. Zudem setzt der Gegenvorschlag laut Villiger zwei wichtige Leitplanken: Er definiere erstens die verfügbare Geldmenge präzise und entziehe die Notenbankreserven damit den tagespolitischen Gelüsten der Politik. Zweitens erhalte er den realen Wert der Vermögenssubstanz. Damit stelle er sicher, dass die nächste Generation nach 30 Jahren neu über die Verwendung entscheiden könne. Das Verteilkonzept des Bundesrates baue somit Sicherungen ein, welche die Verfügungsgewalt disziplinierten, vergleichbar mit einem Sparbuch, von dem nur die Zinsen genutzt werden dürften.

In Bezug auf die Stiftung betonte Villiger, dass das Volk frei über die Einrichtung dieses zukunftsweisenden Solidaritätswerks entscheiden könne - ohne jeden Druck von aussen, ohne jede Einschränkung. Wörtlich führte der Bundespräsident aus: "Wer sagt, die Stiftung sei ein Produkt von Erpressung und sie müsse Wiedergutmachung für Früheres leisten, der sagt willentlich nicht die Wahrheit und politisiert nicht ehrlich. Der Wortlaut des Gesetzes ist der Tatbeweis für was ich sage. Lesen Sie es nach."

Villiger äusserte sich auch zur Kampagne für den Gegenvorschlag, die von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft unter der Leitung von Judith Stamm, sowie von zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft geführt wird. Es sei also nicht die klassische Abstimmungsmechanik mit politischen Parteien und Wirtschaftsunterstützung, sagte der Bundespräsident, sondern eine politisch ungebundene Bewegung, die zwar nicht grosse Geldmittel, aber Überzeugung und persönliches Engagement mitbringe. "Wenig Geld, dafür viel Herzblut": Das entspreche auch dem Thema, das gerade politisch ungebundene Staatsbürgerinnen und -bürger betreffe, interessiere und ganz offensichtlich auch fasziniere.

Finanzierung der AHV langfristig sicherstellen

Zum Thema AHV-Finanzierung sprach anschliessend Bundesrätin Ruth Dreifuss. Eines sei sicher, sagte sie: Das überschüssige Gold der Nationalbank könne die Verantwortlichen nicht davon entbinden, die langfristige finanzielle Sanierung der Sozialwerke an die Hand zu nehmen. Selbst wenn die ganzen 20 Milliarden Franken, die der Verkauf des Goldes ungefähr einbringen dürfte, dem AHV-Fonds einverleibt würden, wäre damit lediglich der Fonds für wenige Jahre aufgestockt. Dreifuss zeigte auf, dass die Zukunft der AHV nicht vom Goldsegen abhängig sei, sondern von der längerfristigen Konsolidierung über die ordentlichen Revisionen. Ein Zuschuss, wie er vom Verfassungsartikel "Gold für AHV, Kantone und Stiftung" vorgesehen ist, sei aber willkommen. Hingegen würde die Initiative zwei wichtige Chancen im Sozialbereich verbauen: die Möglichkeit der Kantone, genügend in die Sozialpolitik zu investieren, sowie die Möglichkeit, dank der Stiftung den Rahmen der Sozialversicherungen zu lockern und Projekte zu unterstützen, die sonst über keine Ressourcen verfügen.

Zur Stiftung Solidarität Schweiz führte Dreifuss aus, diese könne eine beachtliche Rolle zur Verbesserung der Lebensqualität im In- und Ausland spielen. Sie könne der Schweiz jenes Bild zurückgeben, das sie in der Tradition Henri Dunants lange gehabt habe: das Bild eines solidarischen und offenen Staates, dem jede Schweizerin und jeder Schweizer tief verbunden sei.

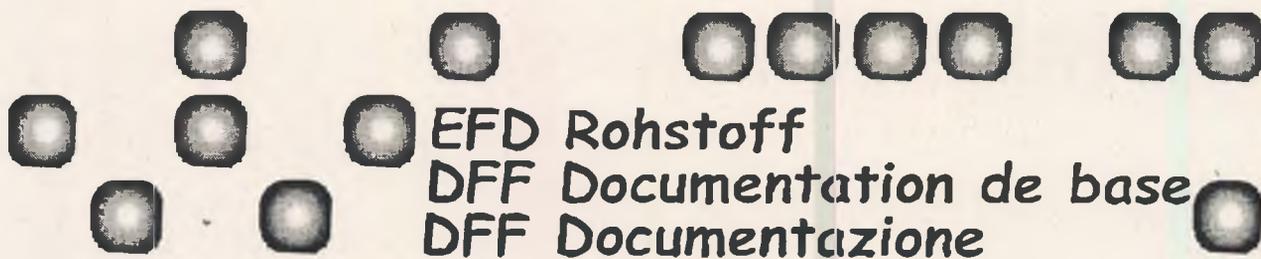
Ein Raubzug auf die Kantonsbudgets

Staatsrat Luigi Pedrazzini führte aus, eine Annahme der Goldinitiative der SVP würde dazu führen, dass die Kantone wichtiger Finanzquellen beraubt würden – Finanzquellen, auf die sie einen verfassungsmässigen Anspruch hätten und auf welche sie nicht verzichten könnten. Eine Annahme der Initiative hätte direkte negative Auswirkungen auf die Kantonsbudgets, was auch die Bevölkerung zu spüren bekäme. Die Konferenz der Kantonsregierungen lehne darum die Initiative der SVP entschieden, klar und überzeugt ab und unterstütze den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament. Diesen betrachte sie als eine Lösung, der die finanziellen Ressourcen der Kantone schütze, der die finanzielle Situation der AHV verbessere und der für unser Land die Chance biete, nützliche und notwendige Projekte der Solidarität zu realisieren.

01. Jul 2002

<http://www.efd.admin.ch/d/dok/medien/medienmitteilungen/2002/07/gold.htm>

© Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3, CH-3003 Bern
Tel. ++41 (0)31 322 60 33, Fax ++41 (0)31 323 38 52
info@gs-efd.admin.ch



EFD Rohstoff DFF Documentation de base DFF Documentazione

1. Juli 2002

Bundesrat zur Goldabstimmung

Die Schweizerische Nationalbank verfügt über 1300 Tonnen Goldreserven, die sie für ihre Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigt. Es handelt sich um ein Volksvermögen im Wert von gegen 20 Milliarden Franken, das nun für andere öffentliche Zwecke verwendet werden kann. Volk und Stände können am 22. September zwischen zwei Vorschlägen entscheiden: Einer Volksinitiative und einem Verfassungsartikel von Bundesrat und Parlament.

Die Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)“ ist im Jahr 2000 von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) eingereicht worden. Sie verlangt, alle nicht mehr benötigten Währungsreserven oder deren Erträge seien generell auf den Ausgleichsfonds der AHV zu übertragen. Die Einzelheiten sollen gesetzlich geregelt werden.

Bundesrat und Parlament haben ihrerseits einen Verfassungsartikel „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“ erarbeitet. Sie wollen den Erlös aus den 1300 Tonnen Gold an einen Fonds übertragen und den realen Wert im Interesse künftiger Generationen erhalten. Nur der Ertrag – etwa 500 bis 750 Millionen Franken pro Jahr – wird verteilt; er geht während 30 Jahren zu je einem Drittel an die AHV, die Kantone und die Solidaritätsstiftung.

Bundesrat und Parlament bevorzugen die zweite Variante. Sie lehnen die Goldinitiative ab, weil diese das Sondervermögen endgültig und für einen einzigen Zweck verwenden will. Im Gegensatz zu dieser einseitigen Lösung trägt der Vorschlag von Bundesrat und Parlament – „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“ – verschiedenen Anliegen des Landes nachhaltig und ausgewogen Rechnung. Er lässt alle Altersgruppen profitieren, berücksichtigt die AHV, schliesst auch die legitimen Interessen der Kantone mit ein und ermöglicht die Schaffung der Stiftung Solidarität Schweiz.

Welchen Wert hat das Goldvermögen?

Die endgültige Bewertung des Sondervermögens ist erst nach Abschluss des Verkaufs der 1300 Tonnen Gold möglich. Da der Goldverkauf auf dem Markt gegen Dollar erfolgt, ist der Frankenerlös abhängig vom Goldpreis in Dollar sowie auch vom Dollarkurs. Die Nationalbank hat daher einen Teil des Verkaufserlöses in Dollar gegen Schweizer Franken abgesichert. Es ist ein Verkaufserlös in der Grössenordnung von 19 bis 20 Milliarden Franken zu erwarten.



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale delle finanze DFF
Departament federal da finanzas DFF

Kommunikation
Bundesgasse 3, 3003 Bern
Tel. ++41 (031) 322 60 33, Fax ++41 (031) 323 38 52
www.efd.admin.ch www.dff.admin.ch

Goldvermögen und AHV-Finanzierung

Prognosen über die künftige Finanzierung der AHV sind mit Unsicherheiten verbunden, weil diese von der Entwicklung zahlreicher ökonomischer, demographischer, finanzwirtschaftlicher und politischer Faktoren abhängt.

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zur Goldinitiative vom 28. Februar 2001 mögliche Wirkungsszenarien einer Verwendung des Goldvermögens für die AHV-Finanzierung skizziert. Er ist auf der Basis der damaligen Prognosen und Daten davon ausgegangen, dass unter Verwendung der Vermögenssubstanz eine Mehrwertsteuererhöhung bis 2010 aufgeschoben werden könnte. Er hat dabei aber deutlich gemacht, dass es aufgrund des abnehmenden Verhältnisses von beitragsleistenden und rentenbeziehenden Personen nachhaltige Massnahmen braucht, um die langfristige Sicherung der AHV-Finanzierung sicher zu stellen.

Die neuesten Prognosen sind in dem Bericht „Gesamtschau des finanziellen Mehrbedarfs der Sozialversicherungen“ des Eidgenössischen Departements des Innern (17. Mai 2002) enthalten. Nach diesen Berechnungen betragen die jährlichen realen Totalausgaben der AHV im kommenden Jahrzehnt zwischen 30 und 35 Milliarden Franken pro Jahr. Des weiteren gilt die Faustregel, dass die Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt rund 2,9 Milliarden Franken entspricht.

Die notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV-Finanzierung ist von den Beschlüssen des Parlaments im Rahmen der 11. AHV-Revision abhängig. Nach den vom Nationalrat im Frühjahr 2001 teils in Abweichung von den bundesrätlichen Vorschlägen getroffenen Entscheiden (u.a. Streichung des Bundesanteils an den Mehrwertsteuereinnahmen), würde zur Deckung des Finanzbedarfs um das Jahr 2011 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen halben Prozentpunkt notwendig. Eine zweite Erhöhung um 1 Prozentpunkt müsste um das Jahr 2014 erfolgen. Sollte der Ständerat aber den Vorschlägen des Bundesrates folgen, so müsste die erste Erhöhung um einen halben Prozentpunkt entsprechend um das Jahr 2008, die zweite um 1 Prozentpunkt um das Jahr 2013 erfolgen.

Angepasst an diese neuesten Berechnungen ergibt sich folgendes Szenario:

Verwendung der Substanz: Unter Verwendung der Substanz des Goldvermögens liesse sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 7-8 Jahre hinausschieben. Nach Aufbrauchen des Goldvermögens entstünde dann umgehend wieder eine Finanzierungslücke in der Höhe von geschätzten 1,5 Mehrwertsteuerprozenten. Diese würde sich zu einem Zeitpunkt öffnen, in welchem die AHV aufgrund der fortlaufenden demografischen Entwicklung einen zusätzlichen Finanzbedarf haben wird.

Verwendung der Erträge: Würde die Substanz des Goldvermögens real (teuerungsbereinigt) erhalten, so liessen sich bei einem jährlichen realen Zinssatz von 2,5 bis 3,5 % Erträge zwischen rund 500 und 700 Millionen Franken erwirtschaften. Damit liesse sich langfristig auf die Erhebung von umgerechnet rund einem Fünftel bis einem Viertel eines Mehrwertsteuerprozentes verzichten. Mit einem Drittel des Zinsertrages aus dem Goldvermögen, wie dies der Gegenvorschlag zur Finanzierung der AHV vorsieht, könnte die Erhöhung von rund einem Fünfzehntel bis einem Zwölftel eines Mehrwertsteuerprozentes kompensiert werden.



Auch wenn die Verwendung des Goldvermögens oder seiner Erträge allein nicht ausreicht, die AHV-Finanzierung auf lange Frist sicherzustellen, so leisten doch Initiative und Gegenentwurf einen gewissen Beitrag. Der Vorschlag von Bundesrat und Parlament hat aber den Vorteil, dass er neben der AHV-Finanzierung auch andere berechnigte Anliegen und Interessen berücksichtigt. Nach Ansicht des Bundesrates ist diese Verteilung fairer und gerechter.





Die Diskussion um die Goldverwendung

5. März 1997: Der damalige Bundespräsident Arnold Koller kündigt die Schaffung einer Solidaritätsstiftung an und schlägt vor, diese aus denjenigen Goldreserven zu finanzieren, welche die Nationalbank für ihre Geld- und Währungspolitik nicht mehr benötigt. Zweck dieser Solidaritätsstiftung wäre die Linderung schwerer menschlicher Not im In- und im Ausland.

Oktober 1997: Eine Expertengruppe schliesst eine Überprüfung des notwendigen Bestandes der Währungsreserven der schweizerischen Nationalbank (SNB) ab. Sie kommt zum Schluss, dass die SNB nach der rechtlichen Aufhebung der Goldbindung des Frankens rund 1300 Tonnen Gold zur Erfüllung ihres Notenbankauftrages nicht mehr braucht. Bundesrat und Nationalbank bestätigen diese Einschätzung in der Botschaft über einen neuen Geld- und Währungsartikel in der Bundesverfassung vom Mai 1998.

1. Januar 2000: Die neue Bundesverfassung tritt in Kraft.

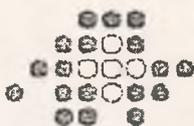
1. Mai 2000: Das neue Währungs- und Zahlungsmittelgesetz tritt in Kraft. Mit diesen Rechtsanpassungen wird die Bindung des Goldes an den Franken gelöst und der SNB die Möglichkeit eröffnet, ihre Goldbestände neu zu bewerten, zu bewirtschaften und zu verkaufen. Die SNB beginnt unmittelbar darauf mit dem Verkauf des überschüssigen Goldes.

17. März 2000: Der Bundesrat leitet den Räten das Bundesgesetz über die Solidaritätsstiftung zu sowie einen separaten Verfassungsartikel zur Ausgliederung der überschüssigen Goldreserven. Im Sommer führt er ausserdem ein Vernehmlassungsverfahren zur Frage durch, was genau mit dem überschüssigen Gold geschehen soll. Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens machten deutlich, dass ein sehr breites Spektrum von Meinungen zur Goldverwendung besteht und kein einzelner Zweck eine Mehrheit finden wird. Um eine Lösung in der Goldfrage zu finden, sucht die Landesregierung daher einen ausgewogenen Kompromiss.

Ende Oktober 2000: Die SVP reicht mit rund 126'000 Unterschriften ihre Goldinitiative ein.

Winter 2000/2001: Die Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben (WAK) und das Parlament erarbeiten als ausgewogenen und tragfähigen Kompromiss den Gegenvorschlag „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“.

22. März 2002: Der Nationalrat stimmt mit 141 zu 41 Stimmen dem Bundesbeschluss und mit 104 zu 66 Stimmen dem Stiftungsgesetz zu. Der Ständerat stimmt in beiden Fällen mit 33 zu 5 Stimmen zu.



Ein breit abgestützter Vorschlag

Der Bundesrat sieht sich in seinem Engagement für den Gegenvorschlag „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“ breit unterstützt. Im Parlament sind Bundesbeschluss (Nationalrat: 141:41, Ständerat: 33:5) und Stiftungsgesetz (104:66 und 33:5) mit relativ grossen Mehrheiten verabschiedet worden. Entsprechend breit abgestützt ist auch das befürwortende Komitee. Kantone, Parteien, Gewerkschaften, sowie gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen - namentlich die Altersverbände, die Jugendverbände, Frauenorganisationen, staatsbürgerliche Gesellschaften und humanitäre Organisationen - haben sich hinter den Vorschlag gestellt. Verschiedene Umfragen, so auch eine im Auftrag des EFD vor Jahresfrist durchgeführte Erhebung, weisen darauf hin, dass der Gegenvorschlag auch im Volk auf Zustimmung stösst.

Empfehlung von Bundesrat und Parlament

Die erste Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie die Volksinitiative "Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)" annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen, Nein zu stimmen.

Die zweite Abstimmungsfrage lautet:

Wollen Sie den Gegenentwurf der Bundesversammlung "Gold für AHV, Kantone und Stiftung" annehmen?

Bundesrat und Parlament empfehlen, Ja zu stimmen.

Die Stichfrage lautet:

Falls sowohl die Volksinitiative "Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)" als auch der Gegenentwurf "Gold für AHV, Kantone und Stiftung" von Volk und Ständen angenommen werden: Soll die Volksinitiative oder der Gegenentwurf in Kraft treten?

Bundesrat und Parlament empfehlen, den Gegenentwurf anzukreuzen.

Auskunft:

Walter Schmid, Projektstelle „Goldreserven/Stiftung Solidarität Schweiz“, Tel. 031 323 20 34

Adrian Gerber, Projektstelle „Goldreserven/Stiftung Solidarität Schweiz“, Tel. 031 323 21 52

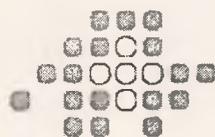


Weiterführende Informationen zu aktuellen Medienmitteilungen finden Sie im "Hot Spot" auf unserer Website: www.efd.admin.ch.



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale delle finanze DFF
Departament federal da finanzas DFF

Kommunikation
Bundesgasse 3, 3003 Bern
Tel. ++41 (031) 322 60 33, Fax ++41 (031) 323 38 52
www.efd.admin.ch www.dff.admin.ch



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
 Département fédéral des finances DFF
 Dipartimento federale delle finanze DFF
 Departament federal da finanzas DFF

[<<]

Position du Conseil fédéral sur certains aspects liés à l'initiative sur l'or et au contre-projet "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation"

En prévision de la votation populaire concernant "l'initiative sur l'or" déposée par l'UDC et le contre-projet "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation" élaboré par les autorités, le Conseil fédéral a pris position sur un certain nombre de questions restées ouvertes. Celles-ci portent notamment sur le volume des réserves monétaires dont la Banque nationale suisse (BNS) n'a plus besoin pour mener la politique monétaire, volume qui n'est pas chiffré de manière précise dans l'initiative sur l'or. Le Conseil fédéral estime que ces "réserves excédentaires" correspondent dans les deux cas (initiative sur l'or et contre-projet) à la contre-valeur de 1 300 tonnes d'or. L'initiative sur l'or laissant la question ouverte, les autorités chargées de définir le volume des réserves requises pourraient subir des pressions politiques. Cela pourrait nuire à l'indépendance de la BNS. Le Conseil fédéral a par ailleurs défini sa position pour le cas où un double non sortirait des urnes: il exclut toute utilisation des réserves excédentaires qui ne reposerait pas sur une base constitutionnelle ou légale particulière. Comme les montants des bénéfices de la BNS répartis entre la Confédération (1/3) et les cantons (2/3) conformément à la formule définie par la Constitution (Cst.) et par la loi sur la Banque nationale sont fixés contractuellement pour plusieurs années, les revenus ne seraient pas non plus disponibles immédiatement en cas de double non. Le gouvernement affirme par ailleurs que, selon la loi, la Fondation Suisse solidaire ne saurait réparer des erreurs en rapport avec la Seconde guerre mondiale.

L'initiative populaire "pour le versement au fonds AVS des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (Initiative sur l'or)" prévoit d'affecter au financement de l'AVS toutes les réserves monétaires de la BNS qui ne sont plus requises au titre de la politique monétaire ou les revenus qui en sont tirés. Le contre-projet (formule des trois parts égales destinées à l'AVS, aux cantons et à la fondation) vise en revanche à verser dans un fonds le produit de la vente des 1 300 tonnes d'or qui ne sont plus requises pour mener la politique monétaire et à maintenir la valeur réelle de ce produit. Les revenus provenant de la gestion de ce fonds reviendront à parts égales à l'AVS, à la Fondation Suisse solidaire et aux cantons. Les dispositions du contre-projet s'appliqueront durant une période limitée à 30 ans.

Position du Conseil fédéral sur trois questions ouvertes

L'initiative sur l'or est en partie formulée de manière ouverte et elle laisse au législateur le soin de définir les modalités. Par ailleurs, des questions d'interprétation se poseraient en cas de double non. Afin de clarifier la situation avant la votation, le Conseil fédéral a précisé sa position:

- **Réserves monétaires qui ne sont plus requises:** le texte de l'initiative n'évoque ni le volume des réserves excédentaires, ni la question du maintien de la valeur réelle du capital, mais mentionne seulement "les réserves monétaires qui ne sont plus requises au titre de la politique monétaire ou les revenus qui en sont tirés". Le Conseil fédéral défend le point de vue selon lequel l'initiative sur l'or porte (comme le contre-projet) uniquement sur le produit de la vente de 1 300 tonnes d'or. Le solde des réserves est nécessaire à la conduite de la politique monétaire. Depuis l'abandon du rattachement du franc à l'or, qui s'est traduit par une appréciation des réserves d'or, la Banque nationale détient un avoir particulier sous la forme de 1 300 tonnes d'or (ou du produit résultant de la vente de cet or), dont elle n'a pas besoin pour remplir sa mission monétaire. Cet avoir particulier unique peut être utilisé dans d'autres buts d'utilité publique. Si l'initiative venait à être acceptée, le Conseil fédéral maintiendrait son interprétation du volume des réserves excédentaires dans le cadre de l'élaboration de la loi. Il signale expressément les risques que ferait courir le fait de lier la fixation des réserves de la BNS requises au titre de la politique monétaire à une question d'actualité de nature politique, à savoir le financement de l'AVS. Tenir compte de considérations étrangères à la mission de la BNS lors de la fixation du volume des réserves reviendrait à soumettre les autorités compétentes à des pressions politiques. L'indépendance de la BNS pourrait s'en trouver compromise. La BNS pourrait ainsi perdre en crédibilité et avoir plus de mal à conduire une politique monétaire

efficace. L'indépendance et la crédibilité de la banque centrale contribuent dans une mesure importante à la stabilité et à la compétitivité de la place financière suisse.

- **Utilisation du capital et des revenus en cas de double non:** un double non signifierait que tant l'initiative sur l'or que le contre-projet sont rejetés. Le peuple et les cantons s'exprimeraient ainsi contre les propositions d'utilisation des réserves d'or excédentaires. Un tel verdict aurait diverses conséquences juridiques et politiques. De l'avis du Conseil fédéral,

- les réserves excédentaires resteraient dans un premier temps auprès de la BNS, elles ne pourraient être transférées qu'à la suite de la création d'une base juridique à cet effet.

- Toute dérogation à l'actuelle clé de répartition constitutionnelle (art. 99 Cst: au moins deux tiers aux cantons) des réserves excédentaires ou des revenus qui en sont tirés nécessiterait également une nouvelle disposition constitutionnelle.

- Au terme de plusieurs années de discussions sur la manière d'utiliser les réserves d'or excédentaires, il serait politiquement inconcevable de procéder à une répartition, même conforme à la clé, sans que le Parlement et le peuple aient leur mot à dire. Répartir le capital sans nouvelle base juridique, en se fondant uniquement sur une adaptation de la convention de répartition des bénéfices conclue entre la BNS et le Département fédéral des finances, n'entre pas en ligne de compte car, en cas de double non, il faudrait s'attendre à des interventions politiques proposant de nouvelles utilisations. Le Conseil national a par exemple déjà décidé de régler par la voie législative, dans le cadre de la 11e révision de l'AVS, la question de l'utilisation des réserves d'or excédentaires.

- Les revenus ne pourraient pas être distribués immédiatement à la Confédération et aux cantons. Ils continueraient de figurer dans le compte de résultats de la BNS (au contraire du produit de la vente de l'or, comptabilisé séparément). Étant donné que, conformément à la convention conclue avec le DFF, la BNS distribuera durant plusieurs années une somme constante, ces revenus alimenteraient dans un premier temps les provisions de la Banque nationale. Le Conseil fédéral n'adapterait donc le montant distribué annuellement (qui a été relevé cette année à 2,5 milliards de francs) qu'à l'occasion du réexamen de la convention de répartition des bénéfices, effectué après cinq ans, ou d'un éventuel dépassement de la limite supérieure fixée pour les provisions.

- **Double oui:** en cas de double oui, la question subsidiaire déterminera lequel des deux projets l'emportera. Si tant l'initiative sur l'or que le contre-projet sont acceptés, mais qu'en réponse à la question subsidiaire l'un des projets obtient la majorité des votants et l'autre la majorité des cantons, aucun n'entre en vigueur (art. 139, al. 6, Cst.). Comme les votants auraient approuvé, dans cette hypothèse peu probable, le principe consistant à répartir les réserves d'or excédentaires, il faudrait soumettre au peuple et aux cantons une nouvelle base constitutionnelle concernant l'utilisation de cet or.

La fondation n'est pas conçue pour réparer les erreurs du passé

Le Conseil fédéral s'oppose résolument à toute affirmation erronée selon laquelle des demandes de réparation pourraient être adressées à la Fondation Suisse solidaire, en raison du rôle joué par la Suisse pendant la Seconde guerre mondiale. La loi exclut clairement de telles réparations. Le Conseil fédéral précise que, dès le départ, il a été question d'une fondation orientée vers l'avenir, constituant un signe de reconnaissance du fait que la Suisse a été épargnée par deux guerres mondiales et s'inscrivant dans la tradition humanitaire avec des projets novateurs. Comme le souligne le Conseil fédéral, le profil de la Fondation Suisse solidaire montre clairement que ses objectifs principaux sont la prévention de la pauvreté, des maladies et de la violence ainsi que la lutte contre leurs causes. L'idée de la fondation n'est issue ni de promesses soi-disant faites aux USA ni de tentatives de faire pression sur la Suisse. Les activités de la fondation seront donc soumises exclusivement à la loi votée par le Parlement à ce sujet.

Position du Conseil fédéral et du Parlement à l'égard de l'initiative et du contre-projet

Le Conseil fédéral et la majorité des parlementaires proposent de rejeter l'initiative sur l'or. Ils estiment qu'une contribution au financement de l'AVS est un objectif légitime. Ils rejettent cependant l'initiative sur l'or, car celle-ci vise une utilisation unilatérale des réserves d'or excédentaires de la BNS sans tenir compte d'autres objectifs justifiés.

En revanche, le Conseil fédéral et le Parlement appuient le contre-projet "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation". Celui-ci, dont les dispositions s'appliqueront durant une période limitée à 30 ans, prévoit le maintien de la valeur réelle des réserves excédentaires de la Banque nationale. Il tient compte de trois objectifs auxquels les revenus provenant de la gestion du capital seront affectés à part égales. Il vise un équilibre entre les jeunes et les personnes âgées: un tiers des revenus va à l'ancienne génération à travers l'AVS et un autre tiers va à la nouvelle génération par le biais d'une fondation tournée vers l'avenir. Étant donné que le troisième tiers des revenus est destiné aux cantons, le contre-projet respecte également les revendications cantonales, dans un souci d'équilibre entre les régions. Le contre-projet permet enfin de créer la Fondation Suisse solidaire, une œuvre pionnière tournée vers l'avenir. Celle-ci pourra ainsi fournir une aide aux victimes de la pauvreté et de la violence. Notre pays réaffirme de la sorte son attachement à sa tradition humanitaire et investit judicieusement dans son propre avenir et dans celui du reste du monde.

Si le souverain rejette l'initiative sur l'or et accepte simultanément le contre-projet, les revenus générés par l'or déjà vendu seront versés au fonds à compter du jour du scrutin. La loi fédérale sur la Fondation Suisse solidaire sera publiée dans la Feuille fédérale dès l'acceptation du contre-projet. Si aucun référendum n'est lancé, ladite loi pourra entrer en vigueur durant le premier semestre de 2003.

Renseignements:

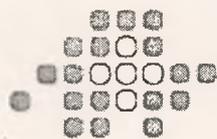
Daniel Eckmann, Communication DFF, tél 031 322 63 01

Marianne Widmer, Adm. fédérale des finances, tél 031 322 54 31

22 mai 2002

<http://www.efd.admin.ch/f/dok/medien/medienmitteilungen/2002/05/gold.htm>

© Département fédéral des finances
Bundesgasse 3, CH-3003 Bern
Tél. ++41 (0)31 322 60 33, Fax ++41 (0)31 323 38 52
info@gs-efd.admin.ch



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
 Département fédéral des finances DFF
 Dipartimento federale delle finanze DFF
 Departament federal da finanzas DFF

[<<]

Réserves d'or excédentaires: un triple soutien pour le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement

Le projet d'article constitutionnel "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation " bénéficie d'un triple soutien: le président de la Confédération Kaspar Villiger, la conseillère fédérale Ruth Dreifuss ainsi que le conseiller d'Etat et président de la Conférence des gouvernements cantonaux Luigi Pedrazzini ont en effet exposé aujourd'hui les raisons pour lesquelles ils rejettent l'initiative sur l'or et préfèrent à celle-ci le contre-projet présenté par le Conseil fédéral et le Parlement. Kaspar Villiger estime que le mode de répartition des réserves d'or de la Banque nationale prévu dans le contre-projet est équilibré. Grâce à ce mode de répartition, la substance des réserves est conservée. En outre, les générations précédentes, mais aussi actuelles et futures sont prises en compte, les intérêts légitimes des cantons ne sont pas négligés et la Fondation Suisse solidaire peut voir le jour. Luigi Pedrazzini a quant à lui averti qu'une acceptation de l'initiative sur l'or aurait des retombées négatives sur les budgets cantonaux, qui toucheraient directement la population.

Le 22 septembre prochain, le peuple et les cantons sont appelés à décider du sort de l'initiative sur l'or et du contre-projet intitulé "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation ". La loi sur le marché de l'énergie sera elle aussi soumise à votation.

Le président de la Confédération Kaspar Villiger a déclaré notamment que l'objectif de l'initiative sur l'or est louable et qu'il constitue également l'un des buts visés par le contre-projet. Il estime toutefois que l'initiative n'est guère novatrice et qu'en ne désignant qu'un seul bénéficiaire d'un avoir spécial unique (les réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (BNS), elle est trop unilatérale. En effet, l'initiative permet le transfert d'autres réserves d'or dont le montant n'est pas défini, en plus des 1 '300 tonnes d'or désignées comme excédentaires. Ce problème oblige à lier la question de la définition du montant réglementaire des réserves de la BNS au débat sur le financement de l'AVS. Toutefois, seul le mandat que la Constitution délivre à la banque centrale doit déterminer la politique menée en matière de réserves. Or mêler la question des réserves de la BNS aux autres problèmes politiques risque de compromettre l'indépendance que la Constitution garantit à la banque centrale, ce qui est inacceptable.

Contre-projet soutenu par un comité apolitique disposant de moyens financiers limités

Kaspar Villiger a expliqué que contrairement aux auteurs de l'initiative, le Conseil fédéral et le Parlement n'ont pas voulu consacrer la totalité de l'avoir particulier à une seule affectation. Le contre-projet propose pour sa part la prise en compte équilibrée de trois affectations d'égale importance, à savoir l'AVS, les cantons et la Fondation Suisse solidaire. Cette solution permet une répartition équitable des réserves d'or. De plus, le contre-projet clarifie deux points importants: premièrement, il définit précisément le montant des réserves d'or disponibles et empêche le recours à ces réserves pour régler au jour le jour d'autres problèmes politiques. Deuxièmement, il assure la conservation en valeur réelle de l'avoir particulier. La prochaine génération aura ainsi la possibilité de se prononcer à nouveau dans 30 ans sur l'utilisation de ce patrimoine. La solution proposée par le Conseil fédéral comprend ainsi un dispositif de sécurité qui restreint les possibilités d'affectation de l'avoir particulier, faisant de celui-ci une sorte de livret d'épargne dont seuls les intérêts peuvent être utilisés.

En ce qui concerne la Fondation Suisse solidaire, Kaspar Villiger a indiqué que le peuple était libre de décider, sans restriction ni pression extérieure, de la création de cette œuvre de solidarité tournée vers l'avenir. Le président de la Confédération s'est exprimé en ces termes: "Ceux qui prétendent que la Fondation est issue d'un chantage et qu'elle vise à réparer le passé s'écartent sciemment de la vérité afin de manipuler l'opinion. Pour s'en convaincre, il suffit de lire le texte de la loi. "

Kaspar Villiger s'est également exprimé sur la campagne en faveur du contre-projet, menée par la Société suisse d'utilité publique sous la direction de Judith Stamm, ainsi que par de nombreuses personnalités du monde de la politique et de l'économie. Selon le président de la Confédération, cette campagne ne ressemble pas aux campagnes de votations habituelles, marquées par les interventions

des partis et des milieux économiques concernés. Elle participe plutôt d'un mouvement indépendant de toute tendance politique et dépourvu de grands moyens financiers, mais fondé sur la conviction et le dévouement personnel de ses protagonistes. "Peu d'argent, mais du cœur à l'ouvrage": une telle devise est de nature à interpeller, voire passionner les citoyens et les citoyennes qui ne sont pas liés à un parti.

Assurer durablement le financement de l'AVS

La conseillère fédérale Ruth Dreifuss s'est ensuite exprimée sur le problème du financement de l'AVS. Une chose est sûre, a-t-elle lancé: l'existence des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale ne saurait nous décharger de la responsabilité de prendre des mesures en vue de consolider durablement le financement des œuvres sociales. Même si les 20 milliards de francs que la vente de l'or devrait rapporter au total étaient versés au fonds AVS, ce montant ne permettrait d'assurer le financement du fonds que pour quelques années. Ruth Dreifuss a ajouté que l'avenir de l'AVS dépendait non pas d'une contribution unique, mais d'une consolidation durable du fonds, opérée par le biais de révisions approfondies. Toutefois, une rallonge financière telle qu'elle est prévue dans le projet d'article constitutionnel "L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation" ne peut être que bénéfique. L'initiative sur l'or, quant à elle, fait l'impasse sur deux occasions importantes dans le domaine social: la possibilité donnée aux cantons d'investir suffisamment dans ce secteur et la possibilité, offerte par la Fondation, d'élargir le cadre des assurances sociales en appuyant des projets privés de tout soutien financier.

Concernant la Fondation Suisse solidaire, Ruth Dreifuss estime qu'une telle institution pourrait apporter une contribution importante à l'amélioration de la qualité de vie en Suisse et à l'étranger. Cette fondation permettrait à notre pays de retrouver l'image qui a longtemps été la sienne depuis l'époque d'Henri Dunant et à laquelle chaque Suisse est profondément attaché, à savoir celle d'un pays ouvert et solidaire.

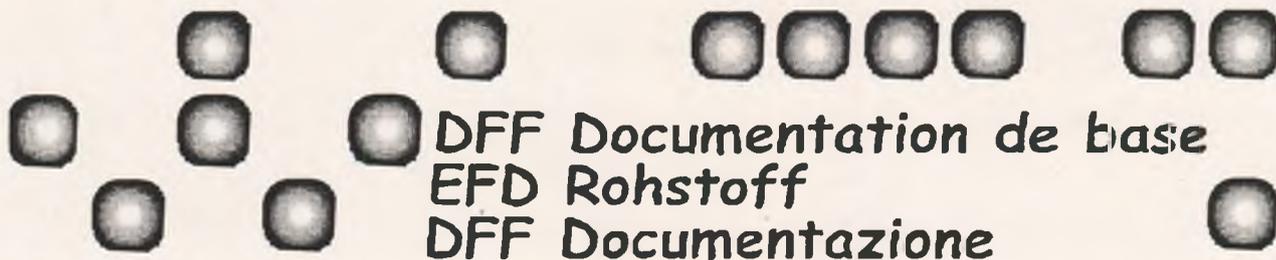
Perte financière pour les cantons

De l'avis du conseiller d'Etat Luigi Pedrazzini, l'initiative de l'UDC sur l'or entraînerait pour les cantons une perte importante en ressources financières, ressources auxquelles ceux-ci ont droit de par la Constitution et dont ils ne peuvent se passer. L'acceptation de l'initiative aurait des retombées négatives directes sur le budget des cantons, lesquelles se répercuteraient sur la population. C'est pourquoi la Conférence des gouvernements cantonaux rejette catégoriquement l'initiative de l'UDC et soutient le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement. De l'avis de la Conférence, ce dernier ménage les ressources pécuniaires des cantons, améliore la situation financière de l'AVS et offre à notre pays la possibilité de réaliser des projets de solidarité utiles ou nécessaires.

01 jui 2002

<http://www.efd.admin.ch/f/dok/medien/medienmitteilungen/2002/07/gold.htm>

© Département fédéral des finances
Bundesgasse 3, CH-3003 Bern
Tél. ++41 (0)31 322 60 33, Fax ++41 (0)31 323 38 52
info@gs-efd.admin.ch



DFD Documentation de base
EFD Rohstoff
DFD Documentazione

1^{er} juillet 2002

Votations sur les réserves d'or: position du Conseil fédéral

La Banque nationale suisse (BNS) dispose de 1300 tonnes d'or excédentaires, dont elle n'a plus besoin pour mener sa politique monétaire. Ce patrimoine national, d'une valeur de près de 20 milliards de francs, peut donc être affecté à d'autres fins d'intérêt public. Le 22 septembre 2002, le peuple et les cantons devront choisir entre deux projets: une initiative populaire et un projet d'article constitutionnel élaboré par le Conseil fédéral et le Parlement.

L'initiative populaire «Pour le versement au fonds AVS des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (Initiative sur l'or)» a été déposée en 2000 par l'Union démocratique du centre (UDC). Cette initiative exige que toutes les réserves monétaires excédentaires, ou tous les intérêts qu'elles produisent, soient versés au Fonds de compensation de l'AVS, les modalités étant fixées par la loi.

Le Conseil fédéral et le Parlement ont, de leur côté, élaboré un projet d'article constitutionnel intitulé «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation». Ce projet a pour but d'affecter à un fonds spécial le produit des 1300 tonnes d'or excédentaires tout en préservant le capital en valeur réelle, dans l'intérêt des générations futures. Ce produit, dont la valeur annuelle est estimée à un montant compris entre 500 et 750 millions de francs, sera versé pendant 30 ans, à parts égales, à l'AVS, aux cantons et à la Fondation Suisse solidaire.

Le Conseil fédéral et le Parlement préconisent la solution élaborée par leurs soins. Ils rejettent l'initiative de l'UDC au motif que celle-ci veut utiliser les réserves monétaires excédentaires une fois pour toutes et à une seule fin. A l'opposé de cette solution unilatérale, le projet du Conseil fédéral et du Parlement («L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation») tient compte de manière équilibrée et durable des différents intérêts du pays. Il profite à toutes les générations et prend en considération les besoins de financement de l'AVS, tout en respectant les intérêts légitimes des cantons et en permettant la création de la Fondation Suisse solidaire.

Quelle est la valeur des réserves d'or excédentaires?

Il ne sera possible d'indiquer la valeur définitive de l'avoir particulier qu'après la vente des 1300 tonnes d'or. Comme les ventes d'or sont généralement effectuées en dollars, la valeur en francs suisses de l'avoir particulier dépend du prix de l'or en dollars ainsi que du cours de cette monnaie. La Banque nationale a donc protégé une partie du produit de la vente d'or contre les



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
 Département fédéral des finances DFF
 Dipartimento federale delle finanze DFF
 Departament federal da finanzas DFF

Communication
 Bundesgasse 3, 3003 Berne
 tél. ++41 31 322 60 33, fax ++41 31 323 38 52
www.dff.admin.ch www.efd.admin.ch

variations du cours du dollar. Le produit de la vente devrait rapporter de 19 à 20 milliards de francs.

Les réserves d'or et le financement de l'AVS

Il est difficile d'établir des prévisions concernant le financement futur de l'AVS, étant donné que ce dernier dépend de l'évolution de facteurs économiques, démographiques, financiers et politiques.

Dans son message du 28 février 2001 relatif à l'Initiative sur l'or, le Conseil fédéral a décrit les répercussions des différentes possibilités d'utiliser les réserves d'or pour financer l'AVS. Sur la base des prévisions et des données dont il disposait, il a conclu que l'utilisation de la substance même des réserves pouvait repousser une hausse de la TVA jusqu'en 2010. Il a cependant montré que, vu la proportion décroissante des personnes qui cotisent à l'AVS par rapport aux bénéficiaires de rentes, des mesures durables devraient être prises afin que le financement de l'AVS puisse être assuré à long terme.

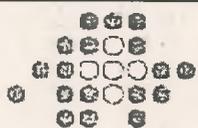
Les prévisions les plus récentes figurent dans le rapport publié le 17 mai 2002 par le Département fédéral de l'intérieur, constituant un aperçu général actualisé des besoins financiers supplémentaires des assurances sociales jusqu'en 2025. Selon ce rapport, les dépenses totales de l'AVS au cours de la prochaine décennie se situeront, en termes réels, dans une fourchette de 30 à 35 milliards par année. Par ailleurs, l'augmentation d'un point de pourcentage de la TVA correspond en gros à un apport de 2,9 milliards.

L'ampleur de la hausse de TVA destinée au financement de l'AVS dépendra des choix opérés par le Parlement dans le cadre de la 11^e révision de l'AVS. Suite aux décisions prises par le Conseil national au printemps 2001 et qui s'écartaient en partie des propositions du Conseil fédéral (notamment parce qu'elles prévoyaient la suppression de la part de la Confédération aux recettes de la TVA en faveur de l'AVS), une majoration de la TVA d'un demi-point de pourcentage serait nécessaire pour couvrir les besoins financiers du fonds aux environs de 2011. Elle serait suivie d'une deuxième hausse d'un point de pourcentage vers 2014. Si le Conseil des Etats se rallie aux propositions du Conseil fédéral, la première majoration de la TVA serait d'un demi-point de pourcentage vers 2008 et la seconde d'un point de pourcentage vers 2013.

La prise en compte de ces derniers éléments donne le scénario suivant:

Utilisation de la substance des réserves d'or: L'utilisation pour l'AVS de la substance de l'avoir particulier repousserait certes de 7 ou 8 ans une augmentation de la TVA. Une fois ces réserves épuisées apparaîtrait à nouveau un défaut de financement du fonds AVS équivalant à un taux de TVA de 1,5 point de pourcentage. Ce défaut de financement apparaîtrait à un moment où l'AVS ferait face à des besoins financiers supplémentaires en raison du vieillissement de la population.

Utilisation des intérêts de l'avoir spécial: Si la substance des réserves d'or était conservée en termes réels (corrigés de l'inflation), elle dégagerait des intérêts réels allant de 2,5 à 3,5 % par année, soit un rendement compris entre 500 et 700 millions de francs. Ces rendements permettraient à long terme de réduire d'un cinquième, voire d'un quart la majoration de 1 point du taux de TVA. Le tiers du produit des intérêts que le contre-projet prévoit d'attribuer à l'AVS permettrait donc de réduire d'un quinzième, voire d'un douzième la majoration précitée du taux de TVA.



Même si l'utilisation de l'avoire spécial ou des intérêts de celui-ci ne suffit à assurer le financement à long terme du fonds AVS, la contribution apportée par l'initiative ou le contre-projet n'est pas pour autant négligeable. Le projet du Conseil fédéral et du Parlement présente en revanche l'avantage de prendre en considération non seulement les besoins financiers de l'AVS, mais aussi d'autres intérêts légitimes. Le Conseil fédéral estime que le mode de répartition prévu dans le contre-projet est plus équitable que celui qui est défini par l'initiative.

Etapes du débat concernant l'utilisation des réserves d'or

5 mars 1997: Le président de la Confédération d'alors, Arnold Koller, annonce la création d'une fondation de solidarité qu'il propose de financer grâce aux réserves d'or dont la Banque nationale n'a plus besoin pour mener sa politique monétaire. Le but de cette fondation serait d'atténuer la détresse humaine en Suisse et à l'étranger.

Octobre 1997: Un groupe d'experts clôt un examen portant sur le montant des réserves d'or nécessaires à la BNS. Il parvient à la conclusion que, suite à la suppression de la parité-or du franc, la Banque nationale détient 1300 tonnes d'or dont elle n'a pas besoin pour remplir sa mission monétaire. Le Conseil fédéral et la Banque nationale confirment cette estimation dans le cadre du message de mai 1998 concernant un nouvel article constitutionnel sur la monnaie.

1^{er} janvier 2000: La nouvelle Constitution entre en vigueur.

1^{er} mai 2000: La nouvelle loi sur l'unité monétaire et les moyens de paiement entre en vigueur. Cette modification du droit abolit la parité-or du franc et permet à la BNS de réévaluer ses réserves d'or, de les gérer et de les vendre. Dès lors, la BNS commence sans tarder à vendre ses réserves d'or excédentaires.

17 mars 2000: Le Conseil fédéral soumet aux Chambres fédérales les projets d'une loi sur la Fondation Suisse solidaire ainsi que d'un article constitutionnel concernant le transfert des réserves excédentaires hors de la BNS. En été, il lance une procédure de consultation concernant l'utilisation de ces réserves. Les résultats de cette consultation montrent que les opinions divergent sur la question et qu'aucun objectif ne semble en mesure de recueillir une majorité de suffrages. Le gouvernement cherche alors un compromis à même de résoudre le problème.

Fin octobre 2000: L'UDC dépose l'Initiative sur l'or forte de 126 000 signatures.

Hiver 2000/2001: La Commission de l'économie et des redevances (CER) et le Parlement élaborent un compromis solide et équilibré sous la forme d'un contre-projet intitulé «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation».

22 mars 2002: Le Conseil national approuve l'arrêté fédéral, par 141 voix contre 41, et la loi sur la Fondation, par 104 voix contre 66. Le Conseil des Etats approuve l'arrêté et la loi par 33 voix contre 5.



Une proposition largement soutenue

L'engagement du Conseil fédéral en faveur du contre-projet «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation» bénéficie d'un large soutien. D'une part, le Parlement a largement plébiscité aussi bien l'arrêté fédéral (Conseil national: 141 voix pour et 41 contre; Conseil des Etats: 33 voix pour et 5 contre) que la loi sur la fondation (Conseil national: 104 voix pour et 66 contre; Conseil des Etats: 33 voix pour et 5 contre). D'autre part, le comité en faveur du contre-projet peut compter sur l'appui de divers cantons, partis politiques, syndicats ainsi que d'organisations et d'associations telles que les associations du troisième âge, les associations de jeunesse, les sociétés féminines, les sociétés civiques ou encore les organisations humanitaires. Divers sondages, dont un effectué l'année dernière sur mandat du DFF, ont montré que la population est elle aussi favorable au contre-projet.

Recommandations du Conseil fédéral et du Parlement:

La première question à laquelle vous devez répondre est la suivante:

Acceptez-vous l'initiative populaire «pour le versement au fonds AVS des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (Initiative sur l'or)»?

Le Conseil fédéral et le Parlement recommandent de voter non à l'initiative populaire.

La deuxième question à laquelle vous devez répondre est la suivante:

Acceptez-vous le projet d'article constitutionnel de l'Assemblée fédérale «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation»?

Le Conseil fédéral et le Parlement recommandent voter oui au contre-projet.

La question subsidiaire à laquelle vous devez répondre est la suivante:

Si le peuple et les cantons acceptent à la fois l'initiative populaire «pour le versement au fonds AVS des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse» (Initiative sur l'or) et le projet d'article constitutionnel de l'Assemblée fédérale «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation»: est-ce l'initiative populaire ou le projet de l'Assemblée fédérale (contre-projet) qui doit entrer en vigueur?

Le Conseil fédéral et le Parlement recommandent de marquer d'une croix la case correspondant au contre-projet.

Renseignements:

Walter Schmid, Secrétariat du projet «Réserves d'or/Fondation Suisse solidaire»,
tél.: 031 323 20 34

Adrian Gerber, Secrétariat du projet «Réserves d'or/Fondation Suisse solidaire»,
tél.: 031 323 21 52



De plus amples informations sur les thèmes présentés se trouvent sur notre site Internet



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Département fédéral des finances DFF
Dipartimento federale delle finanze DFF
Departament federal da finanzas DFF

Communication
Bundesgasse 3, 3003 Berne
tél. ++41 31 322 60 33, fax ++41 31 323 38 52
www.dff.admin.ch www.efd.admin.ch

*Vermögen erhalten
– Zukunft gestalten*



Eidgenössische Volksabstimmung vom 22. September

10 Argumente für ein JA zum Gegenentwurf

Seit zwei Jahren ist die Bindung des Schweizer Frankens ans Gold aufgehoben. Durch den Verkauf des nicht mehr für die Währungspolitik benötigten Goldes der Nationalbank entsteht ein Sondervermögen von rund 20 Milliarden Franken. Eine SVP-Initiative will dieses Vermögen einseitig für die AHV ausgeben. Der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament will das Vermögen erhalten. Die jährlichen Erträge von 750 Millionen Franken gehen je zu einem Drittel an AHV, Kantone und Stiftung Solidarität Schweiz. Das ist ein sinnvolles, ausgewogenes und gerechtes Konzept.

Wir sagen JA zum Gegenentwurf, weil wir:

- **das Tafelsilber erhalten und nicht verscherbeln**
Es wird auf Verfassungsebene sichergestellt, dass das Sondervermögen in der Substanz real erhalten bleibt. Kommenden Generationen wird weitergegeben, was über Jahrzehnte erarbeitet und erspart worden ist.
- **die Erträge gerecht teilen**
Die Erträge des Vermögens werden ausgewogen aufgeteilt und bringen allen Bevölkerungsteilen etwas: Alle haben dazu beigetragen – alle sollen davon profitieren.
- **in die Zukunft blicken**
In 30 Jahren können die Stimmberechtigten neu entscheiden, was mit dem Vermögen und den Erträgen geschehen soll. Ohne neuen Entscheid geht je ein Drittel an AHV, Kantone und Bund.
- **nachhaltig in die AHV investieren und nicht Pflasterlipolitik betreiben**
Ein Drittel der Vermögenserträge, also rund 250 Millionen Franken jährlich, fliessen in die AHV. Damit unterstützen wir unser wichtigstes Sozialwerk während dreissig Jahren mit einem namhaften Betrag und entlasten die AHV. Und in 30 Jahren verfügen wir immer noch über den vollen Betrag von 20 Milliarden Franken. Dagegen wird mit der einmaligen Zuwendung gemäss SVP-Initiative einzig die AHV begünstigt, finanziell aber nicht gesichert. Das ist eine Pflasterlipolitik, die lediglich notwendige Reformen verzögert.

- **die Kantone berücksichtigen und den Föderalismus stärken**
Die Kantone sollen bei der Verteilung des Sondervermögens nicht leer ausgehen und erhalten ebenfalls insgesamt rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Die Beiträge an die einzelnen Kantone erfolgen abgestuft nach Einwohnerzahl und Finanzstärke. Die Kantone können über den ihnen zustehenden Betrag frei verfügen und das Geld dort einsetzen, wo Regierung, Parlament und Volk es für richtig erachten.
- **mit der Stiftung die humanitäre Tradition der Schweiz fortführen**
Mit rund 250 Millionen Franken jährlich soll die Stiftung Solidarität Schweiz geschaffen werden. Wir führen damit die grosse humanitäre Tradition unseres Landes fort, auf die wir stolz und für die wir auf der ganzen Welt bekannt sind. Diese Stiftung ist ein Werk für die Zukunft. Ausrichtungen an Opfer des Zweiten Weltkriegs sind gemäss Gesetz ausgeschlossen.
- **ein solidarisches Konzept unterbreiten**
Das Geld aus den Goldverkäufen wird gezielt für drei Projekte eingesetzt. Die Stärke des Konzeptes liegt in seiner Ausgewogenheit und in der Solidarität von Jung und Alt, von Arm und Reich, von Bund und Kantonen, von In- und Ausland.
- **eine ausgewogene, echt schweizerische Lösung präsentieren**
Das Vermögen wird in der Schweiz erhalten und die Erträge werden nicht einer einzigen Zielgruppe zugeteilt, sondern es werden verschiedene Anliegen berücksichtigt.
- **das Vermögen in der Schweiz behalten**
Das ganze Sondervermögen fliesst in einen Fonds, der in der Schweiz errichtet und verwaltet wird. Von den Erträgen bleiben fünf Sechstel, also rund 625 Millionen Franken jährlich, ebenfalls in der Schweiz. Ein Sechstel in Höhe von 125 Millionen Franken geht an sinnvolle Projekte ins Ausland.
- **eine durchdachte Lösung vorlegen statt in einer Sackgasse landen**
Während der Gegenentwurf von vielen massgeblichen Kreisen unterstützt wird, gibt es Stimmen, die sowohl die Goldinitiative wie den Gegenentwurf ablehnen. Die Anhänger des doppelten Neins verkennen jedoch die Tatsache, dass jede andere Verwendung des Sondervermögens einer neuen rechtlichen Grundlage bedarf, für deren Schaffung wieder Jahre verstreichen. Und dies ohne Garantie für eine bessere Lösung.

Deshalb JA zum Gegenentwurf am 22. September!

Schweizerisches Komitee „JA zum Gegenentwurf – Gold für AHV, Kantone und Stiftung“
Mehr Informationen unter www.gegenentwurf-ja.ch



Schweizerisches Komitee „JA zum Gegenentwurf“
www.gegenentwurf-ja.ch

Vermögen erhalten – Zukunft gestalten Ja zum Gegenentwurf: Gold für AHV, Kantone und Stiftung

Worum geht es?

Die Hälfte der Goldreserven der Nationalbank, nämlich 1'300 Tonnen Gold, werden nicht mehr für die Währungspolitik benötigt. Verfassung und Gesetz ermöglichen es seit Mai 2000, die Goldbestände zu Marktpreisen zu bewerten und zu verkaufen. Die 1'300 Tonnen Gold entsprechen einem Sondervermögen von derzeit etwa 20 Milliarden Franken, das für andere Zwecke genutzt werden kann.

Am 22. September 2002 werden die Stimmberechtigten darüber abstimmen, was mit diesem Teil der Goldreserven geschehen soll.

Das ist eine einmalige Chance für eine besondere Lösung.

Am 22. September liegen zwei Vorschläge zur Verwendung dieser überschüssigen Goldreserven vor:

1. Eine **Volksinitiative der SVP**, die das Sondervermögen gesamthaft dem AHV-Fonds übertragen will.
2. Der **Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament**:
Das Sondervermögen bleibt unangetastet. Die Erträge von rund 750 Millionen Franken jährlich werden während 30 Jahren zu je einem Drittel für die AHV, die Kantone und die Stiftung Solidarität Schweiz eingesetzt. Nach 30 Jahren kann die nächste Generation neu entscheiden, wie dieses Sondervermögen weiter verwendet wird.

Die Stimmberechtigten können am 22. September somit darüber entscheiden,

ob, wie mit der SVP-Initiative gefordert,

- das Sondervermögen bloss einem einzigen Zweck zukommt;
- die 20 Milliarden entweder auf einen Schlag und unwiderruflich aufgebraucht werden oder die jährlichen Erträge für immer im AHV-Fond verschwinden;
- künftige Generationen keine Möglichkeit mehr haben, über Substanz und Erträge dieses einmaligen Sondervermögen in anderer Weise zu verfügen.

oder ob, wie es **Bundesrat und Parlament** mit dem **Gegenentwurf** vorschlagen,

- unser Vermögen erhalten bleibt;
- die Erträge zu gleichen Teilen an die AHV, die Kantone und die Stiftung fliessen und wir alle profitieren;
- mit einer ausgewogenen Lösung die humanitäre Tradition der Schweiz fortgeführt wird;
- wir unsere Zukunft nachhaltig und sinnvoll gestalten;
- wir in 30 Jahren mit einer neuen Generation von Stimmberechtigten entscheiden können, wie das in der Substanz unangetastete Vermögen oder dessen Erträge verwendet werden. Ohne neuen Entscheid wird das Sondervermögen aufgeteilt auf AHV, Kantone und Bund.

3. In letzter Zeit wird auch ein **doppeltes Nein** propagiert. Es wird gefordert, dass das Sondervermögen ohne Mitsprache des Parlamentes und des Volkes zur Schuldentilgung an Bund und Kantone ausgeschüttet wird. Diese Forderung bringt jedoch in absehbarer Zeit keine Lösung:
- Sie ignoriert die seit Jahren heftig geführte Diskussion um die Verwendung der freien Mittel der Nationalbank.
 - Sie übersieht, dass jede andere Verwendung als die vorgeschlagenen erst nach erneuter parlamentarischer Beratung mit Volksabstimmung zum Tragen kommen könnte. Der Bundesrat und das Parlament haben wiederholt festgehalten, dass jede Verwendung der Überschussreserven einer besonderen Verfassungs- und Gesetzesgrundlage bedarf.
 - Sie provoziert schon einen Tag nach der Abstimmung vom 22. September eine Weiterführung des parlamentarischen Gerangels und des Kampfes um die Milliarden.
 - Bei einem doppelten Nein liegt somit das aus den überschüssigen Goldreserven entstandene Sondervermögen für etliche Jahre brach.

Das Wichtigste in Kürze

1. Überschüssige Goldreserven sinnvoll nutzen – eine einmalige Chance

Während vieler Jahrzehnte war der Schweizer Franken an das Gold gebunden. Geld wurde als ein Ersatz für Gold betrachtet und konnte theoretisch jederzeit zu einem bestimmten Preis in Gold umgetauscht werden.

Seit dem 1. Mai 2000 ist diese starre Goldbindung des Frankens aufgehoben. Gold wird seither zu Marktpreisen bewertet und gilt als Währungssicherheit wie andere Anlagen. Die Hälfte der über Jahre entstandenen Reserven, das sind rund 1'300 Tonnen Gold, benötigt die Nationalbank nicht mehr. Darum verkauft sie dieses Gold schrittweise. Ende 2001 war bereits Gold im Wert von rund sechs Milliarden Franken verkauft und in ertragbringende Anlagen investiert.

Die Möglichkeit, über überschüssige Goldreserven verfügen zu können, ist ein einmaliger Vorgang. Ihr Gegenwert soll deshalb nach dem Willen von Bundesrat und Parlament gesondert genutzt werden. Die ordentliche Jahresgewinnausschüttung von einem Drittel an den Bund und zwei Dritteln an die Kantone aus der laufenden Nationalbankrechnung wird dadurch nicht tangiert.

2. Viele Begehrlichkeiten – viele Ideen zur Verwendung

Bundesrat und Parlament waren sich in Übereinstimmung mit der breiten Öffentlichkeit schon früh einig, dass dieser über Generationen erarbeitete und gesparte Überschuss den Stimmberechtigten gehört und dass er sinnvoll genutzt werden soll. Es ging somit nur noch um die wesentlich schwieriger zu beantwortende Frage: Wie nutzen wir dieses Vermögen?

Ursprünglich hatte der Bundesrat unter anderem im Zusammenhang mit der Holocaust-Debatte vorgeschlagen, einen Teil der Erträge des Sondervermögens in eine Stiftung zu überführen, welche sich dem Kampf gegen Armut und Gewalt widmet. In der anschliessenden Diskussion wurden, wie nicht anders zu erwarten war, etliche weitere Vorschläge zur Verwendung dieser Erträge gemacht und geprüft. Die Kantone begrüsst die Stiftung. Doch sie forderten zwei Drittel des nach Abzug des für die Stiftung vorgesehenen Anteils für sich. Auch eine Zuweisung des Sondervermögens an den AHV-Fonds wurde diskutiert. Ausgleichszahlungen an einkommensschwache Familien, die Finanzierung einer Mutterschaftsversicherung oder einer Pensionskasse für Landwirte waren weitere Themen.

Kein einziger der Vorschläge erwies sich als mehrheitsfähig.

3. Die SVP-Gold-Initiative

Die Initiative verlangt, dass alle heutigen und künftigen überschüssigen Währungsreserven oder deren Erträge in den AHV-Ausgleichsfonds übertragen werden. Sie nimmt damit eine Thematik auf, die uns alle beschäftigt: Sicherung und Finanzierung unseres wichtigsten Sozialwerkes.

Die Initiative löst allerdings keines der grundlegenden demografischen und strukturellen Probleme der AHV. Sie lässt auch offen, ob das Kapital oder die jährlichen Erträge in den AHV-Fond fliessen. Sie schafft damit Unsicherheit. Zentral ist deshalb die Feststellung, dass weder die Zuwendung von 20 Milliarden Franken noch die jährliche Ausschüttung der Erträge zur langfristigen Sanierung der AHV beitragen. Würde das gesamte zur Verfügung stehende Kapital eingesetzt, entspräche dies beim Jahresumsatz der AHV von 30 Milliarden Franken nur gerade den Ausgabe von acht Monaten.

Die SVP-Initiative propagiert eine Pflasterlipolitik. Sie lässt ferner alle anderen möglichen Begünstigten, insbesondere die Kantone, leer ausgehen. Und sie hat vor allem einen Zweck: die Verhinderung der Stiftung. Selbst wenn die 20 Milliarden Franken an die AHV gehen: die politische Erfahrung lehrt, dass dieses Geschenk kaum zur Sanierung des Sozialwerkes verwendet wird, sondern lediglich alte und neue Begehrlichkeiten auslöst und notwendige AHV-Reformen auf die lange Bank schiebt. Das weiss auch die SVP.

Bundesrat und Parlament wollen die Finanzierung der AHV langfristig sichern und sehen dazu im kommenden Jahrzehnt eine stufenweise Erhöhung der Mehrwertsteuer um rund 1,5 % vor. Die SVP behauptet, dass dies mit dem Sondervermögen um zehn Jahre hinausgeschoben werden kann. Doch damit wird das Vermögen aufgebraucht. Nach zehn Jahren ist eine beträchtliche Erhöhung der Mehrwertsteuer unvermeidlich. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik.

Der Gegenentwurf ist die bessere Lösung. Nur mit dem Gegenentwurf ist auf Verfassungsebene gesichert, dass das Vermögen erhalten bleibt und nicht einem einzigen Zweck zugeführt wird.

Bundesrat und Parlament lehnen die SVP-Initiative deshalb ab.

4. Gold für AHV, Kantone und Stiftung (Gegenentwurf)

Das Parlament hat einen ausgewogenen Vorschlag entwickelt, der nun als Gegenentwurf zur Initiative unterbreitet wird. Nur dieser stellt auf Verfassungsebene sicher, dass das einmalig entstandene Sondervermögen für die nächsten 30 Jahre in seiner Substanz erhalten bleibt und nur die Erträge von rund 750 Millionen Franken jährlich genutzt werden. Diese kommen zu je einem Drittel der AHV, den Kantonen und der inhaltlich modifizierten Stiftung zugute.

Die AHV erhält damit einen jährlichen Beitrag von rund 250 Millionen Franken. Die Kantone erhalten dieselbe Summe zur freien Verwendung. Die der Stiftung zufließenden Mittel werden für den Kampf gegen Armut und Gewalt eingesetzt. Die jetzt geplante Stiftung ist ein zukunftsgerichtetes Projekt und knüpft an die weltweit bekannte humanitäre Tradition der Schweiz an, auf die wir zu Recht stolz sind.

Damit liegt ein überzeugendes Konzept vor:

- Es stellt sicher, dass das Vermögen nicht kurzfristig ausgegeben wird, sondern in der Substanz erhalten bleibt.
- Die Erträge sind ausgewogen für verschiedene Empfänger bestimmt, werden gerecht verteilt und bleiben zu fünf Sechsteln im Inland.
- In 30 Jahren können wir mit einer neuen Generation von Stimmberechtigten frei darüber entscheiden, was weiter mit dem Vermögen geschehen soll. Ohne neuen Entscheid gehen je ein Drittel an AHV, Kantone und Bund.
- Die Zukunft wird sinnvoll gestaltet: die AHV erhält auf Jahre hinaus regelmässig Beiträge, die Kantone können über ihr Drittel frei verfügen und die humanitäre Tradition wird fortgeführt.

Der Gegenentwurf beruht auf einem Sozialkonsens und nimmt die besten Elemente aller andern diskutierten Vorschläge auf: Vorsorge und Weitsicht finden sich darin ebenso wie Förderung des Föderalismus und Hilfe an Bedürftige. Er entspricht echt schweizerischem Denken.

5. Zum doppelten Nein

Verschiedene Seiten führen ins Feld, dass weder die SVP-Initiative noch der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament zu überzeugen vermögen. Beide Vorlagen seien deshalb abzulehnen und das Sondervermögen gemäss heutigem Verteilschlüssel zu zwei Dritteln den Kantonen und zu einem Drittel dem Bund zukommen zu lassen. Andere wiederum sind der Meinung, das ganze Vermögen sollte für den Abbau der Bundesschulden eingesetzt werden.

Das doppelte Nein führt jedoch in eine Sackgasse. Bundesrat und Parlament haben in den letzten Jahren klar festgehalten, dass die überschüssigen Goldreserven ein Sondervermögen sind, dessen Verwendung auf Verfassungsebene zu regeln ist. Der Bundesrat hat diese Haltung im Frühsommer erneut und unmissverständlich bekräftigt. Am Tage nach der Volksabstimmung würden somit erneut verschiedenste – alte und neue – Begehren in die Diskussion eingebracht. Es beginnt erneut ein Gerangel um Substanz und Erträge aus diesem Sondervermögen. Ein solcher Geldsegen wird aber kaum zum Schuldenabbau eingesetzt oder in die allgemeine Kasse des Bundes oder der Kantone fliessen. Bis zu einer neuen Lösung vergehen Jahre. Niemand weiss, ob sie besser sein wird als der heute vorliegende Gegenentwurf und ob sie dereinst in der Abstimmung angenommen wird.

Das doppelte Nein ist ein Schritt zurück und bringt keinerlei Lösung.

6. Deshalb sagen wir Ja zu Gold für AHV, Kantone und Stiftung

- Das Sondervermögen bleibt in der Substanz erhalten: Was über Generationen erarbeitet und erspart worden ist, sollen auch kommende Generationen nutzen können.
- Die Erträge werden ausgewogen verteilt und bringen somit allen Bevölkerungsteilen etwas: Alle haben dazu beigetragen – alle sollen davon profitieren.
- In 30 Jahren können die dannzumaligen Stimmberechtigten frei bestimmen, was mit Vermögen und Erträgen geschehen soll. Ohne neuen Entscheid geht je ein Drittel an AHV, Kantone und Bund.
- Wir müssen die AHV jedoch langfristig sichern und wollen nicht mit einer einmaligen Zuwendung Pflasterlipolitik betreiben, die nur die langfristigen Reformen verzögert und weitere Begehren weckt.
- Ein Teil der Erträge soll trotzdem der AHV zukommen, da jeder Beitrag an die AHV-Finanzierung sinnvoll ist. Über 30 Jahre werden so immerhin 7,5 Milliarden Franken an die AHV ausbezahlt, ohne dass die Substanz des Vermögens angetastet wird
- Die Kantone erhalten während 30 Jahren jährlich rund 250 Millionen Franken. Damit wird der Föderalismus gestärkt. Die Kantone können nämlich über ihren Anteil frei verfügen.
- Wir erhalten mit der Stiftung die Chance, die grosse humanitäre Tradition unseres Landes fortzuführen und damit Herausforderungen der Zukunft verantwortungsbewusst mitzugestalten.
- Fünf Sechstel der Erträge, also rund 625 Millionen Franken jährlich, bleiben in der Schweiz.
- Die Vorlage ist eine ausgewogene, echt schweizerische Lösung.

Deshalb Ja zu Gold für AHV, Kantone und Stiftung.

Komitee „JA zum Gegenentwurf – Gold für AHV, Kantone und Stiftung“

Das Co-Präsidium:

Christine Beerli, Ständerätin FDP/BE, Christian Wanner, Regierungsrat FDP/SO, Christiane Brunner, Ständerätin SP/GE, Regine Aepli, Nationalrätin SP/ZH, Franz Wicki, Ständerat CVP/LU, Lucrezia Meier-Schatz, Nationalrätin CVP/SG, Chiara Simoneschi-Cortesi, Nationalrätin CVP/TI, Cécile Bühlmann, Nationalrätin GP/LU, Jacques-Simon Eggly, Nationalrat Liberale/GE, Walter Donzé, Nationalrat EVP/BE

Für weitere Informationen: www.gegenentwurf-ja.ch



Fact Sheet „Vermögen erhalten“

Erhalt des Vermögens ist nur mit dem Gegenentwurf garantiert

„Vermögen erhalten – Zukunft gestalten“ heisst das Motto der Kampagne „Ja zum Gegenentwurf“. Kritiker wenden ein, die SVP-Goldinitiative lege sich nicht fest, ob das gesamte Vermögen oder nur die Erträge dem AHV-Fonds zuflössen. Das müsse auf Gesetzesebene geregelt werden. Die Vermögenserhaltung sei daher kein Unterscheidungsmerkmal der beiden Vorlagen.

Dazu ist festzuhalten:

1. Ungenau abgefasste und unsorgfältig formulierte Initiativen führen regelmässig zu Diskussionen über die Auslegung. Die SVP-Initiative ist ein solches Beispiel. Es kann nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, Mängel einer Initiative im Nachhinein zu beheben. Besonders problematisch wird es dann, wenn die SVP die gesetzliche Interpretation benutzt, um je nach Lage und Zielpublikum ihre Argumentation zu stützen: Sollte die Substanz (19 Milliarden Franken) real erhalten bleiben, so könnten zur Finanzierung der AHV nur die Erträge der realen Zinsen verwendet werden. Diese machen etwa 750 Millionen Franken aus. Dies entspricht ungefähr einem Viertel Mehrwertsteuerprozent. Die Verwendung der Zinsen bei realem Substanzerhalt reicht also mit Sicherheit nicht aus, um die geplante Erhöhung der MWST über mehrere Jahre hinauszuschieben – das erklärte Ziel der SVP!
2. Tatsache ist, dass nur der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament den Vermögenserhalt garantiert. Denn beim Gegenentwurf wird der Substanzerhalt des Sondervermögens verbindlich in der Verfassung festgeschrieben. Es wird nicht dem Entscheid des Gesetzgebers nach der Abstimmung überlassen, ob das Vermögen aufgebraucht wird oder nicht. Die politische Erfahrung lehrt: Was nicht auf klaren Rechtsgrundlagen beruht, wird zum Spielball von Zeitgeist und Partikularinteressen.
3. Die eidgenössischen Parlamentarier haben die offene Formulierung der Goldinitiative bereits in den Verhandlungen kritisiert und die Substanzerhaltung beim Gegenentwurf hervorgehoben, ohne dass dem von der SVP widersprochen wurde. Der Glarner **FDP-Ständerat Fridolin Schiesser** in der Debatte vom 20. Juni 2001: „Dann lässt die Initiative zwei Sachen offen: Zum einen können die Erträge oder aber auch das Kapital selber übertragen werden. Hier wird ein Punkt angesprochen, der für mich absolut zentral ist. Ich möchte auf der obersten Gesetzgebungsstufe, also in der Verfassung, eine Bestimmung einfügen, die es nicht erlaubt, das Kapital anzugreifen.“ Auch anderen Votanten war die offene Fassung der Initiative ein Dorn im Auge. Der Berner **EVP-Nationalrat Walter Donzé** begründet sein Ablehnung der SVP-Initiative folgendermassen: „Zudem lässt die Initiative offen, ob die Substanz oder nur die Erträge zur Verfügung stehen.“ Der Aargauer **CVP-Nationalrat Melchior Ehrler** zum Gegenentwurf: „Damit wird sichergestellt, dass der Erlass nicht einfach innert kurzer Zeit für irgendwelche Zwecke aufgebraucht wird, sondern er wird auch in Zukunft zur Verfügung stehen.“

Anhang: Initiativtext:

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt ergänzt:

Art. 99 Abs. 3a (neu)

^{3a}Werden Währungsreserven für die geld- und währungspolitischen Zwecke nicht mehr benötigt, so sind diese oder deren Erträge von der Nationalbank auf den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zu übertragen. Die Bundesgesetzgebung regelt die Einzelheiten.

Medienkonferenz Schweizerisches Komitee „JA zum Gegenentwurf“, 7. Juni 2002, Bern

Referat von Ständerätin Christine Beerli, FDP BE

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zur Pressekonferenz unseres überparteilichen Komitees "JA zum Gegenentwurf – Gold für AHV, Kantone und Stiftung". Dem Komitee gehören bereits über 120 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Parteien an. Wir setzen uns gemeinsam für ein Ja zum Gegenentwurf ein.

Die Aktivitäten unseres Komitees stehen unter dem Motto "Vermögen erhalten – Zukunft gestalten".

Mit diesem Motto wollen wir die zentrale Stossrichtung des Gegenentwurfes von Bundesrat und Parlament unterstreichen. Worum geht es:

Am 22. September entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger darüber, was mit dem Teil der Goldreserven geschehen soll, der nicht mehr für die Geld- und Währungspolitik benötigt wird. Während vieler Jahrzehnte war der Schweizer Franken an das Gold gebunden. Seit dem 1. Mai 2000 ist diese starre Goldbindung aufgehoben und Gold kann zu Marktpreisen bewertet werden. Über die Jahre entstand eine Reserve von 1300 Tonnen Gold. Diese entsprechen einem Gegenwert von heute rund 20 Milliarden Franken, die genutzt werden können und genutzt werden sollen. Die Möglichkeit, über diesen ansehnlichen Betrag verfügen zu können, ist ein Geschenk. Entsprechend handelt es sich nach dem Willen von Bundesrat und Parlament um ein Sondervermögen, das auch für etwas Besonderes eingesetzt werden soll.

Ursprünglich hatte der Bundesrat vorgesehen, einen Teil der Erträge dieses Volksvermögens – man ist damals von insgesamt 500 Tonnen Gold ausgegangen – in eine Stiftung Solidarität zu überführen. Das Parlament mochte sich nicht mit der ursprünglichen Idee anfreunden, die Mittel einem einzigen Zweck zugute kommen zu lassen. In der Folge wurden verschiedene Begehren an uns herangetragen und diskutiert. Die Vertreter der Gold-Initiative oder das Lager der Nein/Nein-Sager scheinen dabei zu vergessen, dass auch die Zuteilung von zwei Dritteln der Erträge an die Kantone oder die Zuweisung des gesamten Sondervermögens an die AHV diskutiert wurden. Ferner gab es Vorschläge für Ausgleichszahlungen an einkommensschwache Familien, die Verwendung der Mittel zur Finanzierung einer Mutterschaftsversicherung oder die Errichtung einer Pensionskasse für Landwirte. Kein einziger dieser Vorschläge erwies sich indessen als mehrheitsfähig.

Das Parlament hat deshalb einen eigenen Vorschlag erarbeitet, der nun als Gegenentwurf auf dem Tisch liegt.

Die Kernidee dieses Gegenentwurfs ist es, das Vermögen in seiner Substanz zu erhalten. Es sollen nur die Erträge von jährlich rund 750 Millionen Franken verwendet werden. Diese Er-

träge gehen zu gleichen Teilen an die AHV, die Kantone und an die Stiftung. Nach 30 Jahren können wir – zusammen mit der nächsten Generation – entscheiden, wofür das in seiner Substanz real erhaltene Vermögen verwendet werden soll.

Zusammenfassend gesagt, geht es am 22. September um die Frage, ob, wie mit der **SVP-Initiative** vorgeschlagen,

- das Sondervermögen bloss einem einzigen Zweck zukommen soll
- die 20 Milliarden Franken Sondervermögen auf einen Schlag unwiderruflich eingesetzt und verbraucht werden
- wir und vor allem künftige Generationen keine Möglichkeit mehr haben sollen, über Substanz und Erträge dieses Sondervermögens nach Ablauf von 30 Jahren neu zu verfügen

oder ob wir, wie mit dem **Gegenwurf**,

- sicher stellen, dass das Vermögen nicht kurzfristig ausgegeben wird, sondern in der Substanz erhalten bleibt
- die Erträge ausgewogen verschiedenen Empfängern zukommen lassen und gerecht verteilen, wobei fünf Sechstel im Inland bleiben
- in 30 Jahren zusammen mit einer neuen Generation von Stimmberechtigten darüber entscheiden, was weiter mit dem Vermögen geschehen soll
- die Zukunft sinnvoll gestalten:
Die AHV erhält auf Jahre hinaus regelmässig Beiträge, die Kantone können über ihr Drittel frei verfügen und die humanitäre Tradition unseres Landes wird fortgesetzt.

Damit liegt ein in unseren Augen sinnvoller, ausgewogener und gerechter Vorschlag auf dem Tisch:

- **Sinnvoll**, weil wir damit einen Beitrag an die AHV leisten. Wir stützen damit unser wichtigstes Sozialwerk nachhaltig und langfristig. Innert 30 Jahren führen wir der AHV mehr als 7,5 Milliarden Franken zu. Im Gegensatz zur Initiative bleibt uns das Vermögen von 20 Milliarden Franken aber erhalten.
- **Ausgewogen**, weil die Kantone ebenfalls von den Erträgen profitieren sollen und nicht leer ausgehen wie bei der SVP Initiative. Das Konzept sieht jährliche Ausschüttungen von rund 250 Millionen Franken an die Kantone vor. Damit wird der Föderalismus gestärkt, denn die Kantone können frei über ihren Anteil verfügen.
- **Gerecht**, weil wir mit einem Drittel der Erträge eine Stiftung schaffen wollen, welche sich im Kampf gegen Armut und Gewalt im In- und Ausland einsetzt. Mit dieser Idee setzen wir die grosse humanitäre Tradition unseres Landes fort.

Auf die einzelnen Aspekte des Konzeptes AHV, Kantone und Stiftung werden die weiteren Referenten eingehen.



Ich möchte vorher kurz die Hauptargumente für den Gegenentwurf zusammenfassen, welche unser Motto für die kommenden Monate bis zum 22. September „Vermögen erhalten – Zukunft gestalten“ unterstreichen:

1. **Das Sondervermögen bleibt weitere dreissig Jahre in seiner Substanz erhalten. Unser Volksvermögen wird also nicht ausgegeben und einseitig eingesetzt. In dreissig Jahren können wir mit einer neuen Generation frei entscheiden, was mit diesem Vermögen und seinen Erträgen geschehen soll.**
2. Die Erträge aus dem Vermögen kommen nicht nur einer Gruppe zugute, sondern werden ausgewogen und gerecht zugunsten aller Bevölkerungsteile eingesetzt. Alle haben zum Vermögen beigetragen. Alle sollen von den Erträgen profitieren. Damit wollen wir dem Sozialkonsens in unserem Land Sorge tragen und diesen nicht durch eine einseitige Zuwendung gefährden.
3. Wir wollen die Kantone und den Föderalismus stärken. Der Gegenentwurf lässt den Kantonen Beiträge zukommen, die ihnen zustehen. Die Kantone sollen diese Mittel nach eigenem Gutdünken und eigenen Bedürfnissen verwenden können.
4. Wir wollen mit der Schaffung der Stiftung die humanitäre Tradition der Schweiz fortführen und damit Herausforderungen der Zukunft verantwortungsbewusst mitgestalten.

Ich stehe zum breit abgestützten, wohldurchdachten Konzept des Gegenentwurfes von Bundesrat und Parlament. Er nimmt die besten Elemente aller anderen diskutierten und wieder zur Diskussion stehenden Vorschläge auf: Vorsorge und Weitsicht finden sich darin ebenso wie Förderung des Föderalismus und Hilfe an Bedürftige. Der Gegenvorschlag entspricht damit echt schweizerischem Denken. Ich bin zuversichtlich, dass die Stimmberechtigten die Vorteile dieser Vorlage zu gewichten wissen. Sie werden erkennen, dass nur so die Substanz über mindestens 30 Jahre bewahrt und eine wirklich nachhaltige Lösung verankert werden kann.

Deshalb empfehle ich mit Überzeugung ein Ja zum Gegenentwurf.

Ich gebe das Wort weiter an Nationalrat Rémy Scheurer.

Comité suisse « OUI au contre-projet »
 www.gegenentwurf-ja.ch

Préserver le patrimoine – construire l'avenir Oui au contre-projet : L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation

De quoi s'agit-il ?

La moitié des réserves d'or de la Banque nationale, à savoir 1'300 tonnes d'or, ne sont plus nécessaires pour assurer la parité-or du franc et la politique monétaire du pays. La Constitution et la loi permettent maintenant d'évaluer la valeur de cet excédent d'or au prix du marché et de le vendre. Ces 1'300 tonnes d'or constituent une fortune exceptionnelle de quelque 20 milliards de francs, qui peut dès lors être utilisé à d'autres fins.

Le 22 septembre 2002, les citoyennes et les citoyens se prononceront sur la question de savoir ce qu'il convient de faire de cette partie de nos réserves d'or.

C'est une chance unique de réaliser un projet exceptionnel.

Le 22 septembre, il s'agira de se prononcer sur deux propositions concernant l'utilisation de ces réserves d'or excédentaires :

1. Une **initiative populaire de l'UDC**, qui prévoit de verser l'intégralité de ce patrimoine au fonds de compensation de l'AVS.
2. **Le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement :**
 Le patrimoine reste intact. Les quelque 750 millions de francs d'intérêts produits chaque année par ce capital sont versés à parts égales, pendant 30 ans, à l'AVS, aux cantons et à la Fondation Suisse solidaire. Dans 30 ans, la jeune génération décidera de l'utilisation qu'il conviendra de faire, alors, de ce patrimoine.

Les citoyennes et les citoyens décideront donc le 22 septembre

si, comme le demande l'initiative de l'UDC,

- cette fortune exceptionnelle doit être consacrée à un seul et même but ;
- ces 20 milliards de francs doivent être investis et épuisés irrémédiablement ou les intérêts produits disparaître au fur et à mesure et pour toujours dans le fonds de l'AVS ;
- les générations à venir ne doivent plus avoir aucune possibilité de décider d'utiliser autrement de la substance et des revenus de ce patrimoine exceptionnel,

ou si, comme le proposent le **Conseil fédéral et le Parlement** dans le **contre-projet**,

- notre patrimoine doit rester intact ;
- les intérêts de ce capital doivent revenir à parts égales à l'AVS, aux cantons et à la Fondation et ainsi bénéficier à toutes et à tous ;
- la mise en œuvre d'une solution équitable doit permettre de perpétuer la tradition humanitaire de la Suisse ;
- nous voulons construire l'avenir avec persévérance et intelligence ;

- nous entendons pouvoir, dans 30 ans, décider avec une nouvelle génération de citoyennes et de citoyens ce qu'il convient de faire du patrimoine ainsi préservé et des intérêts qu'il produit.
3. Depuis peu, une petite minorité parlementaire prône un **double NON**, demandant que ce patrimoine exceptionnel serve au désendettement de la Confédération et des cantons, sans que le Parlement et le peuple n'aient leur mot à dire. En fait, cela n'apporterait aucune solution dans un avenir plus ou moins rapproché :
- Cette revendication fait l'impasse sur les débats houleux qui ont eu lieu ces dernières années sur l'utilisation des réserves disponibles de la Banque nationale.
 - Elle omet le fait que toute autre utilisation que celles qui sont proposées ne pourrait devenir effective qu'à l'issue d'un nouveau débat parlementaire et d'une nouvelle votation populaire.
 - Elle conduirait, dès le lendemain de la votation du 22 septembre, à une nouvelle empoignade au Parlement et la dispute autour de ces milliards disponibles reprendrait de plus belle.
 - En cas de double NON, la fortune issue de la vente des excédents d'or resterait ainsi inemployée pendant de longues années.

L'essentiel en bref

1. Utiliser adéquatement les réserves d'or excédentaires – une chance unique

Durant de nombreuses décennies, les prescriptions légales ont rattaché le franc suisse à l'or. La monnaie était alors considérée comme un substitut de l'or et pouvait théoriquement être convertie en or en tout temps à un prix prédéterminé.

Depuis le 1^{er} mai 2000, la parité-or du franc est abolie. Depuis, l'or est évalué en fonction du prix du marché et sert de garantie monétaire au même titre que d'autres placements. La Banque nationale n'a plus besoin d'une réserve d'or de l'ordre de 1'300 tonnes qui a été constituée au fil des ans. Elle a donc commencé à vendre cet or par tranches successives. Fin 2001, elle en avait déjà vendu pour environ six milliards de francs, qu'elle a investis sous forme de placements produisant des intérêts.

Le fait de pouvoir disposer de réserves d'or excédentaires est exceptionnel. Aussi le Conseil fédéral et le Parlement considèrent-ils qu'il convient d'en investir le produit dans un projet de nature exceptionnelle.

2. Les convoitises sont nombreuses – les idées aussi

Très tôt, le Conseil fédéral et le Parlement, rejoignant en cela l'opinion publique, se sont mis d'accord pour considérer que cet excédent produit et économisé par plusieurs générations successives appartenait au peuple suisse et devait être affecté à un but important. Ne restait donc plus qu'une question à laquelle il était nettement plus difficile de répondre : comment allons-nous disposer de cette fortune ?

A l'origine, le Conseil fédéral avait proposé, notamment dans le cadre du débat sur l'holocauste, d'attribuer une partie des revenus de cette fortune à une fondation qui se consacrerait à la lutte contre la pauvreté et la violence. Dans le débat qui a suivi, maintes autres propositions – comme il fallait s'y attendre - ont été faites quant à l'utilisation de ces revenus. Les cantons ont salué l'idée de la Fondation, tout en demandant à recevoir les deux tiers de la part restante. L'idée d'attribuer cette fortune au fonds de compensation de l'AVS a elle aussi été discutée. D'autres idées encore ont été émises : versements compensatoires aux

familles à faible revenu, financement d'une assurance maternité ou d'une caisse de pension pour les agriculteurs.

Aucune de ces propositions n'a recueilli la majorité des voix.

3. L'Initiative de l'UDC sur l'or

Dans son initiative, l'UDC demande que toutes les réserves excédentaires ou leurs revenus actuels et futurs soient transférés au fonds de compensation de l'AVS. Ce faisant, elle soulève une question qui nous préoccupe toutes et tous, à savoir la garantie du financement de notre principale institution sociale.

En revanche, l'initiative ne résout en rien les problèmes fondamentaux, démographiques et structurels, auxquels l'AVS est confrontée. En outre, elle ne définit pas clairement si c'est le capital lui-même ou les revenus annuels en découlant qui sont transférés au fonds de l'AVS. Ce faisant, elle crée de l'incertitude. Quoi qu'il en soit, force est de constater que ni un versement unique de 20 milliards de francs, ni le versement annuel des intérêts de ce capital ne sauraient contribuer à l'assainissement à long terme de l'AVS. Si la totalité du capital disponible était transféré à l'AVS, dont les dépenses s'élèvent à 30 milliards de francs par année, cela permettrait ainsi tout juste de couvrir les dépenses pour huit mois.

On le voit, l'initiative de l'UDC prône une politique du sparadrap. En outre, elle laisse tous les autres bénéficiaires potentiels et notamment les cantons repartir les mains vides. En fait, elle a avant tout pour objectif d'empêcher la création de la Fondation. Supposons que les 20 milliards de francs aillent à l'AVS : l'expérience politique montre que ce cadeau ne servirait pas à assainir cette assurance sociale, mais qu'il ne ferait que susciter d'autres convoitises tout en différant une fois de plus les réformes requises pour garantir l'AVS. Cela, l'UDC le sait très bien.

Le Conseil fédéral et le Parlement entendent garantir le financement de l'AVS à long terme et envisagent pour ce faire d'augmenter progressivement la TVA de l'ordre de 1,5% dans les dix ans à venir. L'UDC prétend que le transfert de cette fortune exceptionnelle à l'AVS permettrait de repousser cette échéance de dix ans. En fait, on épuiserait ainsi le capital et dans dix ans, on devrait inévitablement procéder à une augmentation considérable de la TVA. Voilà qui n'a rien d'une politique financière à long terme.

Le contre-projet représente une meilleure solution. Le patrimoine reste intact et n'est pas investi en faveur d'un but unique.

C'est pourquoi le Conseil fédéral et le Parlement rejettent l'initiative de l'UDC.

4. L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation (contre-projet)

Le Parlement a élaboré une proposition équilibrée qui est devenue le contre-projet soumis au vote. Cette proposition est la seule à garantir que ce patrimoine exceptionnel soit gardé intact pendant les 30 ans à venir et que seuls ses revenus, de l'ordre de 750 millions de francs par année, soient utilisés. Ces revenus seraient distribués à parts égales entre l'AVS, les cantons et la Fondation telle qu'elle a été redéfinie.

Ainsi, l'AVS reçoit une contribution annuelle de l'ordre de 250 millions de francs. Les cantons bénéficient d'un montant annuel équivalent dont ils peuvent disposer librement. Les moyens attribués à la Fondation sont investis dans la lutte contre la pauvreté et la violence. Telle qu'elle est conçue actuellement, la Fondation est une institution tournée vers l'avenir ; elle s'attache à

perpétuer la tradition humanitaire de la Suisse qui est connue dans le monde entier et dont nous avons des raisons d'être fiers.

Voici donc une proposition convaincante :

- Elle garantit que le patrimoine ne sera pas dilapidé, puisque le capital de cette fortune sera préservé.
- Les revenus seront attribués de manière équilibrée à plusieurs bénéficiaires, répartis équitablement, les cinq sixièmes restant investis dans notre pays.
- Dans 30 ans, nous pourrions décider librement avec les citoyennes et les citoyens de la prochaine génération de ce qui doit advenir de ce patrimoine.
- Elle permet de construire l'avenir : pendant des années, l'AVS recevra des contributions régulières, les cantons pourront disposer librement de la part qui leur reviendra et la tradition humanitaire de la Suisse sera maintenue.

Le contre-projet est le fruit d'un consensus social et intègre les meilleurs éléments de toutes les propositions discutées : prévoyance et prospective s'y retrouvent aux côtés du fédéralisme et de l'aide humanitaire.

5. A propos du double NON

Diverses voix se font entendre disant que ni l'initiative de l'UDC ni le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement ne parviennent à convaincre. Les deux propositions seraient donc à rejeter, cette fortune exceptionnelle devant être attribuée, selon la clé de répartition actuelle, pour deux tiers aux cantons et pour un tiers à la Confédération. D'autres encore estiment que l'entier de la fortune devrait servir au désendettement de la Confédération.

En fait, un double NON conduirait à une impasse. Au cours des années écoulées, le Conseil fédéral et le Parlement ont affirmé clairement que les réserves d'or excédentaires de la BNS constituent un patrimoine dont l'utilisation doit être réglée au niveau de la Constitution. Au début du printemps, le Conseil fédéral a confirmé une fois encore cette position sans aucune ambiguïté. En cas de double NON, on se retrouverait, dès le lendemain de la votation populaire, avec toute une série de revendications – anciennes et nouvelles – à discuter. Et il faudrait alors reprendre les empoignades autour du capital et des revenus de cette fortune. Il est dès lors difficilement imaginable que cet or providentiel soit affecté au désendettement ou qu'il alimente directement les caisses de la Confédération ou des cantons. Il se passerait encore une fois des années avant que soit trouvée une solution, dont personne ne sait si elle serait meilleure que le contre-projet actuel, ni si elle serait acceptée en votation populaire.

Un double NON constituerait un retour en arrière et n'apporterait aucune solution.

6. C'est pourquoi nous disons OUI à l'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation

- **Le patrimoine demeure intact : ce qui a été produit et économisé par plusieurs générations doit aussi profiter aux générations à venir.**
- **Les revenus sont répartis équitablement et profitent ainsi à l'ensemble de la population : toutes et tous y ont contribué – il faut que toutes et tous puissent en bénéficier.**
- **Dans 30 ans, les citoyennes et les citoyens pourront décider librement de ce qu'il convient de faire de cette fortune et des revenus qui en découlent. En l'absence de nouvelle décision, il sera réparti à parts égales entre l'AVS, les cantons et la Confédération.**

- Nous devons néanmoins garantir l'existence de l'AVS à long terme et n'entendons pas pratiquer une politique du sparadrap consistant en un transfert unique à l'AVS qui ne ferait que reporter les réformes nécessaires à long terme et qui risque, de surcroît, de susciter d'autres revendications.
- Une part des revenus doit cependant revenir à l'AVS, car toute contribution au financement de l'AVS est bienvenue. En 30 ans, l'AVS bénéficierait tout de même de 7,5 milliards de francs, sans que la fortune ne s'en trouve touchée dans sa substance.
- Pendant 30 ans, les cantons reçoivent chaque année une somme de l'ordre de 250 millions de francs. Cela renforce le fédéralisme, puisque les cantons peuvent disposer librement de la part qui leur revient.
- En créant la Fondation, nous saisissons une chance unique de perpétuer la grande tradition humanitaire de notre pays et de prendre ainsi nos responsabilités face aux défis de l'avenir.
- Les cinq sixièmes des revenus, soit environ 625 millions de francs, sont investis en Suisse.
- Cette proposition constitue une solution équitable et consensuelle, ayant des effets constructifs pour notre pays.

Donc : OUI à l'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation.

Comité suisse « Oui au contre-projet – L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation »

La co-présidence :

Christine Beerli, conseillère aux Etats PRD/BE, Christian Wanner, conseiller d'Etat PRD/SO, Christiane Brunner, conseillère aux Etats PS/GE, Regine Aeppli, conseillère nationale PS/ZH, Franz Wicki, conseiller aux Etats PDC/LU, Lucrezia Meier-Schatz, conseillère nationale PDC/SG, Chiara Simoneschi-Cortesi, conseillère nationale PDC/TI, Cécile Bühlmann, conseillère nationale PES/LU, Jacques-Simon Eggly, conseiller national PLS/GE, Walter Donzé, conseiller national PEV/BE.

D'autres informations sous : www.gegenentwurf-ja.ch

Conférence de presse du Comité suisse « OUI au contre-projet », 7 juin 2002, Berne

Intervention de la Conseillère aux Etat Christine Beerli, PRD BE

(Le discours prononcé fait foi)

Mesdames et Messieurs,

C'est avec plaisir que je vous accueille à cette conférence de presse de notre comité inter-partis « OUI au contre-projet – L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation ». Actuellement, notre Comité réunit plus de 120 parlementaires de tous les partis. Nous nous engageons ensemble en faveur du « oui » au contre-projet.

**Le travail de notre Comité est placé sous le mot d'ordre
« Préserver le patrimoine – construire l'avenir ».**

En adoptant ce slogan, nous entendons mettre l'accent sur les points forts du contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement. Qu'est-ce qui est en cause ?

Le 22 septembre, les citoyennes et les citoyens suisse se prononceront sur la question de savoir ce que doivent devenir les réserves d'or dont la Suisse n'a plus besoin pour mener sa politique monétaire. Depuis des décennies, le franc suisse était garanti par les réserves d'or de la BNS. Depuis le 1^{er} mai 2000, il a été mis fin à cette parité stricte entre le franc suisse et l'or, ce qui fait que l'or peut être vendu au prix du marché. Au fil des ans, nous avons constitué une réserve de 1300 tonnes d'or qui valent aujourd'hui environ 20 milliards de francs, qui peuvent et doivent être utilisés. Pouvoir disposer d'une somme aussi considérable est un véritable cadeau. Aussi le Conseil fédéral et le Parlement considèrent-ils qu'il convient d'investir cette fortune exceptionnelle dans un projet de nature exceptionnelle.

A l'origine, le Conseil fédéral avait prévu d'attribuer une part des intérêts de ce capital appartenant au peuple suisse – on tablait alors sur un total de 500 tonnes d'or – à une fondation de solidarité. Or, le Parlement n'ayant pas pu se faire à l'idée qu'il n'y aurait qu'un seul et unique bénéficiaire, nous avons eu à traiter toutes sortes de propositions et de demandes. Les tenants de l'Initiative sur l'or ou le camp des partisans du double « non » semblent oublier maintenant que l'on avait alors déjà discuté de l'éventuelle attribution aux cantons des deux tiers de cette fortune exceptionnelle, de même que de l'attribution de sa totalité à l'AVS. Certaines propositions prônaient en outre le versement de compensations aux familles disposant de revenus modestes, l'utilisation de cet argent pour financer une assurance maternité ou pour la création d'une caisse de pension pour les agriculteurs. Aucune de ces idées n'a cependant été en mesure de recueillir les suffrages de la majorité des votants.

En conséquence, le Parlement a élaboré sa propre proposition, qui constitue actuellement le contre-projet sur lequel le peuple est appelé à se prononcer.

L'idée centrale de ce contre-projet est de préserver ce patrimoine en tant que tel. Seuls devraient en être utilisés les intérêts, soit une somme de l'ordre de 750 millions de francs par an. Ces revenus seraient distribués à parts égales à l'AVS, aux cantons et à la Fondation. Dans 30 ans, il nous appartiendrait de décider de l'utilisation de ce patrimoine ainsi conservé intact.

En résumé, il s'agira, le 22 septembre, de savoir si nous voulons, comme le propose l'Initiative de l'UDC, que

- Cet avoir particulier soit consacré à un seul et même but
- cet avoir particulier de 20 milliards soit investi et épuisé d'un coup
- nous et les générations futures n'ayons plus la possibilité de décider, dans 30 ans, de l'utilisation du capital et des revenus que représente cette fortune exceptionnelle,

ou bien si, comme le prévoit le contre-projet, nous entendons

- veiller à ce que ce patrimoine ne soit pas dépensé en une fois, mais préservé
- verser les revenus de ce capital à différents bénéficiaires selon une clé de répartition équitable, les cinq sixièmes restant acquis à notre pays
- décider dans 30 ans, avec la nouvelle génération de citoyennes et de citoyens, ce qu'il convient de faire de ce patrimoine
- construire l'avenir de manière responsable :
L'AVS bénéficie à long terme de contributions régulières, les cantons peuvent disposer librement du tiers qui leur revient et la tradition humanitaire de notre pays est maintenue.

Nous sommes d'avis que le contre-projet représente ici une proposition adéquate, équilibrée et équitable

- Adéquate, parce qu'elle prévoit une contribution à l'AVS. Nous consolidons ainsi efficacement et durablement le pilier majeur de notre système de sécurité sociale. En l'espace de 30 ans, nous permettons en effet à l'AVS de bénéficier de plus de 7,5 milliards de francs, tout en préservant intact un patrimoine de 20 milliards de francs ce qui ne serait pas le cas si l'initiative de l'UDC était acceptée.
- Equilibrée, parce que les cantons bénéficieront eux aussi des intérêts du capital et ne se trouveront ainsi pas spoliés, contrairement à ce qui se passerait en cas d'acceptation de l'initiative de l'UDC. A première vue, les cantons devraient ainsi recevoir de l'ordre de 250 millions de francs par an. Le fédéralisme s'en trouvera renforcé, les cantons pouvant disposer librement de la part qui leur sera attribuée.
- Equitable, parce que nous entendons utiliser un tiers des revenus de ce capital pour créer une fondation qui s'engage dans la lutte contre la pauvreté et la prévention de la violence en Suisse et à l'étranger. Cette idée donne un nouveau souffle à la tradition humanitaire de notre pays.

Les autres intervenants reviendront tout à l'heure de manière plus détaillée sur la répartition entre l'AVS, les cantons et la Fondation. J'aimerais simplement rappeler ici les arguments essentiels en faveur du contre-projet et que résume notre mot d'ordre en vue de la votation du 22 septembre : « Préserver le patrimoine – construire l'avenir » :

1. **L'avoir particulier généré par la vente des réserves d'or excédentaires est gardé intact pour les 30 années à venir. Ainsi, notre patrimoine est préservé et n'est pas investi de manière unilatérale. Dans trente ans, nous pourrions décider librement en concertation avec la nouvelle génération ce qu'il convient de faire de ce patrimoine et des intérêts qu'il produit.**
2. Le revenu de ce patrimoine ne profite pas qu'à un seul segment de la population ; il est investi de manière équilibrée et équitable au bénéfice de tous. Cet avoir a été constitué grâce aux contributions de chacune et de chacun, aussi doit-il profiter à toutes et à tous. En défendant cette solution, nous entendons promouvoir le consensus social dans notre pays qui pourrait être mis en péril par l'attribution unilatérale d'un patrimoine commun.
3. Nous entendons renforcer les cantons et consolider le fédéralisme. Le contre-projet prévoit que les cantons reçoivent des contributions qui leur reviennent de droit. Ils doivent pouvoir les utiliser comme bon leur semble et en fonction de leurs besoins.
4. Par la création de la Fondation, nous entendons perpétuer la tradition humanitaire de la Suisse et contribuer ainsi à relever en toute connaissance de cause les défis du futur.

Je soutiens personnellement la conception largement admise et mûrement réfléchie défendue par le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement. Ce contre-projet intègre les aspects les plus positifs de toutes les discussions passées et à venir en joignant la prévoyance et la prospective à la promotion du fédéralisme et à l'aide immédiate. Il est ainsi un modèle exemplaire de la manière suisse de régler les problèmes. Je suis sûre que les citoyennes et les citoyens sauront reconnaître les atouts que recèle ce contre-projet et qu'ils se rendront compte que c'est le seul moyen permettant de préserver leur patrimoine pour les 30 ans à venir au moins et de mettre en place une solution efficace à long terme.

Voilà pourquoi je recommande de tout cœur de voter « oui » au contre-projet.

Je passe la parole au Conseiller national Rémy Scheurer.

Conférence de presse du Comité suisse « OUI au contre-projet, 7 juin 2002, Berne

Intervention du Conseiller national Rémy Scheurer, lib. NE

(Le discours prononcé fait foi)

L'AVS doit être garantie à long terme

L'avoir particulier résultant de la vente des réserves d'or excédentaires représente une chance unique pour la Suisse, comme vient de le dire Madame Beerli. Ce capital produit et économisé par plusieurs générations successives doit donc profiter à tous les groupes de la population. C'est ce que le contre-projet élaboré par le Parlement et soutenu par le Conseil fédéral permet de garantir. Les revenus ne sont pas versés à un seul bénéficiaire, mais répartis à parts égales entre l'AVS, les cantons et la Fondation. Nous en bénéficierons ainsi toutes et tous. Le grand avantage par rapport à l'Initiative sur l'or de l'UDC : la fortune reste intacte. Et dans 30 ans, la future génération pourra décider de ce qu'elle veut faire de cet argent.

Nous soutenons bien entendu le contre-projet dans sa totalité, mais je m'en tiendrai ici à la partie touchant à l'AVS :

L'AVS est le pilier central de notre système social et les prestations qu'elle verse mois après mois constituent la principale source de revenu de plus de la moitié des rentiers suisses. Il est donc incontestable que le financement de l'AVS doit être garanti à long terme et c'est aussi l'une des préoccupations majeures des membres de notre Comité. Il est vrai que c'est une lourde tâche compte tenu du fait que le nombre de personnes actives ne cesse de diminuer, alors que celui des bénéficiaires de l'AVS ne cesse d'augmenter. Dans le cadre de la 11^e révision de l'AVS, nous sommes d'ailleurs en train de prendre les mesures permettant d'assurer à long terme le financement durable de l'AVS.

Lundi dernier, l'UDC a crânement affirmé que son Initiative sur l'or garantirait les rentes AVS jusqu'en 2012 au moins. En réalité, cette initiative n'est pas un instrument approprié pour garantir l'AVS à long terme. Les dépenses de l'AVS s'élèvent à environ 30 milliards de francs par an. Or la vente des réserves d'or excédentaires rapportera au maximum 20 milliards de francs. Autrement dit, la totalité de cet avoir particulier permettrait tout juste de couvrir les dépenses de l'AVS pour 8 mois ! En ne touchant pas au capital pour n'en utiliser que les revenus, comme l'UDC le propose maintenant pour des raisons tactiques, on ne pourrait couvrir ainsi que 2 pour cent des dépenses annuelles de l'AVS. Rien à voir donc avec la garantie du financement de l'AVS ! Au contraire : en lui attribuant en une fois la totalité du capital, des voix s'élèveraient immédiatement pour faire valoir d'autres prétentions déjà connues ou nouvelles. Et dans 10 ans, le réveil serait brutal devant la béance infinie du trou de l'AVS !

L'initiative de l'UDC présente l'inconvénient non seulement d'épuiser le capital, mais encore d'en verser la totalité à un seul bénéficiaire.

L'AVS constitue certes l'assurance sociale la plus importante en Suisse et elle nous tient tous à cœur. C'est pour cette raison que le contre-projet propose d'attribuer à l'AVS un tiers des revenus du capital, soit environ 250 millions de francs par année.

Cette contribution à notre prévoyance vieillesse est certainement justifiée et allège un petit peu la pression sur l'AVS. Ce faisant, le Conseil fédéral et le Parlement visent à concilier les intérêts respectifs des différentes générations.

De notre point de vue, il serait faux de faire bénéficier une seule cause et une seule génération de cet avoir particulier. D'ailleurs, la plupart des associations d'aînés et des organisations de jeunesse soutiennent le contre-projet. Les personnes âgées ne veulent pas se montrer égoïstes en revendiquant la totalité de l'argent disponible, affirment les associations d'aînés. Cela montre que la répartition équitable et équilibrée des revenus de l'avoir particulier est socialement acceptée et soutenue, le contre-projet étant considéré comme une solution typiquement helvétique.

Avec le contre-projet, l'AVS bénéficie d'une aide durable et à long terme. Alors que l'Initiative sur l'or prévoit un versement unique de la totalité du montant, le contre-projet permet à l'AVS de toucher chaque année une somme de l'ordre de 250 millions de francs, soit au moins 7,5 milliards en 30 ans. Mieux encore : le patrimoine de 20 milliards de francs est gardé intact. En outre, nous aurons ainsi la chance, dans 30 ans, de pouvoir décider librement et en commun avec une nouvelle génération de ce qu'il conviendra alors de faire de ce patrimoine et des revenus qui en découlent.

Le double refus de l'Initiative sur l'or et du contre-projet n'est pas une solution. En cas de double non le 22 septembre, la discussion reprendrait en effet à zéro et nous n'avons aucune garantie de trouver une meilleure solution. Monsieur Wicki y reviendra.

Nous disons OUI avec conviction au contre-projet – L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation, parce qu'il s'agit d'une proposition équitable et parce que celle-ci permet de verser des contributions bienvenues à l'AVS, sans que nous prétendions assainir ainsi l'AVS. Nous disons OUI parce que les cantons ne peuvent pas rester les mains vides et nous disons OUI parce que la tradition humanitaire de la Suisse peut ainsi être perpétuée.

Conférence de presse su Comité suisse „Oui au contre-projet“, 7 juin 2002, Berne

Intervention du Conseiller aux Etats Franz Wicki, PDC LU

(Le discours prononcé fait foi)

Les cantons ne doivent pas repartir les mains vides

Comme tous les autres membres du Comité, j'approuve sans réserve le contre-projet prévoyant une répartition égale entre l'AVS, les cantons et la Fondation. J'aimerais revenir ici plus particulièrement sur le 2^e tiers affecté aux cantons.

Il est vrai – et c'est important – que le contre-projet prévoit que les cantons toucheront un tiers du revenu du capital particulier dont il est question ici. Cela représente de l'ordre de 250 millions de francs par an. Cela contribue à renforcer le fédéralisme, puisque les cantons pourront disposer, en toute liberté et sans contrainte, de la part qui leur revient. C'est une bonne idée, car ainsi, chaque canton peut définir ses propres priorités et investir cet argent là où son gouvernement, son parlement et sa population jugent que c'est le plus urgent. Année après année, pendant 30 ans. La population des cantons sera bien évidemment appelée à se prononcer de manière démocratique sur l'utilisation des moyens ainsi mis à disposition. Quelques cantons ont déjà fait savoir qu'ils entendaient les utiliser pour réduire leurs dettes. D'autres entendent les investir en faveur de la formation et de la politique familiale.

La part revenant à chaque canton ne sera pas calculée simplement en fonction du nombre d'habitants. La répartition des revenus se fera en application des principes régissant actuellement la distribution du bénéfice net de la Banque nationale. La somme attribuée aux cantons varie ainsi entre un peu moins d'un million et 42 millions de francs. Cette réglementation tien compte notamment de la capacité financière de chaque canton dans le calcul de ce qui lui sera reversé. Ainsi, le Valais, canton à faible capacité financière, toucherait 20 millions de francs par an, alors que le canton de St-Gall, mieux doté, recevrait 15 millions de francs. C'est à nos yeux une répartition loyale qui a fait ses preuves.

Si l'Initiative unilatérale sur l'or de l'UDC devait sortir gagnante des urnes, les cantons ne recevraient rien du tout. En effet, l'UDC entend verser les revenus actuels et futurs au Fonds de compensation de l'AVS exclusivement, déposant ainsi les cantons de leurs prérogatives. Ce faisant, son initiative fait fi des revendications légitimes et juridiquement fondées des cantons, dont certains envisagent d'amortir une partie de leur dette grâce à cette contribution.

Depuis peu, certains prônent un double non, demandant que l'avoir particulier serve à désendetter la Confédération et les cantons, sans que le Parlement et le peuple aient leur mot à dire. Or un double non conduirait dans une impasse. Au cours des années écoulées, le Conseil fédéral et le Parlement ont affirmé clairement que les réserves d'or qui ne sont plus nécessaires à la politique monétaire constituent un « avoir particulier », dont l'utilisation doit être soumise à une législation particulière elle aussi. Au début de l'été, le Conseil fédéral a confirmé une fois encore cette position sans aucune ambiguïté. En cas de double non, on se retrouverait au lendemain de la votation avec toute une série de revendications à discuter. Et il faudrait alors reprendre les empoignades autour du capital et des revenus de cet avoir particulier. Il se passerait encore une fois des années avant de trouver une solution.

Et personne ne sait si cette solution serait alors meilleure que le contre-projet actuel, ni si elle parviendrait à s'imposer dans une votation populaire.

Dans sa prise de position sur un éventuel double non, le Conseil fédéral l'affirme clairement

« De l'avis du Conseil fédéral, au terme de plusieurs années de discussions sur la manière d'utiliser les réserves d'or excédentaires, il serait politiquement inconcevable de procéder à une répartition, même conforme à la clé, sans que le Parlement et le peuple aient leur mot à dire. »

Le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement est la seule solution qui garantisse aux cantons le versement rapide des revenus de l'avoir particulier en question. Christian Wanner, le Directeur des finances du canton de Soleure, vous exposera à la fin de cette conférence de presse les raisons pour lesquelles, au début mai de cette année, la Conférence des directeurs des finances a opté résolument pour le OUI au contre-projet.

Je vous remercie de votre attention.

zwei X nein

zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

solidarisch leben – nicht verlockt
zur Entseignung der Kantone

Übersicht

über die **finanziellen Konsequenzen**
der **Gold-Initiative** und der
Solidaritäts-Stiftung für die
einzelnen Kantone



www.vernunft.ch

2 x Nein

zur **Gold-Initiative**

und zur

Solidaritäts-Stiftung

2 mal Nein zur Enteignung der Kantone

www.vernunft.ch

Gemäss Bundesverfassung Artikel 99 stehen den Kantonen mindestens zwei Drittel der Erträge der Schweizerischen Nationalbank zu. Diesem Grundsatz hat die Schweizer Bevölkerung im Jahre 1999 mit der Annahme der neuen Bundesverfassung klar zugestimmt. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb dieser Verfassungsgrundsatz bereits wieder ausser Kraft gesetzt werden soll. Wenn heute, nur 3 Jahre später, Verfassungsrecht bereits wieder umgestossen wird, so ist nicht nur unsere schweizerische Rechtsbeständigkeit tangiert, sondern es wird vor allem das Vertrauen in die Politik und unsere Institutionen ausgehöhlt.



Den Kantonen gehen Hunderte von Millionen verloren

Die finanziellen Konsequenzen der Gold-Initiative und der Solidaritäts-Stiftung sind für die Kantone enorm. Mit der vorliegenden Dokumentation wollen wir darstellen, welche Beträge je Kanton bei einer Annahme der Gold-Initiative beziehungsweise der Solidaritäts-Stiftung verloren gehen.

Geld, das in den Kantonen zum Schuldenabbau oder für Investitionen in Bildungs- und Sozialwerke, in die Infrastruktur oder weiterer Zukunftsprojekte fehlt. Wir stehen zu unserer Verfassung und zu unserem föderalen Staatsaufbau. Deshalb akzeptieren wir nicht, dass die Kantone gegenüber ihrem verfassungsrechtlichen Anspruch enteignet werden.

2 mal Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

Die Kantonsanteile im Überblick

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer verfassungsmässigen Ausschüttung (zwei Drittel den Kantonen, ein Drittel dem Bund) der «**überschüssigen Reserven**» der Nationalbank

www.vernunft.ch

Verteilung SNB-Reingewinn gemäss heutiger Gewinnverteilung

Zur Verteilung anstehend **19.500 Mrd**, davon 1/3 an Bund **6.500 Mrd**, 2/3 an Kantone **13.000 Mrd**

Verteilung der Kantonsanteile gemäss heutigem Verteilschlüssel in Fr.

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Index der Finanzkraft	Betrag nach Finanzkraft 3/8	Betrag nach Bevölkerung 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	74'770'189	1'377'500'124	1'452'270'313
Bern	950'609	57	1'208'921'690	1'071'390'363	2'280'312'053
Luzern	344'987	67	326'780'332	388'819'953	715'600'285
Uri	34'407	64	35'602'698	38'778'644	74'381'342
Schwyz	128'428	112	32'312'391	144'745'654	177'058'045
Obwalden	32'169	35	78'218'334	36'256'291	114'474'625
Nidwalden	36'869	129	5'621'698	41'553'458	47'175'156
Glarus	38'207	82	23'263'846	43'061'460	66'325'306
Zug	98'481	216	1'157'321	110'993'683	112'151'005
Fribourg	237'134	51	359'878'512	267'263'494	627'142'005
Solothurn	242'193	82	147'468'806	272'965'274	420'434'080
Baselstadt	190'610	173	7'950'645	214'828'302	222'778'946
Baselrand	257'000	120	51'084'370	289'653'604	340'737'974
Schaffhausen	72'852	107	21'238'429	82'108'344	103'346'773
Appenzell Ausserrhoden	53'167	63	56'659'477	59'922'230	116'581'707
Appenzell Innerrhoden	14'663	62	16'093'390	16'526'034	32'619'425
St.Gallen	447'670	80	289'124'692	504'549'530	793'674'221
Graubünden	188'098	77	132'707'140	211'997'135	344'704'275
Aargau	540'445	97	211'531'709	609'112'227	820'643'936
Thurgau	227'047	83	134'233'229	255'894'871	390'128'101
Tessin	308'467	82	187'822'357	347'659'838	535'482'195
Waadt	628'501	94	268'727'968	708'356'343	977'084'311
Wallis	272'524	30	767'798'549	307'150'035	1'074'948'584
Neuenburg	166'092	55	224'044'133	187'195'122	411'239'256
Genf	409'048	141	43'797'442	461'020'341	504'817'783
Jura	67'164	34	168'190'653	75'697'645	243'888'298
Total	7'209'042	100	4'875'000'000	8'125'000'000	13'000'000'000

Quelle: EFD

Zinserträge zu Gunsten der Kantone

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer verfassungsmässigen Ausschüttung (zwei Drittel den Kantonen, ein Drittel dem Bund) der «**überschüssigen Reserven**» der Nationalbank, wenn das Kapital erhalten und nur Zinsen ausgeschüttet werden.

www.vernunft.ch

Verteilung des Kantonsanteil am SNB-Reingewinn (951.181)

ESTV 21.06.99 Zinsanteil aus 13,0 Mia. (3,5%)

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Verteilung nach der Finanzkraft index der Finanzkraft	Betrag nach FK nach Regr.Formel 3/8	Betrag nach Bevölkerung 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	2'616'957	48'212'534	50'829'461
Bern	950'609	57	42'312'259	37'498'633	79'810'922
Luzern	344'987	67	11'437'312	13'608'638	25'046'010
Uri	34'407	64	1'246'094	1'357'253	2'603'347
Schwyz	128'428	112	1'130'934	5'066'038	6'197'032
Obwalden	32'169	35	2'737'642	1'268'970	4'006'612
Nidwalden	36'869	129	196'759	1'454'371	1'651'130
Glarus	38'207	82	814'235	1'507'151	2'321'386
Zug	98'481	216	40'506	3'884'779	3'925'285
Fribourg	237'134	51	12'595'748	9'354'212	21'949'970
Solothurn	242'193	82	5'161'408	9'553'705	14'715'193
Baselstadt	190'610	173	278'273	7'518'991	7'797'263
Baselland	257'000	120	1'787'953	10'137'876	11'925'829
Schaffhausen	72'852	107	743'345	2'873'792	3'617'137
Appenzell Ausserrhoden	53'167	63	1'983'082	2'097'278	4'080'360
Appenzell Innerrhoden	14'663	62	563'269	578'411	1'141'680
St.Gallen	447'670	80	10'119'364	17'659'214	27'778'598
Graubünden	188'098	77	4'644'750	7'419'900	12'064'650
Aargau	540'445	97	7'403'610	21'318'978	28'722'538
Thurgau	227'047	83	4'698'163	8'956'320	13'654'484
Tessin	308'467	82	6'573'783	12'168'094	18'741'877
Vaud	628'501	94	9'405'479	24'792'472	34'197'951
Wallis	272'524	30	26'872'949	10'750'251	37'623'200
Neuenburg	166'092	55	7'841'545	6'551'829	14'393'374
Genève	409'048	141	1'532'910	16'135'712	17'668'622
Jura	67'164	34	5'886'673	2'649'418	8'536'090
Total	7'209'042	100	170'625'000	284'375'000	455'000'000

Quelle: EFD

Zinserträge zu Gunsten der Kantone

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer Ausschüttung gemäss **Solidaritäts-Stiftung**, wenn das Kapital erhalten und nur Zinsen ausgeschüttet werden (Variante Solidaritäts-Stiftung).

www.vernunft.ch

Verteilung des Kantonsanteil am SNB-Reingewinn (951.181)

ESTV 21.06.99 Zinsanteil aus 6,5 Mia. (3,5%)

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Verteilung nach der Finanzkraft (FK) Index der Finanzkraft	Betrag nach FK nach Regr.Formel 3/8	Betrag nach Bevölkerung 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	1'308'478	24'106'252	25'414'730
Bern	950'609	57	21'156'130	18'749'331	39'905'461
Luzern	344'987	67	5'718'656	6'804'349	12'523'005
Uri	34'407	64	623'047	678'626	1'301'673
Schwyz	128'428	112	565'467	2'533'049	3'098'516
Obwalden	32'169	35	1'368'821	634'485	2'003'306
Nidwalden	36'869	129	98'380	727'186	825'565
Glarus	38'207	82	407'117	753'576	1'160'693
Zug	98'481	216	20'253	1'942'389	1'962'643
Fribourg	237'134	51	6'297'874	4'677'111	10'974'985
Solothurn	242'193	82	2'580'704	4'776'892	7'357'596
Baselstadt	190'610	173	139'136	3'759'495	3'898'632
Baselland	257'000	120	893'976	5'068'938	5'962'915
Schaffhausen	72'852	107	371'673	1'436'896	1'808'569
Appenzell Ausserrhoden	53'167	63	991'541	1'048'639	2'040'180
Appenzell Innerrhoden	14'663	62	281'634	289'206	570'840
St.Gallen	447'670	80	5'059'682	8'829'617	13'889'299
Graubünden	188'098	77	2'322'375	3'709'950	6'032'325
Aargau	540'445	97	3'701'805	10'659'464	14'361'269
Thurgau	227'047	83	2'349'082	4'478'160	6'827'242
Tessin	308'467	82	3'286'891	6'084'047	9'370'938
Waadt	628'501	94	4'702'739	12'396'236	17'098'975
Wallis	272'524	30	13'436'475	5'375'126	18'811'600
Neuenburg	166'092	55	3'920'772	3'275'915	7'196'687
Genf	409'048	141	766'455	8'067'856	8'834'311
Jura	67'164	34	2'943'336	1'324'709	4'268'045
Total	7'209'042	100	85'312'500	142'187'500	227'500'000

Quelle: EFD

Die **Gründungsmitglieder** des Komitees 2 x Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

www.vernunft.ch

Christoffel **Brändli**, Ständerat GR; Toni **Dettling**, Ständerat SZ; Christine **Egerszegi**, Nationalrätin AG; Edi **Engelberger**, Nationalrat NW; Charles **Favre**, Nationalrat VD; Ulrich **Fischer**, Nationalrat AG; Claude **Frey**, Nationalrat NE; Yves **Guisan**, Nationalrat VD; Hans Rudolf **Gysin**, Nationalrat BL; Hansjörg **Hassler**, Nationalrat GR; Rolf **Hegetschweiler**, Nationalrat ZH; Hans **Hess**, Ständerat OW; Peter **Kofmel**, Nationalrat SO; Paul **Kurrus**, Nationalrat BL; Maya **Lalive d'Epinay**, Nationalrätin SZ; Hajo **Leutenegger**, Nationalrat ZG; Hans-Rudolf **Merz**, Ständerat AR; Werner **Messmer**, Nationalrat TG; Johannes **Randegger**, Nationalrat BL; Marcel **Sandoz**, Nationalrat VD; Rudolf **Steiner**, Nationalrat SO; Georges **Theiler**, Nationalrat LU; Karl **Tschuppert**, Nationalrat LU; Kurt **Wasserfallen**, Nationalrat BE; Peter **Weigelt**, Nationalrat SG; Hans Werner **Widrig**, Nationalrat SG; Milli **Wittenwiler**, Nationalrätin SG

Wie weiter nach dem doppelten Nein?

Nach Ablehnung der Solidaritäts-Stiftung und der Gold-Initiative ist der Weg frei, die «überschüssigen Reserven» gemäss der neuen Bundesverfassung (Art. 99 BV) zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone auszuschütten.

Die Mitglieder des Komitees «2 x Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung» erachten die Schuldentilgung als sinnvollste Verwendung der frei werdenden Reserven. Es soll jedoch bewusst auf eine Zweckbindung der ausgeschütteten Mittel verzichtet werden. Denn letztlich liegt es im Ermessen der Bundesversammlung, beziehungsweise der einzelnen kantonalen Parlamente, über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen ihrer Budgetkompetenzen – unter Wahrung der Volksrechte – zu entscheiden. Dieses Vorgehen respektiert unsere demokratische und föderalistische Tradition und garantiert den jeweiligen Legislativen vollen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum in der Mittelverwendung.

Geschäftsstelle

Komitee «2 mal NEIN» Tel 071 314 61 00
Bionstrasse 4 Fax 071 314 61 01
9015 St.Gallen 2xnein@vernunft.ch

zwei  nein

zwei X nein

zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung
 Solidarität leben – nicht verordnen!
 2xNEIN zur Entlohnung der Kantone!

2 x Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung



am 22. September 2002

Der Volkswille

(1999 wurde die neue Bundesverfassung von der Mehrheit des Stimmvolks und allen Ständen angenommen)

Bundesverfassung Art. 99 Geld- und Währungspolitik

• Der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank geht zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone

Das doppelte Nein – ein Entscheid der Vernunft

www.vernunft.ch

Im Rahmen der Reform der Bundesverfassung wurde die Goldbindung des Frankens auf Verfassungsebene gelöst. Auf Gesetzesstufe erfolgte die Aufhebung der Goldbindung per 1. Mai 2000 durch das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG). Die Begehrlichkeiten auf die rund 1'300 Tonnen Gold, die für die Erfüllung des geldpolitischen Auftrags der Nationalbank nicht mehr benötigt werden, wurden aber schon viel früher angemeldet. Durch den Bundesrat mit der Ankündigung einer Solidaritäts-Stiftung sowie durch die SVP mit ihrer Gold-Initiative. Da beide Lösungsansätze das verfassungsmässige Recht der Kantone auf zwei Drittel der Nationalbankerträge übergehen, lehnt eine



grössere Anzahl von Mitgliedern der Bundesversammlung beide Vorlagen ab. Mit der Gründung des Komitees «2 mal Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung» wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Kampagne gegen die Gold-Initiative und deren Gegenvorschlag, die Solidaritäts-Stiftung, zeitgerecht lancieren zu können.

Treten Sie dem Komitee bei und helfen Sie mit, dass nach einem doppelten Nein die «überschüssigen» Reserven der Nationalbank gemäss Bundesverfassung (Art. 99 BV) an den Bund (1/3) und an die Kantone (2/3) ausgeschüttet werden können.

Wenn sich die Solidaritäts-Stiftung und

Gold-Initiative am 22. September 2002 in der

Volksabstimmung gegenüber stehen, so heisst

die Parole der Vernunft «2 mal Nein»!

zwei **X** nein

Argumente gegen die Gold-Initiative

www.vernunft.ch

1. Die Gold-Initiative entzieht den Kantonen die ihnen zustehenden Erträge aus der Nationalbank vollständig. Die Kantone verlieren damit rund 2000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Dies schwächt die Kantone und somit auch unseren bewährten und erfolgreichen Föderalismus.

2. Es ist unlauter, rückwirkend die Regeln zu ändern. Mindestens zwei Drittel aller Einnahmen aus dem Gewinn der Nationalbank gehören seit eh und je den Kantonen. Diese Regel haben unsere Vorfahren in weiser Voraussicht so erlassen und mit der neuen Bundesverfassung hat das Volk diesen Willen 1999 an der Urne klar bestätigt.

3. Die Gold-Initiative kann die Finanzierungsprobleme der AHV nicht lösen. Die langfristige Finanzierung der AHV muss über die anstehende 11. AHV-Revision sichergestellt werden. Die Gold-Milliarden im AHV-Topf würden dagegen zu neuen Ansprüchen motivieren und damit die AHV-Finanzierung zusätzlich aushöhlen.

4. Die Gold-Initiative schränkt die Unabhängigkeit der Nationalbank ein, da bei der Ausschüttung von ausserordentlichen Erträgen und überschüssigen Reserven auch in Zukunft die Kantone übergangen werden und ausschliesslich die AHV bedient werden muss.

Die Gold-Initiative enteignet die Kantone – hier die konkreten Zahlen:

Kanton	Summe der Enteignung in Fr.
Zürich	1'452'270'313
Bern	2'280'312'053
Luzern	715'600'285
Uri	74'381'342
Schwyz	177'058'045
Obwalden	114'474'625
Nidwalden	47'175'156
Glarus	66'325'306
Zug	112'151'005
Fribourg	627'142'005
Solothurn	420'434'080
Baselstadt	222'778'946
Baselland	340'737'974
Schaffhausen	103'346'773
Appenzell Ausserrhoden	116'581'707
Appenzell Innerrhoden	32'619'425
St.Gallen	793'674'221
Graubünden	344'704'275
Aargau	820'643'936
Thurgau	390'128'101
Tessin	535'482'195
Waadt	977'084'311
Wallis	1'074'948'584
Neuenburg	411'239'256
Genf	504'817'783
Jura	243'888'298

Quelle: EFD

Argumente gegen die Solidaritäts-Stiftung

www.vernunft.ch

1. Die vorgeschlagene Drittelsgliederung für die Verteilung der Geldreserven – ein Drittel an die Stiftung, ein Drittel in die AHV und ein Drittel an die Kantone – missachtet den verfassungsrechtlichen Anspruch der Kantone auf zwei Drittel des Nationalbankertrags.

2. Die Bundesschuld wird allein im laufenden Jahr um 2 Mia. Franken ansteigen. Per Ende 2005 erwartet der Bund einen Schuldenberg von über 110'000 Mio. Franken. Angesichts dieser Verschuldung kann wohl kaum von «überschüssigen Reserven» gesprochen werden. Die in der Nationalbank frei werdenden Mittel müssen vor allem zur Schuldensanierung eingesetzt werden.

3. Das Stiftungsgesetz zwingt zum Ausgeben statt zu Ausschüttungen nach Bedarf und schafft eine neue Verteilungsbürokratie. Zudem sind die Ziele der Stiftung diffus, und die Leitung unausgereift.

Die Solidaritäts-Stiftung verteilt Geld:

ohne demokratische Kontrolle

über eine neue Verteilungsbürokratie.



4. Mit dem Stiftungsmodell wird die Ausschüttung öffentlicher Mittel der demokratischen Kontrolle entzogen. So soll inskünftig ein Stiftungsrat autonom und ohne Kontrolle durch das Parlament während 30 Jahren täglich gegen 1 Mio. Franken verteilen.

5. Die Schweiz engagiert sich heute schon stark im Bereich der Solidarität. Allein der Bund gibt jährlich über 1 Mia. Franken für die Entwicklungs-Zusammenarbeit aus, gegen 1 Mia. Franken für das Flüchtlings- und Asylwesen, 250 Mio. Franken für humanitäre Hilfe und 100 Mio. Franken für Friedensförderung. Zudem hat die Eidgenossenschaft seit 1993 hochverschuldeten Ländern rund 4 Mia. Franken Schulden erlassen.

Wir leben Solidarität und müssen diese nicht zuerst gesetzlich verordnen!

Wir zählen auf Ihre **Unterstützung**.

Unterstützen Sie unseren Kampf für Vernunft und Augenmass und damit für ein doppeltes Nein:
gegen die Gold-Initiative und gegen die Solidarisitäts-Stiftung:

Ich unterstütze die Kampagne für ein doppeltes Nein und trete dem Abstimmungskomitee bei

Ich bin bereit, ein Inserat zu unterschreiben

Ich bin bereit, einen Leserbrief zu schreiben

Ich bin bereit, als Referent aufzutreten

Ich unterstütze das Komitee finanziell

Name	Vorname
Adresse	PLZ/Ort
Datum	Unterschrift

zwei X nein

zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

bitte
frankieren

56

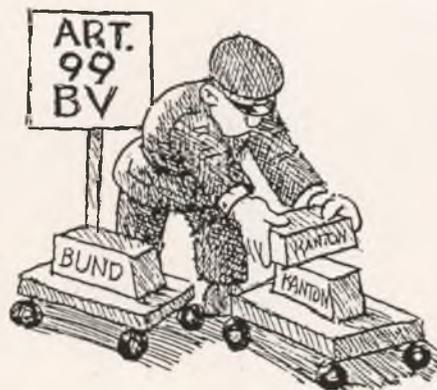
Abstimmungskomitee
2 mal Nein zur Gold-Initiative
und zur Solidaritäts-Stiftung
Bionstrasse 4
9015 St. Gallen

Das doppelte Nein als **zukunftsweisende** Lösung

www.vernunft.ch

Die Kritik, das doppelte Nein führe zu einer Null-Lösung, ist unberechtigt. Das Volk hat die gültige Lösung bereits 1999 mit der Annahme der neuen Bundesverfassung abgesegnet. Denn im Artikel 99 der Bundesverfassung wird unmissverständlich festgehalten, dass den Kantonen mindestens zwei Drittel der Nationalbankerträge zustehen.

Wenn heute, nur 3 Jahre später, dieser Verfassungsgrundsatz einfach umgestossen wird, so ist nicht nur unsere Rechtsbeständigkeit tangiert, sondern vor allem wird auch das Vertrauen in die Politik und unsere Institutionen ausgehöhlt.



In diesem Sinne ist das doppelte Nein ein Entscheid der Vernunft, der unserer föderalistischen Tradition entspricht und eine konsensfähige Lösung ermöglicht.

Wie weiter nach dem doppelten Nein?

Nach Ablehnung der Solidaritäts-Stiftung und der Gold-Initiative ist der Weg frei, die «überschüssigen Reserven» gemäss der neuen Bundesverfassung (Art. 99 BV) zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone auszuschütten.

Die Mitglieder des Komitees «2 x Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung» erachten die Schuldentilgung als sinnvollste Verwendung der frei werdenden Reserven. Es soll jedoch bewusst auf eine Zweckbindung der ausgeschütteten Mittel verzichtet werden. Denn letztlich liegt es im Ermessen der Bundesversammlung, beziehungsweise der einzelnen kantonalen Parlamente, über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen ihrer Budgetkompetenzen – unter Wahrung der Volksrechte – zu entscheiden. Dieses Vorgehen respektiert unsere demokratische und föderalistische Tradition und garantiert den jeweiligen Legislativen vollen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum in der Mittelverwendung.

Die **Gründungsmitglieder** des Komitees 2 x Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

www.vernunft.ch



Christoffel **Brändli**, Ständerat GR; Toni **Dettling**, Ständerat SZ; Christine **Egerszegi**, Nationalrätin AG; Edi **Engelberger**, Nationalrat NW; Charles **Favre**, Nationalrat VD; Ulrich **Fischer**, Nationalrat AG; Claude **Frey**, Nationalrat NE; Yves **Guisan**, Nationalrat VD; Hans Rudolf **Gysin**, Nationalrat BL; Hansjörg **Hassler**, Nationalrat GR; Rolf **Hegetschweiler**, Nationalrat ZH; Hans **Hess**, Ständerat OW; Peter **Kofmel**, Nationalrat SO; Paul **Kurrus**, Nationalrat BL; Maya **Lalive d'Epinay**, Nationalrätin SZ; Hajo **Leutenegger**, Nationalrat ZG; Hans-Rudolf **Merz**, Ständerat AR; Werner **Messmer**, Nationalrat TG; Johannes **Randegger**, Nationalrat BL; Pascal **Sandoz**, Nationalrat VD; Rudolf **Steiner**, Nationalrat SO; Georges **Theiler**, Nationalrat LU; Karl **Tschuppert**, Nationalrat LU; Kurt **Wasserfallen**, Nationalrat BE; Peter **Weigelt**, Nationalrat SG; Hans Werner **Widrig**, Nationalrat SG; Milli **Wittenwiler**, Nationalrätin SG

Geschäftsstelle
 Komitee «2 mal NEIN»
 Bionstrasse 4
 9015 St.Gallen
 Tél 071 314 61 00
 Fax 071 314 61 01
 2xnein@vernunft.ch

zwei **X** nein

Trumpf Buur Zitiig

die neue Dienstleistung des Trumpf Buur
www.steuerkalender.ch



Ausgabe Nr. 2/2002
Auflage: 33'000 Exemplare

Herausgeber:
Verein Aktion für freie Meinungsbildung, Postfach 217, 8029 Zürich
www.trumpfbuur.ch

Abonnementspreis Fr. 30.-

Editorial

Opportunisten vereinigt euch!

Die Geschichte der Solidaritäts-Stiftung ist ein Schulbeispiel helvetischen Opportunismus.

Das i-Pünktchen dürften die Kantone setzen, welche noch im März 2002 schriftlich gefordert haben, die Stiftung müsse abgelehnt werden, wenn der Heimfall des verfassungsmässig den Kantonen zustehenden Anteils von zwei Dritteln nicht gewährleistet sei.

Die Bundesversammlung entschied gegen die Kantone und trotzdem bezeichnen heute die kant. Finanzdirektoren die Solidaritäts-Stiftung als «ausgewogenes Konzept». Etwas ehrlicher argumentiert Regierungsrat Wanner (SO), der den opportunistischen Sinneswandel wie folgt kommentiert: «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach!»

Bleibt zu hoffen, dass der Opportunismus der Finanzdirektoren von den kantonalen Gesamtregerungen noch korrigiert wird, denn das Schreiben an die Ständeräte vom März 2002 wurde von der Konferenz der Kantonsregierungen versandt.

Doch auch die Parteien präsentieren am Objekt «Solidaritäts-Stiftung» eine opportunistische Kür. Allen voran die SVP, welche mit ihrer Gold-Initiative die Schwäche der Solidaritäts-Stiftung mit einem ebenso untauglichen Konzept werbemässig geschickt ausnutzt.

Aber auch die CVP gibt sich keine Blöße, vermeldete sie doch im Jahr 2000, dass die Stiftung für sie gestorben sei. Gleichzeitig forderte die CVP je ein Drittel des Goldschatzes für das Rote Kreuz, für eine Informatikoffensive zu Gunsten der Jugend und für Härtefälle im AHV-Bereich. Bleiben die FDP, in der sich gegenwärtig die Bannerträger der Stiftung und die Verfechter einer verfassungsmässigen Lösung bekämpfen sowie die SP, welche sich im Spagat zwischen ideologischer Solidaritätspolitik und gewerkschaftsnaher Unterstützung von Blochers «Gold-Initiative» übt. Die Antwort auf diese opportunistischen Wirren heisst: «2 mal Nein» und damit gleichzeitig Ja zu unserer federalistischen und demokratischen Tradition.

Nationalrat Peter Weigelt
Geschäftsführer Trumpf Buur



Das doppelte Nein; ein Entscheid der Vernunft!

von Nationalrat Peter Weigelt, St.Gallen

Im Rahmen der Reform der Bundesverfassung wurde die Goldbindung des Franks auf Verfassungsebene gelöst. Auf Gesetzesstufe erfolgte die Aufhebung der Goldbindung per 1. Mai 2000 durch das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG). Die Begehrlichkeiten auf die rund 1'300 Tonnen Gold, die für die Erfüllung des geldpolitischen Auftrags der Nationalbank nicht mehr benötigt werden, wurden aber schon viel früher angemeldet. Durch den Bundesrat mit der Ankündigung einer Solidaritäts-Stiftung sowie durch die SVP mit ihrer Gold-Initiative.

Da beide Lösungsansätze das verfassungsmässige Recht der Kantone auf zwei Drittel der Nationalbankerträge übergehen, sind beide Vorlagen, über die das Volk im September 2002 abzustimmen hat, zu verwerfen. Bürgerliche Bundesparlamentarier haben sich zu einem Komitee «2 mal Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung» zusammengeschlossen, um der Kampagne gegen die Gold-Initiative und den Gegenvorschlag, die Solidaritäts-Stiftung, das notwendige politische Gewicht zu geben. Die Aktion für freie Meinungsbildung wird sich in diesem Kampf gegen die Gold-Initiative und gegen die Solidaritäts-Stiftung mit Kraft einbringen und dafür sorgen, dass die Kampagne «2 mal Nein» breit abgestützt wird.

Wir sind auf eine breite Unterstützung angewiesen. Treten auch Sie dem Komitee bei und helfen Sie mit, dass nach dem doppelten Nein die überschüssigen Reserven der Nationalbank gemäss Bundesverfassung (Art. 99 BV) an den Bund (1/3) und an die Kantone (2/3) ausgeschüttet werden können. Sie finden dazu einen Prospekt in der Beilage zu dieser Trumpf Buur Zitiig. Sie können sich aber auch über die Internetseite des Trumpf Buur «www.trumpfbuur.ch» oder über die Internetseite des Komitees «www.vernunft.ch» einschreiben.

Die Rolle der Kantone hinterfragen

In der Debatte um den Gegenvorschlag zur Gold-Initiative der SVP,



also zur Solidaritäts-Stiftung, hat die Konferenz der Kantonsregierungen bis zum Schluss des Differenzbereinigungsverfahrens klar und unmissverständlich Stellung bezogen. Zu Recht haben die Kan-

tone auf ihren verfassungsmässigen Anspruch von zwei Dritteln des Nationalbankertrags gepocht. Und da Reserven aus nicht geschützten Gewinnen geäuft werden, war und ist diese Position

voll und ganz zu unterstützen. Warum nun einzelne Kantone und vor allem deren Finanzdirektoren die Solidaritäts-Stiftung plötzlich als «ausgewogen» bezeichnen, obwohl alle Ständeräte vor der letzten Differenzbereinigung nochmals schriftlich von der Konferenz der Kantonsregierungen zu einem NEIN gegen die nun vorliegende Lösung aufgerufen wurden, bleibt schleierhaft. Doch offensichtlich hat der Druck aus Bern und medial motivierter Opportunismus nicht nur im Fall «Swissair» die Kantone in ihrer eigenständigen Entscheidung unterlaufen.

Auf der nachfolgenden Seite fassen wir die wichtigsten Argumente gegen die Gold-Initiative und die Solidaritäts-Stiftung zusammen.

Wir freuen uns, wenn Sie diese Fakten gemeinsam mit dem Trumpf Buur breit streuen und damit zur freien Meinungsbildung beitragen.

Fortsetzung auf Seite 2



Nach «Borer» nun das «Bankkundengeheimnis»?

von Nationalrat Peter Weigelt, St.Gallen

Die Medienkampagne gegen den Schweizer Botschafter in Berlin hat ihre Wirkung erzielt. Der Bundesrat sah sich im Gleichschritt mit der Skandalisierung zum Handeln gezwungen, zu Lasten der Person Thomas Borer, zu Lasten der schweizerischen Aussenpolitik und letztlich zu Lasten des Ansehens der Schweiz im Ausland. Am letzten Wochenende nahm in der Sonntagspresse eine neue Kampagne zu Lasten der Interessen der Schweiz ihren Anfang, wiederum im Gleichschritt mit Aktivitäten von Vertretern des Bundesrates; die Demontage des Bankkundengeheimnisses.

Obwohl der Fall «Borer» offensichtlich zu den Akten gelegt worden ist, bleiben noch viele Fragen ungeklärt. Gerade in den letzten Tagen wurden wieder Expertenmeinungen angeführt, welche die kompromittierenden Fotos als Fälschung bezeichnen.

Wie immer sich die Ereignisse rund um den nächtlichen Besuch in der Schweizer Botschaft zugetragen haben, sicher ist, dass die Privat-sphäre des Schweizer Botschafters massiv tangiert wurde, die Medien die Ereignisse skandalisierten und Thomas Borer wie auch Aussenminister

Deiss in der Krisenkommunikation versagten. Entscheidend bleibt jedoch, dass der mediale Druck und das dadurch provozierte Fehlverhalten der Beteiligten unserer Aussenpolitik und damit dem Ansehen der Schweiz geschadet haben.

Fortsetzung auf Seite 6

Seite 3

Die Solidaritäts-Stiftung ist fragwürdig und nicht verantwortlich



von Ständerat
Hans-Rudolf Merz
Herisau (AR)

Seite 4

Medienspiegel zur Debatte über die Solidaritäts-Stiftung



Seite 7

Liberaler haben keine Freunde



von Dr.
Konrad Hummler
Präsident des
Trumpf Buur

Seite 8

Wie lange arbeite ich für den Staat?

Der neue Steuerkalender ist da. Überprüfen Sie, wie lange Sie für den Staat arbeiten und ab wann Sie frei über Ihr Geld verfügen können. Sie werden staunen!

www.steuerkalender.ch

Die Ankündigung



a Bundesrat
Arnold
Koller

Auszug aus der Ankündigung der Solidaritäts- Stiftung

(März 1997) «... Wenn wir ein echtes Zeichen der Bekräftigung der humanitären Tradition der Schweiz und der Dankbarkeit für das Verschontwerden in zwei Weltkriegen setzen wollen, wenn wir zum Andenken an jene, die vor fünfzig Jahren unsäglich gelitten haben, etwas Grosses tun wollen, wenn wir den heute so stark gefährdeten Gedanken der Solidarität und des Gemeinsinns im In- und Ausland mit neuer Substanz füllen wollen, dann müssen wir etwas bewirken, was das Leiden von heute und morgen zu lindern vermag – aus innerer Überzeugung, als Willensakt eines selbstbewussten Landes. In diesem Sinne hat der Bundesrat, im Einvernehmen mit der Nationalbank und mit Blick auf das Jubiläumsjahr 1998, die Idee «Schweizerische Stiftung für Solidarität» entwickelt. Zweck der Stiftung wäre die Linderung schwerer menschlicher Not im In- und Ausland. Die Stiftung soll mit dem Ertrag aus der Bewirtschaftung jenes Teils der Goldbestände der Nationalbank finanziert werden, der nach der sowieso notwendigen Reform der Geld- und Währungsverfassung für andere öffentliche Zwecke zur Verfügung stehen wird.... Zu denken ist an Opfer von schwerer Armut und Katastrophen, von Genoziden, Folter, schweren Menschenrechtsverletzungen, selbsttendend auch an jene von Holocaust und Schoah. Falls diese Idee einer Schweizerischen Stiftung für Solidarität realisiert wird, würde der Bundesrat definitiv darauf verzichten, in diesem Zusammenhang irgendwelche Zahlungen aus Steuergeldern zu leisten. Diese Solidaritäts-Stiftung träte an die Stelle der bisher geplanten definitiven Stiftungsstruktur, ginge in ihrer Zweckbestimmung jedoch weit über diese hinaus.... Für die rasche Hilfe an die Opfer von Holocaust und Schoah stehen vorab die Mittel des Spezialfonds zur Verfügung... Daher unterstützt der Bundesrat die Absicht der Nationalbank, diesem Spezialfonds einen Betrag von 100 Mio. Fr. zukommen zu lassen....»

Fortsetzung von Seite 1

2 mal Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung

Argumente gegen die Gold-Initiative

1. Die Gold-Initiative entzieht den Kantonen die ihnen zustehenden Erträge aus der Nationalbank vollständig. Die Kantone verlieren damit rund 2'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Dies schwächt die Kantone und somit auch unseren bewährten und erfolgreichen Föderalismus.
2. Es ist unlauter, rückwirkend die Regeln zu ändern. Mindestens zwei Drittel aller Einnahmen aus dem Gewinn der Nationalbank gehören seit eh und je den Kantonen. Diese Regel haben unsere Vorfahren in weiser Voraussicht so erlassen und mit der neuen Bundesverfassung 1999 hat das Volk diesen Willen an der Urne neu bestätigt.
3. Die Gold-Initiative kann die Finanzierungsprobleme der AHV nicht lösen. Die langfristige Finanzierung der AHV muss über die anstehende 11. AHV-Revision sichergestellt werden.

Die Gold-Milliarden im AHV-Topf würden dagegen zu neuen Ansprüchen motivieren und damit die AHV-Finanzierung zusätzlich erhöhen.

4. Die Gold-Initiative schränkt die Unabhängigkeit der Nationalbank ein, da bei der Ausschüttung von ausserordentlichen Erträgen und überschüssigen Reserven auch in Zukunft die Kantone übergangen werden

und ausschliesslich die AHV bedient werden muss.

Argumente gegen die Solidaritäts-Stiftung

1. Die vorgeschlagene Drittelligierung für die Verteilung der Geldreserven – ein Drittel an die Stiftung, ein Drittel in die AHV und ein Drittel an die Kantone – missachtet den verfassungsrechtlichen Anspruch der Kantone auf zwei Drittel des Nationalbankertrags.
2. Die Bundesschuld wird allein im laufenden Jahr um 2 Mia. Franken ansteigen, trotz Sparprogramm. Per Ende 2005 erwartet der Bund einen Schuldenberg von über 110'000 Mio. Franken. Angesichts dieser Verschuldung kann wohl kaum von «überschüssigen Reserven» gesprochen werden.

Die in der Nationalbank frei werdenden Mittel müssen vor allem zur Schuldensanierung eingesetzt werden.

3. Das Stiftungsgesetz zwingt zum Ausgeben statt zur Ausschüttungen nach Bedarf und schafft eine neue Verteilungsbürokratie. Zudem sind die Ziele der Stiftung diffus und die Leitung unausgereift.

4. Mit dem Stiftungsmodell wird die Ausschüttung öffentlicher Mittel der demokratischen Kontrolle entzogen. So soll inskünftig ein Stiftungsrat autonom und ohne Kontrolle durch das Parlament jährlich über

Hunderte von Millionen Franken verteilen.

5. Die Schweiz engagiert sich heute schon stark im Bereich der Solidarität. Allein der Bund gibt jährlich über 1 Mia. Franken für die Entwicklungs-Zusammenarbeit aus, gegen 1 Mia. Franken für das Flüchtlings- und Asylwesen, 250 Mio. Franken für humanitäre Hilfe und 100 Mio. Franken für Friedensförderung. Zudem hat die Eidgenossenschaft seit 1993 hochverschuldeten Ländern rund 4 Mia. Franken Schulden erlassen.

Wir leben Solidarität und müssen diese nicht gesetzlich verordnen!

Das doppelte Nein ist keine Null-Lösung

Die Kritik, das doppelte Nein führe zu einer Null-Lösung, ist unberechtigt.

Das Volk hat die gültige Lösung bereits 1999 mit der Annahme der neuen Bundesverfassung abgesegnet.

Denn im Artikel 99 der Bundesverfassung wird unmissverständlich festgehalten, dass den Kantonen mindestens zwei Drittel der Nationalbankerträge zustehen.

Wenn heute, nur drei Jahre später dieser Verfassungsgrundsatz einfach umgestossen wird, so ist nicht nur die Rechtsbeständigkeit tan-

giert, sondern vor allem wird auch das Vertrauen in die Politik und unsere Institutionen ausgehöhlt.

In diesem Sinne ist das doppelte Nein ein Entscheid der Vernunft, der unserer föderalistischen Tradition entspricht und eine konsensfähige Lösung ermöglicht.

Wie weiter nach dem doppelten Nein?

Nach Ablehnung der Solidaritäts-Stiftung und der Gold-Initiative ist der Weg frei, die «überschüssigen Reserven» gemäss der neuen Bundesverfassung (Art. 99 BV) zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone auszuschiütten.

Die Mitglieder des Komitees «2 mal Nein zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung» erachten die Schuldentilgung als sinnvollste Verwendung der frei werdenden Reserven.

Es soll jedoch bewusst auf eine Zweckbindung der ausgeschütteten Mittel verzichtet werden.

Denn letztlich liegt es im Ermessen der Bundesversammlung, beziehungsweise der einzelnen kantonalen Parlamente, über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen ihrer Budgetkompetenzen – unter Wahrung der Volksrechte – zu entscheiden.

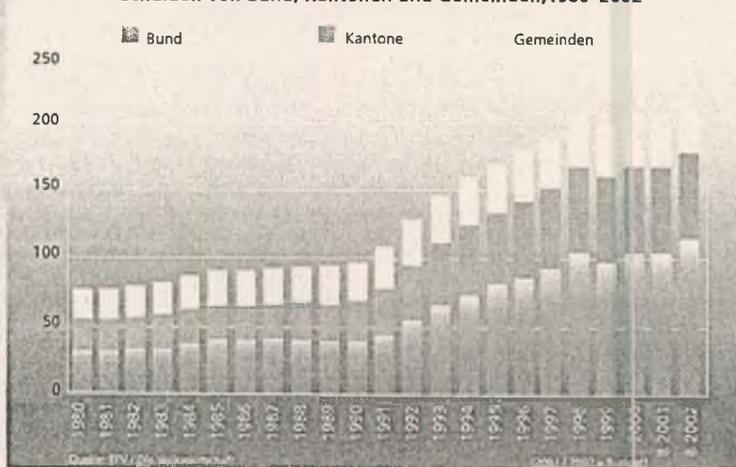
Demokratische und föderalistische Tradition

Dieses Vorgehen respektiert unsere demokratische und föderalistische Tradition und garantiert den jeweiligen Legislativen vollen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum in der Mittelverwendung.

Schuldenabbau tut Not!

In der Diskussion um die Gold-Initiative und deren Gegenvorschlag, die Solidaritäts-Stiftung, sprechen der Bundesrat und Parteien von sogenannten «**überschüssigen Reserven**». Doch was ist von «**überschüssigen Reserven**» in einem Staat zu halten, der täglich allein auf Bundesstufe über 10 Millionen Franken an Schuldzinsen zu entrichten hat?

Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden, 1980–2002



Bund, Kantone und Gemeinden budgetieren für das Jahr 2002 ein Defizit von insgesamt 2'400 Mio. Franken, gut eine Milliarde mehr als im Vorjahr. Die Ergebnisse der Budgets 2002 bestätigen die sich seit Mitte 2001 abzeichnende Trendwende. Während sich der budgetierte Fehlbetrag beim Bund um knapp eine halbe Milliarde Franken erhöht, bleibt dieser bei den Kantonen in der Grössenordnung von minus 600 Mio. Franken stabil negativ. Die Städte und Gemeinden budgetieren dagegen für 2002 erhöhte Defizite von insgesamt 400 Mio. Franken. Alles in allem führt dies zu einer Verschuldung über alle drei Gebietsebenen per Ende 2002 von 218'000'000'000.- Franken (218 Mia.). **Die Verschuldungsquote wird damit die 50%-Marke wieder überschreiten!**



Die Solidaritäts-Stiftung ist fragwürdig und nicht verantwortbar!

von Ständerat Hans-Rudolf Merz, Herisau

Die Solidaritäts-Stiftung ist von ihrer Entstehung her, infolge ihrer fragwürdigen Struktur, vor allem aber im Angesicht der Zukunft unserer öffentlichen Finanzen nicht verantwortbar. Ein Nein zu dieser Stiftung ist kein Nein zu Solidarität und Entwicklungszusammenarbeit.

Die Entstehung der Solidaritäts-Stiftung

Im März 1997, am Beginn der beispiellosen Kampagne gegen die Schweiz des Zweiten Weltkrieges, stellte der Bundesrat die Solidaritäts-Stiftung als «Antwort auf die moralische Aufarbeitung unserer Vergangenheit» vor. Wenige Wochen später wurde durch Wirtschaft und Grossbanken der Holocaust-Spezialfonds im Betrag von 296 Mio. Franken eingerichtet und an 310'000 Empfänger ausbezahlt.

Gefruchtet haben diese Bemühungen wenig: ab Mai 1997 verschärfte sich der Ton gegenüber der Schweiz, es kam zu Banken-Boykotten, im März 1998 drohte Edgar Bronfman, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses der Schweiz gar mit «totalem Krieg».

Im August desselben Jahres kam es sodann zum Vergleich der Grossbanken mit den Sammelklägern im Betrag von 2 Mia. Franken. Damit wurde der ursprüngliche Stiftungszweck weitgehend hinfällig. Die Stiftung soll während 30 Jahren aus den für die Währungspolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nicht mehr benötigten Reserven gespiesen werden. Sie kann mit einem jährlichen Betrag von 250 bis 300 Mio. Franken, also insgesamt rund 8 Mia. Franken rechnen.

Gegen dieses Vorhaben ist zu opponieren

Stattdessen sollen die Erträge aus dem Goldverkauf gemäss Art. 99 unserer Verfassung in den bewährten, üblichen Finanzverfahren dem Bund und den Kantonen überwiesen werden.



Dazu gibt es fünf gute Gründe:

Wachsende Schulden über alle Stufen des Staates

Trotz gegenteiliger Bestrebungen wächst die Bundesschuld unaufhörlich an, allein 2002 wegen des Swissairdebakels um 2 Mia. Franken, bis 2005 infolge Mehrbelastungen und Mindereinnahmen gemäss Finanzplan um weitere 4 Mia. auf 110 Mia. Franken. Aber auch die Kantone sind insgesamt mit über 70 Mia. Franken verschuldet.

Die insgesamt 19,5 Mia. Franken aus dem Verkauf des Notenbankgoldes gehören unter solchen Perspektiven in die öffentlichen Haushalte und sie werden dort auf dem ordentlichen Budgetweg dringend gebraucht.

Geliebte Solidarität

Man kann freilich kaum je wahrhaft genug für die Solidarität tun. Der Bund und teilweise auch die

Kantone engagieren sich jedoch heute schon stark im Bereich der Solidarität.

Der Bund gibt jährlich 2,5 Mia. Franken dafür aus, nämlich: 1,2 Mia. Franken in der Entwicklungszusammenarbeit, wovon 260 Mio. Franken für humanitäre Hilfe sowie 260 Mio. Franken als Finanzhilfen und Darlehen; gegen 1 Mia. für das Flüchtlings- und Asylwesen, 100 Mio. Franken für die Friedensförderung.

Seit 1993 hat er den hochverschuldeten, armen Ländern 4 Mia. Franken Schulden erlassen. Alle diese Mittel richten sich an mögliche Empfänger der geplanten Stiftung.

Mehr Entwicklungszusammenarbeit

Der Bundesrat will gemäss Finanzplan 2003 die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit von 1'200 Mio. auf 1'500 Mio. Franken erhöhen, bis im Jahr 2010 sodann auf 0,4% des Bruttosozialproduk-

tes. Diese Erhöhung entspricht etwa dem für die Stiftung vorgesehenen Betrag. Bei Annahme der Stiftung würden also künftig jedes Jahr zusätzlich 600 Mio. Franken für Solidarität ausgegeben.

Was die Verwendung von Mitteln in Inland betrifft, so gilt: wo ein echter Bedarf besteht, sind die öffentliche Hand auf dem Budgetweg und die privaten Hilfsorganisationen im Einzelfall noch immer eingesprungen. Die Stiftung fährt jedoch, wie der Basler Volkswirtschaftsprofessor Silvio Borner feststellt, auf einer anderen Schiene: «aus der am Anfang noch als schnelle Antwort auf die Heimsuchungen aus New York gedachten Idee ist jetzt ein einfallloses Multi-Pack geworden, das die Anzahl der zu Beschenkenden maximieren will.»

Dass dabei ausdrücklich auch und einmal mehr an die amerikanischen jüdischen Organisationen zu denken sei, hat Ex-US-Unterstaatssekretär Stuart E. Eizenstat jüngst klar zu verstehen gegeben. Wer wird es den Südafrika-Eiferern verdenken, über diese Stiftung eine nächste politische Front zu eröffnen?

Mangelhaftes Stiftungsgesetz

Seit fünf Jahren kämpfen Experten, Kommissionen, Bundesrat und Parlament um Zweck und Struktur dieser Stiftung. Herausgekommen ist ein Stiftungsgesetz mit vielen Mängeln.

Nach dem Prinzip des «Joggeli geht go Birli schüttle» sollen mehrere Ebenen geschaffen werden: zuoberst der Bewirtschaftungsfonds mit eigenem Verwaltungsrat, darunter die Solidaritäts-Stiftung

mit einem unabhängigen Stiftungsrat. Dieser ist selber aber kaum operativ tätig, sondern handelt nur wiederum als Zwischenglied zu den Beschenkten.

Die Leitung ist unausgereift: maximal zwölf Stiftungsräte, wovon die Mehrzahl jünger als vierzig Jahre alt sein muss (!), verfügt ohne parlamentarische Kontrolle über jährliche Vergabungen von bis zu 300 Mio. Franken. Das Gesetz zwingt zum Geldausgeben statt – wenn schon – zu Ausschüttungen nach echtem Bedarf.

Erfüllung öffentlicher Aufgaben

Das Geld aus dem Goldverkauf ist kein Glückstreffer im grossen Los wie fälschlich dargestellt, sondern das Resultat der Nationalbank und damit unserer stabilen Volkswirtschaft.

Was würde der Hausvater machen, wenn er über verpfändeten Goldschmuck plötzlich wieder frei verfügen könnte? Würde er deshalb seine Konsumausgaben erhöhen, wenn er gleichzeitig Schulden hat? Wohl kaum. Er würde vielmehr den Erlös aus den frei gewordenen Goldreserven direkt zur Schuldentilgung verwenden.

Nein zur Stiftungsidee

Die Auswirkungen auf die Finanzhaushalte insbesondere der Kantone sind beträchtlich: dem Kanton Bern stünden zusätzlich 1,14 Mia. Franken Substanz oder jährlich 40 Mio. Franken Zinsen zu, dem Kanton Zürich 0,75 Mia. bzw. 25 Mio. Franken. Aber auch kleinere Kantone wie Jura (122 Mio. bzw. 4,3 Mio.), Nidwalden (24 Mio. bzw. 0,8 Mio.) oder Aargau (59 Mio. bzw. 2 Mio.) würden erheblich profitieren. Der Ertrag muss deshalb nach bisherigem Schlüssel vor allem den Kantonen und dem Bund zukommen, damit diese ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen. Zu diesen Aufgaben gehört in unserem Land traditionell die Solidarität sowohl im In- wie im Ausland. Dazu bedarf es aber keiner neuen, unausgereiften Stiftung.

Trumpf Buur Inserat zur Abstimmung über die Solidaritäts-Stiftung

Täglich eine Million Volksvermögen verteilen – ohne demokratische Kontrolle

Die Solidaritäts-Stiftung wird vom Bundesrat, den Parteien und vielen künftigen Nutzniessern als grosses Werk verkauft. Damit haben die Befürworter der Stiftungs-Idee durchaus recht, denn wenn künftig ein Stiftungsrat während 30 Jahren täglich gegen 1 Mio. Franken verteilen kann, dann ist dies durchaus ein grosses Werk.

Das Problem dabei ist jedoch, dass sich der Begriff der Grösse nur auf die ungeheure Summe bezieht, welche in den Stiftungstopf eingelegt wird.

Gemäss aktuellem Goldkurs entsprechen die rund 430 Ton-

nen Gold, die für die Stiftung vorgesehen sind, einem Marktwert von 6'500'000'000 Franken. Damit es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ob dieser Summe nicht die Luft abwürgt, spricht man in der Politik lieber von 6,5 Mia.

Da der Trumpf Buur auf echte Meinungsbildung setzt, hier einige Vergleiche, welche das Stiftungskapital in seiner ungeheuren Grösse fassbar machen. Die 6,5 Mia. Franken entsprechen den Direktzahlungen an sämtliche schweizerische Landwirtschaftsbetriebe während drei Jahren, den Bildungsausgaben



des Bundes während zwei Jahren oder etwa 11-mal dem Defizit aller Kantone oder 16-mal dem Defizit aller über 3'000 Gemeinden!

Wahrlich ein grosses Werk. Doch wer entscheidet schliesslich über die Verteilung des Zinsertrages von gegen einer Mio. Franken pro Tag?

Während fünf Jahren haben sich Kommissionen, der Bundesrat und das Parlament mit dem Zweck und der Struktur der Stiftung herumgeschlagen. Herausgekommen ist ein äusserst mangelhaftes Stiftungsgesetz. Maximal zwölf Stiftungsräte, wovon die Mehrzahl jünger als vierzig Jahre alt sein muss (!), verfügen ohne parlamentarische Kontrolle über jährliche Vergabungen von rund 300 Mio. Franken.

Schlimmer noch, das Gesetz zwingt zum Geldausgeben, statt dass – wenn schon Solidarität verordnet wird – die Ausschüttung auf echte Bedürftigkeit abgestützt wird.

Es kann doch nicht sein, dass uns der Bundesrat vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Verschuldung ein rigoroses Sparprogramm verordnet, während auf der anderen Seite über Jahrzehnte erspartes Volksvermögen ohne demokratische Kontrolle verschenkt wird.

Daher Nein zur überholten und fragwürdigen Solidaritäts-Stiftung.



Übersicht über die finanziellen Konsequenzen der Gold-Initiative und der Solidaritäts-Stiftung auf die Haushalte der Kantone

Gemäss Bundesverfassung Artikel 99 stehen den Kantonen mindestens zwei Drittel der Erträge der Schweizerischen Nationalbank zu. Diesem Grundsatz hat die Schweizer Bevölkerung im Jahre 1999 mit der Annahme der neuen Bundesverfassung klar zugestimmt.

Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb dieser Verfassungsgrundsatz bereits wieder ausser Kraft gesetzt werden soll. Wenn heute, nur 3 Jahre später Verfassungsrecht bereits wieder umgestossen wird, so ist nicht nur unsere schweizerische Rechtsbeständigkeit tangiert, sondern es wird vor allem das Vertrauen in die Politik und unsere Institutionen ausgehöhlt.



Den Kantonen gehen Hunderte von Millionen verloren

Die finanziellen Konsequenzen der Gold-Initiative und der Solidaritäts-Stiftung sind für die Kantone enorm. Mit der vorliegenden Darstellung wollen wir aufzeigen, welche Beträge je Kanton bei einer Annahme der Gold-Initiative beziehungsweise der Solidaritäts-Stiftung verloren gehen. Geld, das in den Kantonen zum Schuldenabbau oder für Investitionen in Bildungs- und Sozialwerke, in die Infrastruktur oder weitere Zukunftsprojekte fehlt. Wir stehen zu unserer Verfassung und zu unserem föderalen Staatsaufbau. Deshalb akzeptieren wir nicht, dass die Kantone gegenüber ihrem verfassungsrechtlichen Anspruch enteignet werden.

Die Kantonsanteile im Überblick

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer verfassungsmässigen Ausschüttung (2/3 den Kantonen, 1/3 dem Bund) der «überschüssigen Reserven» der Nationalbank

Verteilung SNB-Reingewinn gemäss heutiger Gewinnverteilung. Zur Verteilung anstehend 19.500 Mrd, davon 1/3 an Bund (6.500 Mrd), 2/3 an Kantone (13.000 Mrd)

Verteilung der Kantonsanteile gemäss heutigem Verteilschlüssel in Fr.

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Index der FK	Betrag nach FK nach 3/8	Betrag nach Bevölkerung nach 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	74'770'189	1'377'500'124	1'452'270'313
Bern	950'609	57	1'208'921'690	1'071'390'363	2'280'312'053
Luzern	344'987	67	326'780'332	388'819'953	715'600'285
Uri	34'407	64	35'602'698	38'778'644	74'381'342
Schwyz	128'428	112	32'312'391	144'745'654	177'058'045
Obwalden	32'169	35	78'218'334	36'256'291	114'474'625
Nidwalden	36'869	129	5'621'698	41'553'458	47'175'156
Glarus	38'207	82	23'263'846	43'061'460	66'325'306
Zug	98'481	216	1'157'321	110'993'683	112'151'005
Fribourg	237'134	51	359'878'512	267'263'494	627'142'005
Solothurn	242'193	82	147'468'806	272'965'274	420'434'080
Baselstadt	190'610	173	7'950'645	214'828'302	222'778'946
Baselland	257'000	120	51'084'370	289'653'604	340'737'974
Schaffhausen	72'852	107	21'238'429	82'108'344	103'346'773
App. ARh.	53'167	63	56'659'477	59'922'230	116'581'707
App. IRh.	14'663	62	16'093'390	16'526'034	32'619'425
St.Gallen	447'670	80	289'124'692	504'549'530	793'674'221
Graubünden	188'098	77	132'707'140	211'997'135	344'704'275
Aargau	540'445	97	211'531'709	609'112'227	820'643'936
Thurgau	227'047	83	134'233'229	255'894'871	390'128'101
Tessin	308'467	82	187'822'357	347'659'838	535'482'195
Waadt	628'501	94	268'727'968	708'356'343	977'084'311
Wallis	272'524	30	767'798'549	307'150'035	1'074'948'584
Neuenburg	166'092	55	224'044'133	187'195'122	411'239'256
Genf	409'048	141	43'797'442	461'020'341	504'817'783
Jura	67'164	34	168'190'653	75'697'645	243'888'298
Total	7'209'042	100	4'875'000'000	8'125'000'000	13'000'000'000

Zinserträge zu Gunsten der Kantone

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer Ausschüttung gemäss Solidaritäts-Stiftung, wenn das Kapital erhalten und nur Zinsen ausgeschüttet werden (Variante Solidaritäts-Stiftung).

Verteilung des Kantonsanteil am SNB-Reingewinn (951.181) ESTV 21.06.99 Zinsanteil aus 6,5 Mia. (3,5%)

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Index der FK	Verteilung nach der Finanzkraft (FK)		
			Betrag nach Regr.Formel nach 3/8	Betrag nach Bevölkerung nach 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	1'308'478	24'106'252	25'414'730
Bern	950'609	57	21'156'130	18'749'331	39'905'461
Luzern	344'987	67	5'718'656	6'804'349	12'523'005
Uri	34'407	64	623'047	678'626	1'301'673
Schwyz	128'428	112	565'467	2'533'049	3'098'516
Obwalden	32'169	35	1'368'821	634'485	2'003'306
Nidwalden	36'869	129	98'380	727'186	825'565
Glarus	38'207	82	407'117	753'576	1'160'693
Zug	98'481	216	20'253	1'942'389	1'962'643
Fribourg	237'134	51	6'297'874	4'677'111	10'974'985
Solothurn	242'193	82	2'580'704	4'776'892	7'357'596
Baselstadt	190'610	173	139'136	3'759'495	3'898'632
Baselland	257'000	120	893'976	5'068'938	5'962'915
Schaffhausen	72'852	107	371'673	1'436'896	1'808'569
App. ARh.	53'167	63	991'541	1'048'639	2'040'180
App. IRh.	14'663	62	281'634	289'206	570'840
St.Gallen	447'670	80	5'059'682	8'829'617	13'889'299
Graubünden	188'098	77	2'322'375	3'709'950	6'032'325
Aargau	540'445	97	3'701'805	10'659'464	14'361'269
Thurgau	227'047	83	2'349'082	4'478'160	6'827'242
Tessin	308'467	82	3'286'891	6'084'047	9'370'938
Waadt	628'501	94	4'702'739	12'396'236	17'098'975
Wallis	272'524	30	13'436'475	5'375'126	18'811'600
Neuenburg	166'092	55	3'920'772	3'275'915	7'196'687
Genf	409'048	141	766'455	8'067'856	8'834'311
Jura	67'164	34	2'943'336	1'324'709	4'268'045
Total	7'209'042	100	85'312'500	142'187'500	227'500'000

Kantone: 1.386(1157)

Zinserträge zu Gunsten der Kantone

Ansprüche der einzelnen Kantone bei einer verfassungsmässigen Ausschüttung (2/3 Drittel den Kantonen, 1/3 dem Bund) der «überschüssigen Reserven» der Nationalbank, wenn das Kapital erhalten und nur Zinsen ausgeschüttet werden.

Verteilung des Kantonsanteil am SNB-Reingewinn (951.181), ESTV 21.06.99 Zinsanteil aus 13,0 Mia. (3,5%)

	mittlere Wohnbevölk. 1998	Index der FK	Verteilung nach der Finanzkraft (FK)		
			Betrag nach Formel 3/8	Betrag nach Bevölkerung nach 5/8	Betrag insgesamt
Zürich	1'222'210	160	2'616'957	48'212'504	50'829'461
Bern	950'609	57	42'312'259	37'498'663	79'810'922
Luzern	344'987	67	11'437'312	13'608'698	25'046'010
Uri	34'407	64	1'246'094	1'357'253	2'603'347
Schwyz	128'428	112	1'130'934	5'066'098	6'197'032
Obwalden	32'169	35	2'737'642	1'268'970	4'006'612
Nidwalden	36'869	129	196'759	1'454'371	1'651'130
Glarus	38'207	82	814'235	1'507'151	2'321'386
Zug	98'481	216	40'506	3'884'779	3'925'285
Fribourg	237'134	51	12'595'748	9'354'222	21'949'970
Solothurn	242'193	82	5'161'408	9'553'785	14'715'193
Baselstadt	190'610	173	278'273	7'518'991	7'797'263
Baselland	257'000	120	1'787'953	10'137'876	11'925'829
Schaffhausen	72'852	107	743'345	2'873'792	3'617'137
App. ARh.	53'167	63	1'983'082	2'097'278	4'080'360
App. IRh.	14'663	62	563'269	578'411	1'141'680
St.Gallen	447'670	80	10'119'364	17'659'234	27'778'598
Graubünden	188'098	77	4'644'750	7'419'900	12'064'650
Aargau	540'445	97	7'403'610	21'318'928	28'722'538
Thurgau	227'047	83	4'698'163	8'956'320	13'654'484
Tessin	308'467	82	6'573'783	12'168'094	18'741'877
Waadt	628'501	94	9'405'479	24'792'472	34'197'951
Wallis	272'524	30	26'872'949	10'750'251	37'623'200
Neuenburg	166'092	55	7'841'545	6'551'829	14'393'374
Genf	409'048	141	1'532'910	16'135'712	17'668'622
Jura	67'164	34	5'886'673	2'649'418	8'536'090
Total	7'209'042	100	170'625'000	284'375'000	455'000'000

Medienspiegel zur Debatte um die Solidaritäts-Stiftung!

ST. GALLER TAGBLATT

Für CVP ist die Stiftung «gestorben»

Für die CVP ist die Solidaritäts-Stiftung gestorben. Die überschüssigen Goldreserven sollen daher dem IKRK zugute kommen. FDP, SP und das Finanzdepartement reagieren befremdet.

(ap/sda) Die Idee der Solidaritätsstiftung sei zu abstrakt, sagten gestern Parteipräsident Adalbert Durrer und Fraktionschef Jean-Philippe Maitre. Die von Bundespräsident Arnold Koller am 5. März 1997 lancierte Solidaritäts-Stiftung zugunsten der Ärmsten der Armen stecke in einer Sackgasse. Die Idee der Solidarität müsse neu belebt und konkretisiert werden. Deshalb will die CVP nun je ein Drittel des Goldschatzes für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, für eine Informatikoffensive zugunsten der Jugend und für Härte-Fälle im AHV-Bereich einsetzen.

Versuch zur Profilierung?

Das für das Stiftungsprojekt federführende Finanzdepartement, die FDP und die SP reagierten in einer Umfrage völlig überrascht auf die Absetzbewegung der CVP. Die FDP sieht in dem Vorstoss in erster Linie einen Profilierungsversuch der CVP. «Offenbar ist im Moment so ziemlich alles gut, um in die Medien zu kommen», sagte FDP-Sprecher Guido Schommer...

SP bleibt Idee treu

SP-Präsidentin Ursula Koch bedauerte, dass die CVP ohne Absprache mit den anderen Parteien vorgeprellt sei. Die SP stehe nach wie vor hinter der Stiftungsidee und warte auf das Gesamtprojekt des Bundesrats für die Verwendung des überflüssigen Nationalbankgoldes.

Daniel Eckmann, Informationschef des Finanzdepartements, sagte, es werde am Bundesrat sein, eine formelle Antwort auf den Vorstoss der CVP zu formulieren.

«Für uns handelt es sich aber um eine überraschende Kehrtwende, weil die Stiftung seinerzeit vom CVP-Bundespräsidenten Koller lanciert worden war»...

Die SVP hatte die Stiftung, die ausgehend von einem Vorschlag von Nationalbankpräsident Hans Meyer auf dem Höhepunkt der Holocaust-Kontroverse vom Bundesrat als eine Art Befreiungsschlag lanciert worden war, von Anfang an bekämpft...

Auszug aus dem St. Galler Tagblatt vom 15.03.00

Neue Zürcher Zeitung

Schwanengesang auf die Solidaritäts-Stiftung?

... Im Juni 1998 liess die Landesregierung ihr erstes Konzept in die Vernehmlassung gehen. Obschon die Kritik breit war und positiv eingestellte Kreise dringend die Fokussierung auf einen wirklich einleuchtenden Zweck verlangt hatten, legt der Bundesrat heute einmal mehr das vor, was schon damals nicht zu überzeugen vermochte. Zwei wichtige, aber letztlich unwesentliche Änderungen hat er vorgenommen: Der nach allem inzwischen Geschehenen unnötige und hierzulande irritierende Link mit dem Zweiten Weltkrieg wurde gelöst (das auch auf Rat jüdischer Kreise in der Schweiz), und die Mittel werden der Stiftung vorerst nur für dreissig Jahre zugewiesen. Diese Befristung ist eine Information. Aber auf der Ebene der Kommunikation, wo es darum geht, welche Eindrücke erweckt werden, ist sie nichts anderes als ein Tatbeweis der Unsicherheit.

Sicherheit hätte der Bundesrat mit dem Einschwenken auf einen neuen Weg bei der Zielsetzung beweisen können. Das hat er unterlassen. Er hat es mit einem Stil unterlassen, der zur Satire einlädt und zur Frage, ob die politischen Weichenstellungen in Bern eigentlich von «Kommunikatoren» oder vom Bundesrat gemacht werden. Man sieht im Botschaftstext und noch penetranter in den Presseunterlagen das Bemühen, jedermann (und natürlich auch jedefrau) anzusprechen, und man ist verstimmt.

So steht neben den einleuchtenden «Projekten zur Prävention von Genoziden», genau gesagt noch vor ihnen, die «Organisation sportlicher Veranstaltungen, um nach Konflikten Mannschaften wieder friedlichem Wettstreit zusammenzuführen». «Integration» wird angesprochen, «Eigenverantwortung», «frauen- und gleichstellungsrelevante Projekte», «neue Armut» und so weiter. Ja selbst «Gewalt auf Pausenplätzen» ist nach Kaspar Villiger offenbar ein Thema, das dem Stimmbürger die Stiftung beliebt machen soll. Als wäre dieser nicht ein selbständig denkender Mensch, sondern ein Objekt für PR-Sprüche... (fre.)

Auszug aus der NZZ vom 18. Mai 2000

zwei X nein
zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung
Bürgerinnen haben - nicht verstanden
BUNDEIN zur Entlohnung der Kantone!

BERNERZEITUNG BZ

Forster auch gegen Gegenvorschlag

Spitzenverband der Wirtschaft hat sich noch nicht entschieden. Doch für den neuen Economiesuisse-Präsidenten Ueli Forster ist klar: Mit dem überschüssigen Nationalbankgold gehören die Schulden abgebaut.

(Matthias Frieden) «Man darf ja auch zweimal Nein sagen.» Nein zur Goldinitiative der SVP und Nein zum parlamentarischen Gegenvorschlag, welcher je ein Drittel der Erträge aus den überschüssig gewordenen Goldreserven der Nationalbank der Solidaritäts-Stiftung, den Kantonen sowie der AHV zuführen möchte. Vorerst sei das zwar seine persönliche Meinung, schränkte Economiesuisse-Präsident Ueli Forster gestern in Bern ein. Die Meinungsbildung innerhalb des Spitzenverbands der Wirtschaft sei noch nicht abgeschlossen. Doch habe Economiesuisse schon immer betont, dass der Schuldenabbau die einzig richtige Lösung sei. In dieser Haltung komme «Geradlinigkeit» zum Ausdruck - «man wirft uns ja oft vor, wir seien nicht gradlinig», so Forster....

Auszug aus der Berner Zeitung vom 26.4.02

ST. GALLER TAGBLATT

Hans-Rudolf Merz

Ständerat (FDP/AR)

«Die Solidaritäts-Stiftung ist von ihrer Entstehung her, vor allem aber im Angesicht der Zukunft unserer öffentlichen Finanzen nicht verantwortbar und daher abzulehnen. Die Mittel aus dem Verkauf des Notenbankgoldes gehören in die öffentlichen Haushalte.»

Philipp Stähelin

Ständerat, CVP-Präsident

«Die Gold-Initiative der SVP ist ein Schwindel. Es geht der SVP gar nicht um die AHV, sondern einzig und allein darum, die Solidaritäts-Stiftung zu erledigen. Dank dem Ertrag aus dem in seiner Substanz zu erhaltenden Goldschatz könnten die Kantone neue Aufgaben angehen.»

Auszug aus dem St. Galler Tagblatt vom 14.03.02

Der Bund

Für den Freisinn ist die Stiftung tot

Das Stimmenverhältnis in der Fraktion war ausgeglichen, aber für die ursprüngliche Idee der Solidaritäts-Stiftung setzte sich weniger als eine Hand voll FDP-Abgeordnete ein. Die Ablehnung in den Parteigremien dürfte weit deutlicher ausfallen.

(Johann Aeschlimann) Bundesrat Kaspar Villiger, freisinnig und zuständig für das Geschäft, war dabei, als die FDP-Fraktion sich gestern gegen die Schaffung der Solidaritäts-Stiftung aussprach. Villiger habe wie üblich das Wort ergriffen, berichtete FDP-Generalsekretär Guido Schommer. «Beherzt» wie üblich, aber als «kämpferisch» könne man es nicht bezeichnen. Überhaupt habe sich die freisinnige Diskussion um die Stiftung «versachlicht»...

Nur die Aussenpolitiker

Nur «ein, zwei» Fraktionsmitglieder («die Aussenpolitiker») hätten in der gestrigen Diskussion die Gründungsidee des Projekts - ein Zeichen setzen, das Schweizer Image pflegen - unterstützt, berichtete Schommer weiter: «Das glaubt niemand mehr.» Genau dieses Argument soll von den Stiftungs-Gegnern ins Feld geführt worden sein. Ein zweites Argument sei die Finanzpolitik gewesen. Als Ursache für das Umdenken in der Partei bezeichnete Schommer die Erfahrungen aus der UNO-Kampagne. Die Vorstellung, dass das Stiftungsprojekt keine grosse Zukunft vor sich habe, sei «im Rahmen vermehrter Basiskontakte gereift»... Sollte sich das Stiftungs-Vorhaben am Ende der laufenden Session im Parlament durchsetzen, wird ihm in der Volksabstimmung keine grosse Chance zugemessen. Unter Führung des freisinnigen Nationalrates und Werbe-Managers Peter Weigelt (SG) steht bereits ein Komitee bereit, welches für ein doppeltes Nein (zur Gold-Initiative und zum Gegenvorschlag mit der Stiftung) eintreten wird. «Materielle Vorbereitungen» seien getroffen, erklärte Weigelt gestern....

Auszug aus dem Bund vom 06.03.2002

zwei X nein
zur Gold-Initiative und zur Solidaritäts-Stiftung
Bürgerinnen haben - nicht verstanden
BUNDEIN zur Entlohnung der Kantone!

Die 7 Fehler (I)

Die sieben Fehler der Solidaritäts-Stiftung

Markus Schneider hat in der Weltwoche vom 20. März 2002 in einem bemerkenswerten Aufsatz die sieben Fehler der Solidaritäts-Stiftung analysiert. Wir geben nachfolgend diese Analyse auszugsweise wieder:

«Der Bundesrat hat alles getan, um mit seiner gross angelegten, international beachteten Idee zu scheitern.

Erster Fehler

war ein kleiner Nebensatz. Von der Stiftung Solidarität sollten nicht nur die heutigen Opfer von schwerer Armut profitieren, sprach Bundespräsident Arnold Koller am 5. März 1997, sondern «selbstredend auch jene von Holocaust und Schoah». Von diesem historischen Konnex kam die Idee nie mehr los. «Ist unsere Schuld so gross?», fragte Fritz Leutwiler, Grand Old Man der Nationalbank, kurz vor seinem Tod und erinnerte daran, dass Banken und die Nationalbank bereits 265 Millionen für den Fonds zugunsten der Holocaust-Opfer gesprochen hatten.

Zweiter Fehler

war, dass der Bundesrat nie ein konkretes Beispiel geben konnte. Im August 1997 liess er verlauten, das von Überschwemmungen geplagte Sachseln in Obwalden wäre «ein Fall für die geplante Stiftung Solidarität». Wenig später sagte derselbe Bundesrat, bei akuten Katastrophen könne über die

Fortsetzung Seite 6

Impressum

Herausgeber:

Nationalrat P. Weigelt,
Aktion für freie Meinungsbildung, Zürich

Redaktion:

Dr. Sven Bradke
Pascal Kopp

Abonnemente:

Postfach 217, 8029 Zürich
Tel. 01/391 87 30
www.trumpfbuur.ch
PC-Konto: 80-39102-4
Preis: Fr. 30.- pro Jahr

Auflage/Erscheinung:

33'000 Ex., 4-8 x pro Jahr

Druck: DMC AG, St.Gallen

Fotos: Keystone + Archiv

TRUMPF BUUR

Die 7 Fehler (II)

Glückskette genügend Geld gesammelt werden, dafür brauche es keine Stiftung...

Am 17. Mai 2000 wollte Kaspar Villiger «die Gewalt auf den Pausenplätzen» mit der Stiftung bekämpfen; nur sind für die Schule die Kantone zuständig, dafür braucht keine Stiftung des Bundes...

Walter Fust, Chef der Schweizer Entwicklungshilfe und grundsätzlich ein Befürworter der Stiftung, mahnte bisher vergeblich: «Man kann die Stiftung dem Bürger nur dann verkaufen, wenn der Bürger ganz genau weiss, wofür es diese Stiftung braucht.»

Dritter Fehler

war ein noch nie da gewesenes Jakami. Zwei stattliche Arbeitsgruppen wurden gebildet, Hunderte Sitzungen abgehalten, unzählige alte Männer eingespannt. An Hearings kamen 31 Parlamentarier zu Wort, 6 Sozialpartner, 36 Chefredaktoren und sage und schreibe 103 Vertreterinnen und Vertreter von Hilfswerken, Kantonen, Kommissionen. Sie alle durften über den Sinn des guten Zwecks mitreden und damit die Solidaritäts-Stiftung zerreiden.

Heraus kam ein Kompromiss, der nicht einmal die Kompromisspartei CVP überzeugte. Im März 2000 schlug die CVP vor, man solle das Gold mangels «zündender Ideen» voll und ganz dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes zukommen lassen. Trotz wehrte Kaspar Villiger ab: «Solidarität ist eine zündende Idee.»

Vierter Fehler

war die lange Bank, auf die die Idee geschoben wurde. Am 5. März 1997 versprach Kaspar Villiger wörtlich: «Die Schaffung der Stiftung im 150-Jahre-Jubiläum des Bundesstaats wäre ein schönes Symbol für 1998.» Das Jubeljahr 1998 verstrich, drei weitere Jahre ebenso und 2002 ist die Stiftung ein schönes Symbol für schöne Symbole. «Seit sechs Jahren ist jedem mittelmässigen Brustschwimmer klar: Die Solidaritäts-Stiftung ist ein toter Hund», schreibt Peter Bodenmann im Blick und übertreibt nur leicht: Die Idee ist erst fünf Jahre alt.

Fünfter Fehler

war, dass das wahre Motiv von Anfang an klar war. «Bloss eine PR-Übung», kritisierte der Schriftsteller, Theologe und Stiftungsfreund Kurt Marti.

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 1

Nach «Borer» nun das «Bankkundengeheimnis»?

Auflagenzahlen über alles

Bekanntlich sinkt in unserer Zeit der Informationsüberflutung die Halbwertszeit von Sensationen dramatisch. Es ist daher nicht verwunderlich, dass nach dem Verblässen der Borer-Geschichte eine neue Kampagne aufgegleist wird. Ärgerlich ist dabei jedoch, dass wiederum die selbe Übungsanlage wie im Fall Borer erkennbar wird; die selben Redaktionen, die selben bundesrätlichen Mitspieler und letztlich die selben Verlierer, nämlich die schweizerische Aussenpolitik und damit letztlich die Interessen unseres Landes.

Konkret geht es um die Demontage des schweizerischen Bankkundengeheimnisses. Mit einer fragwürdigen Umfrage wird der Eindruck vermittelt, dass die Schweizerinnen und Schweizer nicht mehr hinter dem Bankkundengeheimnis stehen. Dass dabei in fahrlässiger Art und Weise zwischen einem Bankkundengeheimnis für Ausländer und Schweizer unterschieden wird, ist unseriös, da es eine solche Unterteilung gar nicht geben kann. Unter dem Titel der Nichtdiskriminierung würden Eingriffe in die Privatsphäre von ausländischen Bankkunden auch auf Schweizerinnen und Schweizer durchschlagen, also die Privatsphäre von uns allen tangieren.

Aus Fehlern nichts gelernt!

Wer jedoch erwartet hat, dass der Bundesrat im Umfeld der anstehenden bilateralen Verhandlungen dieser unqualifizierten Darstellung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses mit Entschlossenheit und Konsequenz entgegentritt, sah sich einmal mehr enttäuscht.



Vielmehr marschiert die Landesregierung offensichtlich wieder im Gleichschritt mit der medialen Kampagne. Die Lehren aus dem Debakel um Botschafter Borer scheinen auf alle Fälle noch nicht gezogen.

So scheint man, zumindest aus kommunikativer Sicht, einmal mehr keine fundierte Risikoanalyse vorgenommen zu haben. Denn erneut hat sich der Bundesrat selbst durch vorschnelle Äusserungen einzelner Mitglieder den Handlungsspielraum massiv eingeschränkt. Im Vorfeld der anstehenden Verhandlungen über eine entscheidende Erfolgsposition der Schweiz ist dies nicht nur ärgerlich, sondern fahrlässig. Vor allem scheint man sich in der Landesregierung wie im Fall Borer um die kommunikativen Risiken, insbesondere im Ausland, wenig bis keine Gedanken zu machen.

Doch die Signale, die ein bundesrätliches Relativieren des schweizerischen Bankkundengeheimnisses ins Ausland senden, sind verhee-

rend, da sie unweigerlich zu einem Vertrauensschwund führen. Vertrauen ist jedoch ein diffiziles Gut, welches nicht nur für ein einzelnes Unternehmen, sondern auch für eine Volkswirtschaft und insbesondere für einen Finanzplatz von entscheidender Bedeutung ist.

Eigenständiges Handeln gefordert

Um das Vertrauen in die Schweiz und vor allem in unseren Finanzplatz zu erhalten oder wieder herzustellen, ist eine konsequente und klare Politik gefordert. Eine Politik, welche sich nicht dem Diktat medialer Kampagnen beugt, sondern aufgebauchten Gerüchten, tendenziösen Umfragen und offensichtlichen Fehlinformationen mit Kraft entgegen tritt.

Noch ist es Zeit, in Sachen «Kampagne gegen das Bankkundengeheimnis» Selbstbewusstsein und Eigenständigkeit zu dokumentieren. Wenn der aktuelle Gleichschritt von Kampagnenjournalismus und Politik jedoch noch zwei,

drei weitere Wochenenden medial prägt, so bleibt nur noch Schadensbegrenzung. Einmal mehr zu Lasten der Interessen der Schweiz. Diese Schadensbegrenzung erfolgt in der Regel in aller Stille, da in der Arena der Sensationen und Skandale längst neue Kampagnen auf die Schlagzeilen gebucht sind.

Wie repräsentativ muss eine Umfrage sein?

Im SonntagsBlick vom 28. April wurde eine scheinbar repräsentative Meinungsumfrage zum Bankgeheimnis publiziert, welche sich auf 601 Befragungen in der Deutsch- und Westschweiz beschränkte. Eine Zahl, die für relevante Umfrageergebnisse zur Schweizer Politik klar zu tief liegt. Normalerweise werden rund 1'000 qualifizierte Interviews geführt, um schlüssige Aussagen und eine möglichst tiefe Fehlerquote zu gewährleisten.

Im vorliegenden Fall dürfte die Fehlerquote, im Fachjargon Vertrauensintervall genannt, bei einem Ergebnis um 50% etwa +/- 4 Prozentpunkte betragen. Dies heisst, dass das «richtige» Resultat bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit zwischen 46% und 54% liegt. Mit anderen Worten, das publizierte Umfrageergebnis zur Aufhebung des Bankgeheimnisses ist mit grosser Vorsicht zu geniessen. Dies um so mehr, als die Umfrage nicht auf einen klaren Ja- oder Nein-Entscheid ausgelegt wurde, sondern mehrere Antworten auf ungenaue Fragen möglich waren.

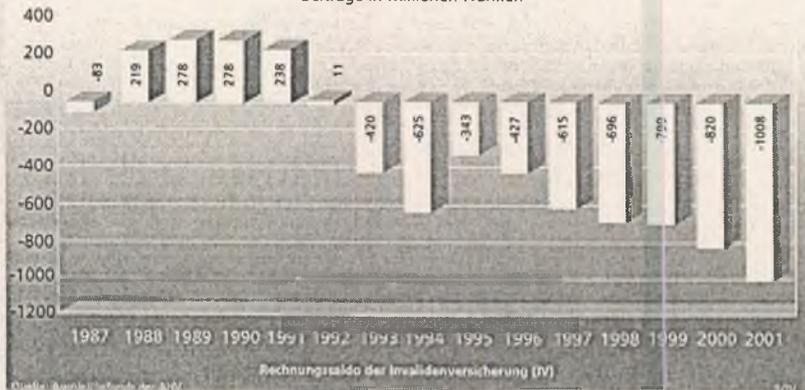
IV hat dringenden Sanierungsbedarf

Versuche, die in eine finanzielle Schiefelage geratene Invalidenversicherung nachhaltig zu sanieren, gab es viele. So wurden die Beitragssätze mehrfach erhöht, die öffentlichen Zuschüsse wurden angehoben, aus den üppig dotierten EO-Reserven zwackte man 2,2 Mio. Franken ab. Doch all diese Sanierungsbestrebungen verpufften wirkungslos, die Defizite der IV steigen weiter ungebremst.

Mittlerweile überschreitet der jährliche Ausgabenüberschuss gar die Milliarden-grenze, die aufgelaufene Schuld ist auf über drei Mia. Franken angewachsen.

IV schreibt zusehends röttere Zahlen

Beiträge in Millionen Franken



Der Leistungsumfang ist zu überprüfen

Um die schwer angeschlagene IV wieder ins Lot zu bringen, setzen der Bundesrat und das Parlament primär auf Mehreinnahmen. Bereits Anfang 2004 soll ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent zugunsten der IV erhoben werden, aus den EO-Reserven will man erneut 1,5 Mia. Franken abzweigen. Bei den Leistungen sind dagegen nur geringfügige Korrekturen mit äusserst bescheidenem Einsparungspotenzial vorgesehen. Eine echte Sanierung kommt aber nicht ohne eine konsequente Überprüfung aller Leistungsangebote aus!

Nein zur Goldinitiative, Ja zum Gegenvorschlag

Zürich (sda) Der Kaufmännische Verband (KV Schweiz) sagt Nein zur SVP-Goldinitiative und stellt sich hinter den Gegenvorschlag. Wie er am Mittwoch schreibt, geht es dabei um die Einlösung der versprochenen Solidarität in der Schweiz und im Ausland. Bei der Goldinitiative der SVP stehe nicht die Sorge um die AHV im Vordergrund, teilt KV Schweiz zu der Parole mit. Es gehe der SVP um die Torpedierung der Solidaritätsstiftung.

Der Gegenvorschlag hingegen mit der Dreiteilung der nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank zugunsten von AHV, Solidaritätsstiftung und Kantonen mache Sinn. Beim Kantonsdrittel verlangt KV Schweiz die Zusicherung, dass die Mittel für die Bildung und den Sozialbereich verwendet werden. Keinesfalls dürften die Gelder in den Kantonen einfach zu Steuergeschenken führen. Die Vorlagen kommen am 22. September zur Abstimmung.

03.07.02 13:07

Non à l'initiative sur l'or, oui au contre-projet

La SEC Suisse s'exprime contre l'initiative sur l'or de l'UDC et en faveur de la contre-proposition du parlement «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation». Pour la SEC Suisse, cette décision est une question de probité: il s'agit de tenir la promesse qui a été faite, en l'occurrence d'assurer qu'à l'avenir la solidarité de notre peuple envers le monde soit une réalité.

La SEC Suisse n'est pas d'accord de soutenir une initiative dont l'objectif avoué n'est qu'un moyen d'atteindre un but caché: lors du lancement de l'initiative sur l'or, l'UDC ne se préoccupait pas tellement de l'AVS, mais plutôt de torpiller la promesse faite par le gouvernement suisse à la communauté internationale.

La SEC Suisse considère que le contre-projet élaboré par le parlement constitue une proposition cohérente sur la manière de distribuer les réserves monétaires devenues caduques aussi bien à l'intérieur de nos frontières qu'à l'extérieur. Le premier tiers garantit la pérennité de l'AVS pour les futures générations en Suisse. Le deuxième tiers n'oublie pas non plus la jeune génération. Ces moyens permettraient aussi d'exercer de nouvelles formes de solidarité si cela s'avérait nécessaire. Cela renforcera le respect que notre pays a acquis dans de nombreux secteurs auprès de la communauté internationale. La SEC Suisse est cependant plus critique en ce qui concerne le tiers destiné aux cantons: elle l'approuve cependant en espérant que ces moyens soient utilisés pour des projets dans les secteurs de la formation ou des oeuvres sociales. En aucun cas la part cantonale ne doit être utilisée pour des cadeaux fiscaux qui profiteront aux seules classes de revenus élevés.

Pour tout autre renseignement:

Hans-Ulrich Schütz, tél. 01 213 22 23

Edi Class, tél. 01 283 45 81

Abstimmung vom 22. September:

Ja zum Gegenentwurf „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“

Ja zur Solidaritätsstiftung

Am 22 September stimmt die Schweiz darüber ab, was mit den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank geschehen soll. Bundesrat und Parlament wollen AHV, Kantone und die Solidaritätsstiftung zu gleichen Teilen berücksichtigen. Die SVP-Goldinitiative beansprucht alles für den AHV-Fonds. Die Hilfswerke setzen sich seit Jahren für die Solidaritätsstiftung ein und empfehlen deshalb, dem Gegenentwurf zuzustimmen. Das hat gute Gründe.

1. Die Nationalbank braucht das Gold nicht mehr.

Die übrigen Währungsreserven der Nationalbank reichen längstens aus, um den Franken zu sichern. Deshalb sollen 1300 Tonnen Gold verkauft werden, was ein Kapital von 18 bis 20 Milliarden Franken einbringen wird. Über die Verwendung dieser Milliarden entscheiden wir am 22. September.

2. Der Gegenentwurf erlaubt, das Vermögen zu erhalten und die Zukunft zu gestalten.

Bundesrat und Parlament wollen die 20 Milliarden in einen Fonds legen und die Erträge zu je einem Drittel der AHV (der älteren Generation), der Solidaritätsstiftung (vor allem den Jungen) und den Kantonen gutschreiben. Das sind jährlich je etwa 200 Millionen Franken für die drei Begünstigten. Das Kapital bleibt mit der Fonds-Lösung erhalten. Nach 30 Jahren, so der Gegenentwurf, kann eine neue Generation entscheiden, was mit dem Geld geschehen soll.

3. Der Gegenentwurf ist fair und ausgewogen

Er stellt sicher, dass die Erträge aus dem Goldvermögen fair verteilt werden. Und er erlaubt, die Solidaritätsstiftung zu realisieren. Das Schwergewicht liegt im Inland: Dorthin werden fünf Sechstel der Erträge fliessen. Nur ein Sechstel ist für die Hilfe in armen Ländern vorgesehen. Das sind immerhin jedes Jahr 100 Millionen Franken mehr für Entwicklungshilfe. Da die öffentlichen Mittel dafür seit Jahren den Notwendigkeiten hinterher hinken, ist dies sehr zu begrüßen.

4. Die Solidaritätsstiftung entspricht einem Bedürfnis.

Sie wird ihre Mittel je zur Hälfte im In- und im Ausland ausgeben.

Im Inland unterstützt die Stiftung Projekte und Programme, die neue soziale Probleme aufgreifen. Ihre Mittel werden dafür verwendet, Not dort zu lindern, wo Menschen durch die zahlreichen Lücken unseres Sozialstaats fallen.

In der Auslandshilfe dient die Stiftung dazu, neue Programme anzustossen, die durch die gegenwärtige Entwicklungszusammenarbeit der Hilfswerke und des Bundes nicht abgedeckt werden oder die der Bündelung bisher verzettelter Projekte dienen.

Dabei muss sich die Stiftung gemäss Gesetz auf wenige Problembereiche konzentrieren: auf Armut und Ausgrenzung, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen sowie auf die Entwicklung und Stärkung demokratischer Strukturen.

5. Die Solidaritätsstiftung ist ein grosser Wurf.

Die nicht mehr benötigten Goldreserven bieten der Schweiz die Möglichkeit zu einer grossen Geste. Die Stiftung knüpft an die humanitäre Tradition der Schweiz an und schreibt diese in das neue Jahrhundert fort. Nehmen wir die Solidaritätsstiftung im September an, dann schaffen die Stimmberechtigten eine unabhängige Institution, die dereinst so wichtig und geachtet sein wird wie das Rote Kreuz.

6. Was will die SVP-Goldinitiative?

Die SVP-Initiative verlangt, die überschüssigen Goldreserven voll und ganz dem AHV-Fonds zu überweisen. Es geht ihr dabei nicht darum, die AHV und den Sozialstaat zu stärken. Sie hat in den vergangenen zehn Jahren alles unternommen, um den Sozialstaat zu schwächen. Ihr Ziel ist einzig und allein, die Solidaritätsstiftung zu bodigen.

Nun kann die AHV finanzielle Stärkung durchaus brauchen. Das ist mit ein Grund, wieso der Gegenentwurf ebenfalls einen Drittel der Golderträge der AHV überweisen will. Das Parlament und das Volk werden später im Rahmen der 11. AHV-Revision entscheiden, was mit den zusätzlichen Mitteln für die AHV geschehen soll. Die langfristige finanzielle Sicherung der AHV verlangt allerdings viel mehr Geld als das Nationalbank-Gold. Dieses deckt bloss zwei Drittel der AHV-Ausgaben eines einzigen Jahres – mehr nicht.

7. Die doppelten Ja-Sager

Gewerkschaften und Teile der SP sagen Ja zur SVP-Initiative und zum Gegenentwurf, empfehlen aber, in der Stichfrage dem Gegenentwurf den Vorzug zu geben. Denn auch sie wollen die Solidaritätsstiftung realisieren. Als sich Christoph Blocher überlegte, wie er die Stiftung zu Fall bringen kann, kam er auf die AHV, weil er dadurch die Stimmen der eher links denkenden BürgerInnen aufzuspalten hoffte. Das ist ihm gelungen – aber nur halb.

8. Was wollen die doppelten Nein-Sager?

Ein rechtsbürgerliches Abstimmungskomitee ruft dazu auf, Nein zur SVP-Initiative und Nein zum Gegenvorschlag zu sagen. Weil die Nationalbankgewinne zu zwei Dritteln an die Kantone gehen, sollen nun auch die überschüssigen Goldbestände an die Kantone fallen. Damit will das Komitee Schulden abbauen und Steuern senken. Wie üblich, würden davon vor allem Personen profitieren, die sehr hohe Einkommen und Vermögen besitzen. Von einer fairen und ausgewogenen Verteilung der Goldreserven kann im Falle eines doppelten Neins keine Rede sein. Dies war nicht einmal der Schweizer Wirtschaft geheuer, die vom doppelten Nein profitieren könnte. Deshalb hat ihr Dachverband Economiesuisse Stimmfreigabe zum Gegenentwurf beschlossen, der ja die Kantone zu einem Drittel mitberücksichtigt.

Arbeitsgemeinschaft Swissaid / Fastenopfer / Brot für alle / Helvetas / Caritas

Themen/Kampagnen | Solidaritätsstiftung
© Swisscoalition 2002 – Created by mediaLINK

Votation populaire du 22 septembre:
Oui au contre-projet «L'or à l'AVS, aux cantons et à la Fondation»

Oui à la Fondation Suisse solidaire

Le 22 septembre, la Suisse sera appelée à se prononcer sur les modalités d'utilisation des réserves d'or excédentaires. Le Conseil fédéral et le Parlement entendent faire profiter à parts égales l'AVS, les cantons et la Fondation Suisse solidaire. Avec l'intention de faire barrage à la fondation, l'UDC demande quant à elle de transférer tout l'or à l'AVS. Les organisations d'entraide s'engagent depuis plusieurs années pour la fondation et recommandent donc d'accepter le contre-projet. Une attitude qui se justifie en huit points.

1. La Banque nationale n'a plus besoin de l'or en question.

Les réserves monétaires dont dispose encore la Banque nationale suffisent largement pour assurer la stabilité du franc. Pour cette raison, 1300 tonnes d'or doivent être vendues, ce qui permettra de constituer un capital de 18 à 20 milliards de francs. Le peuple décidera de l'utilisation de ces montants le 22 septembre.

2. Le contre-projet garantit la conservation du patrimoine et est tourné vers l'avenir.

Le Conseil fédéral et le Parlement entendent placer ces 20 milliards dans un fonds et faire bénéficier des revenus engendrés – à parts égales – l'AVS (l'ancienne génération), la Fondation Suisse solidaire (les jeunes surtout) et les cantons. Les intérêts générés par le placement de l'or rapporteront près de 200 millions de francs par an à chacun des trois bénéficiaires. Cette solution préserve le patrimoine et offre à la nouvelle génération de se prononcer à nouveau dans 30 ans sur l'utilisation des réserves d'or.

3. Le contre-projet est équitable et bien équilibré.

Il garantit une répartition équitable des revenus des réserves d'or et permet la réalisation de la Fondation Suisse solidaire. L'accent est mis sur notre pays. Cinq sixièmes des revenus doivent en effet lui revenir. Seul un sixième est prévu pour venir en aide aux pays pauvres, ce qui fait quand même 100 millions de francs de plus par an pour l'aide au développement. Un apport parfaitement indiqué dans un domaine où les ressources publiques ne parviennent plus à répondre aux besoins depuis de nombreuses années.

4. La Fondation Suisse solidaire répond à un besoin.

Elle allouera 50% des ses ressources à des projets en Suisse et 50% à des initiatives à l'étranger. A l'échelon national, la fondation soutiendra des projets qui s'attachent à résoudre les nouveaux problèmes sociaux en particulier à soulager la détresse là où nos couvertures sociales s'avèrent insuffisantes. S'agissant de l'aide à l'étranger, la fondation encouragera des projets aujourd'hui négligés par la coopération au développement. Conformément à la loi, elle se concentrera sur un petit nombre de problèmes: la détresse et l'exclusion, la violence et les violations des droits de l'homme ainsi que le développement et le renforcement des structures démocratiques.

5. La Fondation Suisse solidaire est un beau geste.

Les réserves d'or excédentaires donnent à la Suisse la possibilité de faire un beau geste. La fondation contribuera à perpétuer la tradition humanitaire de la Suisse au cours du siècle qui s'ouvre. Si les citoyens en âge de vote disent oui à la Fondation Suisse solidaire en septembre, ils poseront la première pierre d'une institution indépendante qui deviendra tout aussi marquante et respectée que la Croix-Rouge.

6. Que cherche l'UDC en lançant l'initiative sur l'or?

L'initiative sur l'or de l'UDC exige de transférer toutes les réserves d'or excédentaires au fonds de compensation de l'AVS. Son intention n'est pas de renforcer l'AVS et l'Etat social. Au contraire, elle a tout fait durant la dernière décennie pour les affaiblir. Son but est simplement de faire barrage à la Fondation Suisse solidaire.

Reste que renforcer les bases financières de l'AVS s'avère des plus utiles. C'est une des raisons expliquant que le contre-projet entend aussi transférer un tiers des revenus du placement de l'or à l'AVS. Le Parlement et le peuple décideront ultérieurement, dans le cadre de la 11e révision de l'AVS, comment allouer des fonds supplémentaires à cette dernière. Sa garantie financière à long terme exige cependant bien davantage que l'or de la Banque nationale.

7. Ceux qui disent deux fois oui.

Les syndicats et des groupes du Parti socialiste disent oui à l'initiative de l'UDC et au contre-projet mais

recommandent de donner la préférence au contre-projet dans la question subsidiaire. Car eux également veulent la réalisation de la Fondation Suisse solidaire. Lorsque Christoph Blocher s'est demandé comment barrer la route à la fondation, il a pensé à l'AVS, espérant diviser ainsi les voix des citoyens votant plutôt à gauche. Il a réussi son pari, mais qu'à moitié. Car ce qui sera décisif dans cette votation, c'est la question subsidiaire.

8. Ceux qui disent deux fois non.

Un comité de votation de la droite bourgeoise invite à dire non à l'initiative de l'UDC ainsi qu'au contre-projet. Il souhaite que les bénéfices de la vente de l'or servent à diminuer les dettes des cantons et les impôts. Mais, comme d'habitude, ce serait avant tout les revenus élevés et les grosses fortunes qui profiteraient d'une telle solution. Quant aux milieux économiques, ils ne sont pas sûrs de pouvoir profiter d'un double non. Pour cette raison leur association faîtière, economiesuisse, a opté pour la liberté de vote.

Communauté de travail Swissaid/Action de carême/Pain pour le prochain/Helvetas/Caritas

Exemple:

Formation pour les enfants soldats

Parce que la guerre ravage leur pays, des millions de jeunes du monde entier n'ont pas la possibilité de se former ou de se perfectionner. Les anciens enfants soldats vivent une situation particulièrement précaire. En plus des traumatismes et des blessures qu'ils ont reçus, leur manque de formation empêche souvent leur réinsertion. Nombre d'entre eux ne trouvent pas de travail et basculent dans la criminalité. La Fondation Suisse solidaire pourrait agir en donnant des chances de formation, en mettant des cours sur pied et en formant des enseignants tout en privilégiant certains pays ou professions. Des milliers de jeunes pourraient ainsi s'engager sur la voie d'une existence autonome.

Le Forum des organisations d'entraide de la Fondation Suisse solidaire Le Forum des organisations d'entraide pour la Fondation Suisse solidaire a été institué en 1998 pour aider la Fondation Suisse solidaire. Près de 40 organisations actives en Suisse et à l'étranger en font partie de l'Aide suisse contre le sida à Pro Juventute, Pro Infirmis et Pro Senectute en passant par Terre des Hommes et l'OSEO. Il en existe aussi un groupe romand.

C'est la Communauté de travail Swissaid/Action de carême/Pain pour le prochain/Helvetas/Caritas qui en assure le secrétariat.

Contact: Bastienne Joerchel

Jugendkomitee «für eine faire Goldverteilung»

Bern (sda) Das Jugendkomitee «für eine faire Goldverteilung» hat den Abstimmungskampf begonnen. Es will sich für den Gegenvorschlag des Bundesrats zur Goldinitiative der SVP stark machen. Hinter dem Komitee steht die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), wie einem Communiqué vom Freitag zu entnehmen ist. Das Komitee will eine Internetseite aufschalten. Ausserdem wird es diesen Sommern mit Flyern und Argumentarien an Festivals präsent sein. Der Gegenvorschlag des Bundesrats sei fair für alle Generationen, schreiben die Initianten weiter. Ausserdem stelle er mit Hilfe der Solidaritätsstiftung die nötigen Mittel für Projekte zugunsten der jungen Generation zur Verfügung

28.06.02 14:07

Votations fédérales du 22 septembre - Fondation suisse solidaire Comité de jeunes pour une "répartition équitable de l'or"

Berne (ats) Un comité de jeunes "pour une répartition équitable de l'or" s'est formé en vue des votations fédérales du 22 septembre. Il veut soutenir le contre-projet du Conseil fédéral à l'initiative de l'UDC sur l'or.

Le Conseil suisse des activités de jeunesse est à la base de ce comité, indique-t-il vendredi dans un communiqué. Les jeunes veulent défendre leur point de vue sur un site internet et distribuer des tracts lors des festivals de musique pendant l'été.

Le contre-projet du Conseil fédéral propose une solution équitable pour toutes les générations, estime le comité. Le contre-projet du Conseil fédéral prévoit d'affecter le revenu des excédents d'or de la BNS à parts égales entre la Fondation Suisse solidaire, l'AVS et les cantons.

Copyright SDA

020628-150253 / bsf123 bsf su 1 suf c5swi vot fin

CNG beschliesst Stimmfreigabe für Elektrizitätsmarktgesetz

Bern (AP) Der Christlichnationale Gewerkschaftsbund der Schweiz (CNG) hat für das am kommenden 22. September zur Abstimmung gelangende Elektrizitätsmarktgesetz Stimmfreigabe beschlossen. Unbestritten ist das Ja zur Solidaritätsstiftung, wie der CNG am Montag mitteilte. Die SVP-Goldinitiative werde kategorisch abgelehnt. Sowohl für ein Ja wie auch für ein Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz gebe es gute Gründe. Das Gesetz habe den Verdienst, der bereits laufenden Liberalisierung einen klaren Rahmen zu geben und den Service public zu garantieren. Die Befürchtungen, dass die im Gesetz festgehaltenen Garantien von der Realität des Marktes in Frage gestellt werden, sind laut CNG aber auch sehr ernst zu nehmen.

Klarer sieht die Sache für den CNG bei der SVP-Goldinitiative und dem Gegenvorschlag aus. Solidarität bilde die Grundlage jeder menschlichen Gesellschaft. Mit der Stiftung setze die Schweiz ein starkes und mutiges Zeichen zugunsten des Solidaritätsprinzips. Auf klare Ablehnung stosse die Goldinitiative. Die SVP betreibe mit dieser Initiative reine Augenschwermerei. Notwendig für die echte Sicherung der AHV sei nicht eine «Pflasterli-Politik», sondern eine nachhaltige und stabile Finanzierungslösung, schreibt der CNG.

24.06.02 8.25

Kantone unterstützen Gegenentwurf zur Solidaritätsstiftung

Bern (AP) Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) unterstützt den Gegenentwurf der Eidgenössischen Räte zur Solidaritätsstiftung. Dieser stelle eine ausgewogene und nachhaltige Lösung dar, teilte die KdK nach der Plenarversammlung vom Freitag in Bern mit.

Der am kommenden 22. September zur Abstimmung gelangende Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» trage den Anliegen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie der Kantone Rechnung und schlage zudem eine Brücke in die Zukunft, hält die Konferenz fest. An der Plenarversammlung wurde ausserdem eine politische Beurteilung zum aktuellen Stand der zweiten bilateralen Verhandlungsrunde mit der EU vorgenommen. Weiter nahm die Konferenz vom Stand der Beratungen der Räte zur parlamentarischen Initiative Fehr «Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze» Kenntnis. Dabei sei festgestellt worden, dass zum geplanten Bundesgesetz über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung bei den Kantonen keine Vernehmlassung durchgeführt worden sei. Diese Unterlassung widerspreche eindeutig der Bundesverfassung. Die KdK will deshalb bei den Büros von National- und Ständerat intervenieren.

21.06.02 16:19

Votations fédérales du 22 septembre - or de la BNS

Les cantons soutiennent le contre-projet à l'initiative UDC

Berne (ats) La Conférence des gouvernements cantonaux a décidé de soutenir le contre-projet des Chambres fédérales sur l'or de la BNS et appelle à rejeter l'initiative UDC. Elle a aussi critiqué l'absence de toute consultation avant les débats parlementaires sur les crèches. «Le contre-projeté présenté par les Chambres fédérales constitue (...) une solution équilibrée et durable», indique la conférence dans un communiqué publié après sa réunion vendredi. «Elle tient compte des intérêts des divers groupes de la population et des cantons.» Alors que le contre-projet prévoit la repartition des revenus de l'or excédentaire de la BNS entre l'AVS, les cantons et la Fondation Suisse solidaire, l'initiative de UDC propose d'en faire bénéficier que l'assurance vieillesse.

«Un objectif d'affectation aussi unilatéral exclut complètement les cantons à qui la constitution fédérale accorde pourtant le droit aux deux tiers du bénéfice net de la BNS», estime la conférence. Cela représenterait une perte de recettes de 1,7 milliard de francs par an pour les caisses publiques cantonales. Consultation réclamée

La conférence a aussi critiqué le fait qu'aucune consultation des cantons n'ait précédé les débats parlementaires concernant l'initiative de la conseillère nationale Jacqueline Fehr (PS/ZH) sur les aides financières en faveur des crèches. Une telle omission contredit clairement la constitution fédérale, estime-t-elle.

Une telle loi aurait certainement des répercussions au niveau cantonal, rappelle la conférence. Elle demande qu'à l'avenir la procédure de consultation prévue soit également respectée lors de l'élaboration de lois par les commissions parlementaires. La conférence a de plus regretté que dans le cadre des négociations bilatérales II avec l'Union européenne, la Commission européenne n'ait pas adopté de mandat de négociation sur la «Formation et la Jeunesse».

Elle invite le Conseil fédéral à poursuivre son engagement pour obtenir un tel mandat de l'UE. Les gouvernements cantonaux ont aussi décidé de déménager leur secrétariat à Berne en 2003.

21.06.02 17:24

Gewerkschaftsbund empfiehlt doppeltes Ja

Bern (sda) Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) empfiehlt im Hinblick auf die Eidg. Abstimmung vom 22. September über die Verwendung des überflüssigen Nationalbankgoldes ein doppeltes Ja. Bei der Stichfrage gibt der SGB dem Gegenvorschlag des Bundesrats gegenüber der Goldinitiative der SVP den Vorzug. Beide Vorschläge seien unterstützenswert, teilte der SGB am Freitag in einem Communiqué mit. Der Gegenvorschlag des Bundesrates erleichtere es den Hilfswerken, via Solidaritätsstiftung neue Projekte zur Bekämpfung der Armut zu starten. Die Goldinitiative der SVP decke sich dagegen mit einer alten Forderung der Gewerkschaften. Eine Aufstockung der Reserven der AHV sei sinnvoll, weil es immer wieder Rezensionen geben werde, in denen die AHV auf Reserven zurückgreifen müsse.

14.06.02 10:11

Double oui de l'USS

Berne (ats) L'Union syndicale suisse (USS) recommande d'accepter la création de la Fondation Suisse solidaire et l'initiative sur l'or, soumises au peuple le 22 septembre. Pour la question subsidiaire, elle prône le choix de la «solution des tiers». La «solution des tiers» prévoit de verser un tiers des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (BNS) à la Fondation Suisse solidaire, autant pour les cantons et l'AVS, rappelle l'USS vendredi dans un communiqué. Le plus grand danger de ces votations réside dans un éventuel rejet des deux propositions, estime l'USS. De fait, quelques politiciens de droite ne soutiennent la Fondation uniquement pour empêcher que le versement à l'AVS des réserves d'or excédentaires ne constitue un précédent, selon elle. D'autre part, l'UDC a lancé son initiative en premier lieu pour faire obstacle à la création de la Fondation, écrit le syndicat. L'USS ne veut pas mettre ces deux propositions en concurrence. C'est pourquoi elle les soutient toutes deux.

14.06.02 11:06

economiesuisse beschliesst Stimmfreigabe für Solidaritätsstiftung

Bern (sda) Der Vorstandsausschuss der economiesuisse hat am Montag die Parolen für die Goldinitiative der SVP und den Gegenvorschlag dazu gefasst. Bei der Solidaritätsstiftung beschloss er gegen den Antrag der Geschäftsleitung, der ein Nein empfahl, Stimmfreigabe. Bei dieser Entscheidung hätten zwei Überlegungen eine Rolle gespielt, bestätigte economiesuisse-Sprecher Urs Rellstab am Dienstag eine Meldung des «Tages-Anzeigers». Einerseits habe sich der Vorort (die Vorgängerorganisation der economiesuisse) stets für die Solidaritätsstiftung ausgesprochen. Andererseits wolle man die Goldreserven tatsächlich zur Schuldentilgung einsetzen. In Abwägung der beiden Punkte habe der Vorstandsausschuss Stimmfreigabe beschlossen. Bei der Goldinitiative folgte der Ausschuss der Geschäftsleitung und fasste die Nein-Parole. Über die beiden Vorlagen wird am 22. September abgestimmt.

28.05.02 11:00

Economiesuisse nicht gegen Solidaritätsstiftung

Zürich (AP) Economiesuisse ist nicht gegen die Schaffung einer Solidaritätsstiftung. Der Vorstandsausschuss des Spitzenverbandes der Schweizer Wirtschaft hat beim parlamentarischen Gegenvorschlag zur SVP-Goldinitiative Stimmfreigabe beschlossen, wie ein Sprecher einen Bericht des «Tages-Anzeigers» vom Dienstag bestätigte. Zwei Überlegungen hätten bei der Entscheidung eine Rolle gespielt. Zum einen habe sich der Vorort, die Vorgängerorganisation von economiesuisse, stets für die Solidaritätsstiftung eingesetzt. Andererseits wolle man die Goldreserven vor allem zur Schuldentilgung einsetzen. An der Jahresmedienkonferenz im vergangenen April hatte sich economiesuisse-Präsident Ueli Forster noch klar gegen die Solidaritätsstiftung ausgesprochen. Die SVP-Goldinitiative wurde demgegenüber abgelehnt. Da es nicht um zentrale wirtschaftspolitische Fragen gehe, werde sich economiesuisse im Abstimmungskampf nicht engagieren, sagte der Sprecher.

28.05.02 10:02

Version rectifiée**Votations fédérales du 22 septembre - Fondation Suisse solidaire****Economiesuisse laisse la liberté de vote**

Berne (ats) Economiesuisse laisse la liberté de vote pour la Fondation Suisse solidaire soumise au peuple le 22 septembre. Elle recommande en revanche de rejeter l'initiative sur l'or de l'UDC.

Contrairement à sa direction, qui proposait de refuser la Fondation Suisse solidaire, le comité directeur, qui réunit le président, les vice-présidents et une dizaine de représentants des branches, préfère ne pas s'engager, a indiqué mardi Urs Rellstab, porte-parole d'economiesuisse confirmant une information du "Tages-Anzeiger".

Economiesuisse est pris entre deux feux. D'un côté le Vorort, l'ancienne organisation de l'économie suisse, s'est depuis le début engagé pour la Fondation Suisse solidaire. De l'autre, on veut utiliser les réserves d'or pour réduire la dette de l'Etat. Après une pesée d'intérêts, le comité directeur a préféré la liberté de vote.

Concernant l'initiative sur l'or de l'UDC, le comité directeur est en accord avec la direction pour rejeter l'objet. L'initiative prévoit de verser l'ensemble de l'or surnuméraire de la BNS à l'AVS. Avec le contre-projet qui crée la Fondation Suisse solidaire, ces réserves d'or seraient affectées à un fonds dont le produit serait réparti à parts égales entre l'AVS, les cantons et la fondation.

NOTE: la dernière phrase de la dépêche bsf060 a été modifiée. Ce n'est pas la loi sur la fondation qui fait figure de contre-projet, mais un arrêté fédéral.

020528-142629 / bsf102 bsf su 1 suf c5swi vot ecpc ecpb vot sozv fin

Finanzdirektoren lehnen Goldinitiative ab

Luzern (AP) Die kantonalen Finanzdirektoren lehnen die Goldinitiative ab. Bei Annahme der Initiative, über die am 22. September abgestimmt wird, bestehe die Gefahr, dass die Gewinnausschüttungen der Nationalbank an Bund und Kantone ganz oder teilweise entfielen. Dies würde die Kantone vor gravierende finanzielle Probleme stellen, teilte die Konferenz am Freitag mit. Der Einnahmefall könnte bis gegen 1,7 Milliarden Franken betragen und in den Kantonshaushalten nicht verkraftet werden. Die Kantone müssten die Steuern um bis zu zehn Prozent erhöhen, warnen die Finanzdirektoren. Demgegenüber unterstützen sie den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament mit der Solidaritätsstiftung. Dieser Vorschlag stelle eine ausgewogene Lösung dar und berücksichtige die Interessen der Kantone sowie jene des Bundes als Träger der AHV. Darüber hinaus setze er auch ein Zeichen für Aufbruch, heisst es in der Mitteilung.

03.05.02 09:47

Votations fédérales du 22 septembre Directeurs cantonaux des finances: non à l'initiative sur l'or

Berne (ats) Les directeurs cantonaux des finances s'opposent à l'initiative sur l'or de l'UDC, soumise au vote populaire le 22 septembre. Ils soutiennent en revanche le contre-projet du Conseil fédéral et du Parlement. L'initiative populaire de l'UDC, qui veut attribuer tous les bénéfices de la Banque nationale (BNS) à l'AVS, provoquera un manque à gagner de 1,7 milliard de francs pour les cantons et la Confédération. Les impôts pourraient subir en conséquence jusqu'à 10 % d'augmentation, a indiqué vendredi la Conférence des directeurs cantonaux des finances dans un communiqué. Le contre-projet tient en revanche en compte des intérêts des cantons et de la Confédération, estime-t-elle. Celui-ci prévoit que la Fondation Suisse solidaire, l'AVS et les cantons bénéficient à parts égales des intérêts perçus sur les vingt milliards de francs issus de la vente de l'or excédentaire de la BNS.

03.05.02 10:00

SGV lehnt Goldinitiative und Solidaritätsstiftung ab

Bern (AP) Die Gewerbekammer, das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), empfiehlt für die Abstimmung vom kommenden 22. September ein doppeltes Nein zur SVP-Goldinitiative und zur Solidaritätsstiftung. Das Elektrizitätsmarktgesetz wird hingegen zur Annahme empfohlen, wie der SGV am Donnerstag mitteilte. Die Nein-Parole zur SVP-Initiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds» fiel gemäss der Mitteilung bei einer respektablen Ja-Mehrheit. Das Nein zum Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament mit der Solidaritätsstiftung sei demgegenüber überwältigend gewesen, zumal der SGV die Idee einer Solidaritätsstiftung bereits von Anfang an vehement abgelehnt habe. Die konkreten Abstimmungsergebnisse zu den beiden Vorlagen wurden nicht veröffentlicht. Ohne grosse Diskussion beschloss die Gewerbekammer im weiteren die Ja-Parole zum Elektrizitätsmarktgesetz, das ebenfalls am 22. September zur Abstimmung gelangt. Bei den beiden Volksinitiativen «gegen Asylrechtsmissbrauch» und «für Mutter und Kind» verzichtete die Gewerbekammer auf eine Abstimmungsempfehlung, weil diese zwei Begehren für das Gewerbe wirtschaftspolitisch nicht relevant sind, wie es in der Mitteilung heisst. Dem von linker Seite ergriffenen Referendum gegen das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz erteilte die Kammer eine hundertprozentige Absage.

25.04.02 11:59